DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

261 | 23. JAHRGANG | Juni 2006 | 4,50 €

ALTERNATIVE PRINTMEDIEN

Verlagsgenossenschaften

– Erhalt einer politischen Kultur- & Medienlandschaft als Unternehmenszweck

Die Geschichte der genossenschaftlichen Selbsthilfe beinhaltet zweierlei: die solidarische Übernahme von Lebensrisiken durch Formen kollektiver Selbstversorgung und die Entwicklung einer politischen Kultur, die die Hoffnung auf menschenfreundliche Perspektiven am Leben hält. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«, Berlin, Verlagsgenossenschaft »Freies Volk«, Bern, Verlagsgenossenschaft »Neue Erde«, Wien, Verlagsgenossenschaft »Volksstimme«, Hagen, »Realotopia« Verlagsgenossenschaft, Zürich – die Namen sprechen Bände, auch wenn sie Vergangenheit sind. Sie drücken die Sehnsucht nach einer besseren Zukunft aus. Für letzteres hatten Kultur- und Bildungsgenossenschaften einen wichtigen Stellenwert. Können heutige Medien- und Verlagsgenossenschaften an diesen Wurzeln anknüpfen?

Grafik: junge Welt

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Viele der aktuell existierenden Verlagsgenossenschaften weisen Überschneidungen mit ihren historischen Vorläufern auf. Dies gilt vor allem, wenn die Herausgabe von Printmedien im Vordergrund steht. Insofern greifen Darstellungen, die sie als Konsum- oder Dienstleistungsgenossenschaften einordnen, zu kurz. In Wirklichkeit sind sie Kulturgenossenschaften. Sie halten Medien aufrecht, die in der Kommerzlandschaft nach herkömmlichen Marktregeln keine Chance hätten. Ihre UnterstützerInnen wollen nicht nur eine Zeitung, in der ihnen aktuelle Nachrichten sorgfältig aufbereitet zur Verfügung gestellt werden. Nicht die Information als Ware ist das Produkt, sondern das Aufrechterhalten von politischen Denk- und Diskussionskulturen, die im Zuge der Erfahrungen »alles ist käuflich und verkäuflich« unterzugehen drohen.

Betteln als Firmenzweck

Im Zuge ihrer ständigen Professionalisierung und dem dauerhaften Zwang der Ökonomie stehen sie deshalb in einem Zwiespalt, den vieler ihrer Akteure vermutlich nicht wirklich durchdringen. Dilettantismus, politische Fehlgriffe, schlechte Preis-Leistungsverhältnisse oder Unvollständigkeit werden ihnen verziehen. Geht ihnen aber die Auseinandersetzung, das Ringen nach Wahrheiten, das Anstoßen neuer Sichtweisen oder einfach nur die politische Kultur verloren, verlieren sie für die Leserinnen und Leser ihren Sinn. Insofern können Technik, Outfit und gute Schreibe noch so sehr an Perfektion gewinnen, wenn der innere Drang, Politik zu betreiben, nicht mehr zu spüren ist, überleben sie sich – die im Vorspann aufgeführten Verlagsgenossenschaften sind Beispiele hierfür.

Im Schwerpunkt werden die aktuell bekannteren Mediengenossenschaften im deutschsprachigen Raum dargestellt. Sie weisen zahlreiche Parallelen in ihrer Geschichte, den Richtungsstreits, den technischen und inhaltlichen Innovationen, bei der permanenten Geldnot und dem unverhohlenen Betteln um finanzielle Ressourcen auf. Nur die Druckereigenossenschaft *TC DRUCK*, die aus der Zeitung Tübinger Chronik hervorging, ist hier eine Ausnahme. Als Produktivgenossenschaft stand sie jahrelang wirtschaftlich auf gesunden Beinen durch enge vertragliche Zusammenarbeit mit einer lokalen Tageszeitung. In Relation zu den übrigen dargestellten Zeitungsgenossenschaften konnte sie trotz hohen technischen Innovationsdrucks eher ein »gemütliches« Dasein pflegen.

Die Macht den Produzenten

Bei der zweiten eindeutigen Produktivgenossenschaft, der Schweizer *WOZ*, ist dies ebenso wenig der Fall wie bei der *taz* und der *jungen Welt*. Auch die gerade erst neu entstandene *Göttinger Wochenzeitung* dürfte, wenn sie das Überleben überhaupt hinbekommt, zu den Dauertrommlern für Spenden gehören.

Solange alle Verlagsgenossenschaften ihren Beitrag zu einer politischen Kultur in Deutschland verdeutlichen können und diesen auch ausfüllen, haben sie zumindest Chancen, den einen oder anderen »Almosen« zu erhalten. Unter diesem Blickwinkel ist die WOZ der »ehrlichste« Ansatz. Als Produzentengenossenschaft muss sie nicht alle möglichen Abschottungen von Redaktion und Vorstand gegenüber den Konsumenten betreiben. Für diese bietet sie den Ideal- bzw. Förderverein als angemessene Organisationsform an. Hier kommt gar nicht erst der Verdacht auf, dass die Gelder, die zur Verfügung gestellt werden, etwas anderes als Spenden oder verlorene Zuschüsse sein könnten – für die Aufrechterhaltung einer politischen Kultur- und Medienlandschaft.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

HARTDISCOUNTER

Lidl – der kurze Name steht seit vielen Jahren für einen Hartdiscounter auf (alb)traumhaftem Wachstumskurs. Lidl gehört zur schwäbischen Schwarz-Gruppe und hält sein Ziel, Mitbewerber Aldi einzuholen, unerbittlich im Blick. Er ist weit gekommen damit. Der genaue Moment, wann dieses Ziel erreicht ist, wird kaum festzustellen sein, da beide Konzerne einigen Aufwand betreiben, ihre ökonomische Situation zu verschleiern. Sie setzen Maßstäbe – nach unten. Weltweit drückt die Discounterpolitik auf soziale Standards. Lidl hat sich dabei an einigen Stellen besonders hervorgetan und besondere Kritik zu hören bekommen. Seite 3

POLITISCHE KOMMUNEN

Erstmals getroffen haben sich die GründerInnen der »Villa Locomuna« auf einem »Los Geht's«-Treffen bei der Kommune Niederkaufungen. Gegründet von drei Personen, ist die mitten in Kassel bestehende Kommune auf mittlerweile zwanzig Erwachsene und zwölf Kinder angewachsen. In diesem Jahr feiert sie bereits ihr fünfjähriges Bestehen. Seite 4

PRINTMEDIEN

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit »Verlagsgenossenschaften«. Wir stellen zwei weitere kollektiv betriebene Zeitungsprojekt vor: Die Düsseldorfer Stattzeitung »terz« und die Hamburger überregionale Monatszeitung »analyse & kritik«. Seite 5

FAIRTRADE

Die kanadische Gruppe »Adbusters« ist u.a. bekannt durch ihre kreativen Anti-Werbungsaktionen. Nun haben sie angefangen, direkt in den Waren-Herstellungsprozess einzugreifen und selbst dafür zu sorgen, dass den Menschen Alternativen angeboten werden. Der erste Schritt ist ein Turnschuh, der die »Coolness« der Nike-Schuhe negiert. Anstelle von Billiglohnarbeit im sog. Trikont wird er in einer gewerkschaftsgeführten Fabrik in Portugal hergestellt. Der rote Punkt an der Schuhspitze ist dort nur aus einem Grund angebracht: Um Nike und co kräftig in den Arsch zu treten. Seite 6

IRAK

Der Irak ist täglich in den Medien. Es sind die immergleichen Meldungen von Attentaten, Toten und Gewalt, die uns ebenso erschrecken wie abstumpfen. Schon lange suchte medico international nach denen, die darin nicht vorkommen. Im Sommer 2005 hörten sie von den »Doctors for Iraq«. Auf der People's Health Assembly in Ecuador berichtete der junge irakische Chirurg Salam Ismael von der Ärzteinitiative, die dort ins Kreuzfeuer aller Kriegsparteien gerät – und trotzdem hilft. medico lud den Leiter der »Doctors for Iraq« nach Frankfurt ein. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

REPRESSION IN GIESSEN ESKALIERT:

Bouffier'scher Ausnahmezustand

Spannender als im Fernsehkrimi: Vom 14.–18. Mai 2006 spitzte sich im Gießener Raum eine Auseinandersetzung um die aktuelle Sicherheitspolitik der hessischen Landesregierung und der CDU-geführten Heimatstadt des Innenministers Bouffier auf absurde und teilweise dramatische Art zu.

Von Espi Twelve ● Nach der nächtlichen Festnahme im Rambostyle gab es ED-Behandlungen, eine Hausdurchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl und 5 Tage Knast für einen Aktivisten. Versuchte gefährliche Körperverletzung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, falsche Beschuldigungen und üble Nachrede wären die Straftaten der Staatsbüttel, die allerdings angesichts dessen, dass die Justiz selbst zu den Tätern gehört, nie verfolgt werden dürften. Lügen und Gewalt kommen hinzu. Hinter allem: Der hessische Innenminister Bouffier.

Seit dem 18.5.2006 sind alle Polit-AktivistInnen wieder auf freiem Fuß. Doch die Auseinandersetzung wird weiter an Schärfe gewinnen. Während Innenminister Bouffier das zur Bekämpfung von Schwerstkriminalität zuständige »Mobile Einsatzkommando« gegen seine Kritiker geschickt hat, planen die Betroffenen öffentliche Aktionen sowie eine Reihe von Anzeigen gegen die Verantwortlichen.

Zeitlicher Ablauf im Überblick

In den ersten Maitagen kam es zu zwei Attacken auf die gemeinsame Anwaltskanzlei der Innenminister von Thüringen und Hessen in der Nordanlage 37 in Gießen. Neben der inzwischen durch einen Gerichtsbeschluss bekannt gewordenen Verteilung stinkender Flüssigkeit im Inneren wurde bei der ersten Attacke Farbe an der Wand verteilt und Sprüche gegen die Innenpolitik der Innenminister und speziell Skandale in Thüringen aufgesprüht. Wenige Tage später wurde erneut Farbe an der neu gestrichenen Wand verteilt, zudem gingen etliche Fenster zu Bruch.

Tags drauf schickte Innenminister Bouffier das Landeskriminalamt in die Projektwerkstatt. Verdachtsmomente gegen dieses politisches Zentrum nach Auskunft der LKA-BeamtInnen: Keine. Es sei Befehl von Bouffier. Der ist seit Jahren Antreiber einer Vielzahl von Polizeiaktionen und staatsanwaltlicher Verfolgung der AktivistInnen rund um die Projektwerkstatt. Am 8. Mai stationierte die hessische Landespolizei Sondereinheiten der Polizei (MEK) zum Schutz der Innenministerkanzlei und gegen die Regierungskritiker Innen aus der Projektwerkstatt. Am 10. Mai verfügt die Staatsanwaltschaft, ebenfalls offensichtlich auf Antrieb aus dem Innenministerium die schnelle Inhaftierung einer in einer skandalösen Prozessserie verhängten Haftstrafe gegen einen Projektwerkstätter – mit kurzer Frist.

Am 14.5.2006 folgte ein martialischer Polizeiüberfall auf vier Personen, die sich in Reiskirchen aufhielten. Ihnen wurden Farbanschläge in der Nacht vorgeworfen. Da offensichtlich in dieser Nacht aber gar keine oder zumindest keine politisch orientierten Farbattacken in Gießen geschahen, benutzte die Polizei beliebige, an Gießener Hauswänden befindliche sog. »Tags« (klassische Künstlerkennzeichen in der Sprayerszene) und behauptete, diese seien von den RadfahrerInnen gesprüht worden. Es folgten aufgrund dieser abenteuerlichen Falschbeschuldigung ED-Behandlungen.

Eine Person blieb in Haft – nämlich die, die ohnehin einige Tage später eine Strafhaft antreten sollte. So sollte diese einfach um einige Tage verlängert werden. Um trotz offensichtlich fehlender Gründe die Haft auch rechtlich abzusichern, jagte in den Folgetagen eine Lüge die andere, Gießener Richter und Polizeieinheiten bastelten Hand in Hand an wirren Theorien und Beweisketten, um ihren Wunsch nach Inhaftierung der ungeliebten Person aufrechtzuerhalten.

Erst der Spruch des Bundesverfassungsgerichts machte einen Strich durch die Rechnung der Gießener Rechtsbeugermafia. Am 18.5. kam der Inhaftierte wieder auf freien Fuß. Der Weg dahin ist eine Kette von Handlungen, die mit dem geltenden Recht wenig

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1

... zu tun haben – aber offenbar das in der Heimatstadt des Innenministers Bouffier geltende »Bouffiersche Recht« zeigen.

Polizeieinsatz und Festnahmen

Am 14.5. frühmorgens wurden vier Personen im Bereich des Ortes Reiskirchen festgenommen. Sie waren dort mit Fahrrädern unterwegs und hatten vor allem Lebensmittel dabei, die sie aus Lebensmittelcontainern der Umgebung geholt hatten. Während der Festnahme kam es zweimal durch absurde Polizeihandlungen zu Gefährdungen von Personen. Im ersten Fall drängte ein Auto einen auf dem Fußweg fahrenden Fahrradfahrer so ab, dass dieser mit dem Auto kollidierte. Im zweiten Fall sprang der Fahrer eines Polizeiwagens aus dem fahrenden Wagen auf einen Fahrradfahrer. Dem nun führerlos auf die nachkommenden zwei RadlerInnen zufahrenden Auto konnte eine der beiden Personen nur noch knapp ausweichen und stieß mit der offenen Fahrertür zusammen, die zuschlug und so glücklicherweise keine Verletzungen entstanden. Das führerlose Auto fuhr dann noch etliche Meter weiter bis es auf einen parkenden anderen Polizeiwagen stieß.

Sowohl bei dem Zusammenprall der beiden Wagen wie auch an der Fahrertür müssen erkennbar Schäden entstanden sein. Das Vorgehen ist offensichtlich als äußerst gefährlich einzustufen und es ist leicht auszurechnen, was geschehen würde, wenn ein solcher Vorfall umgekehrt geschehen wäre (Personen lassen Fahrzeug in Polizeigruppe fahren). Die Polizei hat hier schwerste Verletzungen billigend in Kauf genommen. Die Festnahmen erfolgten rabiat, unter sofortiger Androhung von Pfefferspray und ohne jegliche Angabe von Gründen.

Polizeigewahrsam, ED-Behandlung, Verhöre

Alle vier Festgenommenen blieben etliche Stunden im Gewahrsam der Gießener Polizei, wurden verhört und erkennungsdienstlich behandelt. Zu keiner Zeit wurden irgendjemandem gegenüber Angaben gemacht, welche Verdachtsmomente vorliegen, dass gerade sie für Sachbeschädigungen in Frage kämen, die zudem nur pauschal behauptet wurden.

Anhörung zum Unterbindungsgewahrsam

Während drei der Festgenommenen am Nachmittag des 15.5.2006 freigelassen wurden, wurde der Polit-Aktivist Jörg B. vor den Richter am Amtsgericht, Gotthardt (vormals selbst Polizist), geführt. Die Polizei beantragte einen mehrtägigen Unterbindungsgewahrsam. Dieser wurde von Richter Gotthardt genehmigt und der Betroffene in den Gießener Knast geschafft. Doch die sogenannte »Anhörung«, immerhin ein grundgesetzlich geschütztes Recht, wurde zu einer Demonstration der Strategien von Gießener Polizei und Justiz: Lügen, falsche Verdächtigungen und Rechtsbeugung.

Verzögern ...

Das Amtsgericht ließ sich einen bemerkenswerten Trick einfallen, um die Beschwerde nicht bearbeiten zu müssen und Jörg B. damit im Knast zu belassen. Sowohl die Erfindung eines Befangenheitsantrags, den es nie gab, weil er untersagt wurde, ist eine Rechtswidrigkeit wie auch die damit begründete Verzögerung, denn selbst wenn es diesen Antrag gegeben hätte, wäre die Beschwerde aufgrund des wichtigeren Rechtsgutes (Freiheitsentziehung) vorrangig zu behandeln gewesen. Der Trick mit dem erfundenen Befangenheitsantrag ist dem Amtsgericht nicht versehentlich passiert, denn in der Beschwerde hatte der Betroffene als einen Grund für die Rechtswidrigkeit des Gerichtsbeschlusses zum Freiheitsentzug genau die rechtswidrige Untersagung des Befangenheitsantrages als einen Punkt angegriffen. Die Rechtsbeuger aus dem Gießener Amtsgericht benutzten nun ihre erste Rechtsbeugung, um damit die zweite zu legitimieren. Der Anwalt des Betroffenen legte mehrfach Protest gegen das Vorgehen ein, ohne dass das Amtsgericht seine Strategie veränderte.

Verfügung des Verfassungsgerichts

Am 17.5.2006 platzte in den Ablauf die Überraschungsnachricht hinein. Das Bundesverfassungsgericht verfügte einen Aufschub der Strafhaft von Jörg B. wegen des laufenden Verfahrens. Der Betroffene hatte Verfassungsbeschwerde gegen seine Verurteilung, in der er im Hauptpunkt verurteilt wurde, eingereicht. Er wurde verurteilt, weil er sich gegen seine Verhaftung als Redner auf einer Demonstration (während seiner Rede!) gewehrt haben sollte. Die Verhaftung erfolgte ohne Vorwarnung und ohne vorherige Auflösung der Demonstration, worin der Betroffene einen Verstoß gegen das Versammlungsrecht sah. Alle Gerichtsinstanzen und die Staatsanwaltschaften hatten das Vorgehen der Polizei für rechtens befunden, d.h. sie fanden Angriffe auf Demonstrationen ohne Grund und ohne Vorwarnung für legal – ein typischer Fall des »Bouffierschen Rechts«, dass in Gießen und Hessen gilt. Aufgrund dessen musste Jörg B. wieder auf freien Fuß gesetzt werden.●

Alle Details sind unter www.projektwerkstatt.de/weggesperrt präzise aufgeführt einschließlich aller Gerichtsbeschlüsse, Presseveröffentlichungen, Anträge und mehr.

BAYERN: KEINE GENTECH-FREILANDVERSUCHE

Redaktion Heidelberg ● Die Initiative »Gendreck-weg – Freiwillige Feldbefreiung« sagte das geplante Aktionscamp mit Feldbefreiungsaktion am Pfingst-Wochenende in Poing-Grub bei München ab.

Die Ankündigung der Initiative hatte ein breites Echo zur Folge, es gab kritische Fragen und Zustimmung. »Wir bewerten es als einen Teilerfolg, dass die Diskussion im Landkreis Ebersberg hohe Wellen geschlagen hat«, sagte Michael Grolm, Imker aus Tübingen und einer der Initiatoren der Initiative. In Bayern gebe es eine intensive Auseinandersetzung mit der Frage der Agro-Gentechnik. CSU-Generalsekretär Markus Söder habe Freilandversuche als Problem bezeichnet. Auch der Bayrische Bauernverband hat Mitte Mai seine bisher weiche Haltung zur Agro-Gentechnik revidiert und rät Landwirten dringend ab, Gentech-Pflanzen anzubauen. Nach Einschätzung der Initiative zeige der Wirbel, wie drängend das Thema sei. Im Landkreis habe bereits breiter Widerstand die Aussaat von Genmais auf einem anderen Feld verhindert, inzwischen wird der Bt-Mais auf keiner Fläche mehr kommerziell angebaut.

»Sozusagen wetter- und protestbedingt muss das Wochenende leider ausfallen«, so die Biologin Anja Becker von der Initiative. »Wir bleiben aber dran am Thema und dieser Form des Widerstandes«, betont Michael Grolm. »Kommerzielle Anbauflächen sind jetzt fast ausschließlich in den neuen Bundesländern zu finden. Deshalb werden wir dort das Aktionswochenende vom 28.-30. Juli wie geplant durchführen.«

Eine eigenständige Initiative in Gießen bereite eine Feldbefreiungsaktion vor. Die Giessener Universität führt dort den ersten Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste durch.●

Mehr: www.gendreck-weg.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2006 IM MAI

Redaktion Heidelberg ● 1.079,40 Euro gingen seit Beginn unserer Aktion 2006 auf unserem Spendenkonto ein. Benötigt werden weitere 3.291,60 Euro, um die zu erwartende Deckungslücke in diesem Jahr zu schließen, für den Abbau eines Teiles unserer Altschulden noch zusätzliche 2.000 Euro.

Unsere Abostatistik wird getrübt durch weitere Kündigungen. Drei Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt, ein weiteres musste wegen Nichtzahlung eingestellt werden. Zwei Neuabos kamen hinzu. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 156+ Neuabos.

Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Christoph Michael, Lübeck (2,90 EUR)
- Petra Behrens, Berlin (5 EUR)

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 5.291,60 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 156+ Neuabos

- Pia Reufsteck, Friedrichskoog (15 EUR)
- Rolf Becker, Hamburg (5 EUR)
- Tanja Faust, Schweiz (5 EUR)
- Linke Buchtage, Berlin (10 EUR)

Herzlichen Dank!

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR beträgt.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

From the Closet to the Charts. Queer Noises 1961-1978 (Trikont Verlag US0349-2 / Indigo)

Die erste Assoziation zum Schlagwort »schwule Popmusik« ist sicherlich bei den meisten von euch »YMCA« von den *Village People* – einem Partyevergreen. Beim weiteren Überlegen fallen einem/r vielleicht noch die *Petsbopboys, Boy George* oder *Rosenstolz* ein. Männliche Homosexualität ist im Gegensatz zu weiblicher Homosexualität und Transgenderidentität in der Rock und Popindustrie mittlerweile weitgehend toleriert und akzeptiert. Schwule Comingouts sind in der Pop-Presse lediglich noch eine Randmeldung wert, wenn sie nicht gerade so pressetauglich wie bei Boy Georg inszeniert werden.

Der Musikjournalist John Savage (NME), der bereits durch die Veröffentlichung seiner Compilation »England's Dreaming« (Trikont / Indigo) im vergangenen Jahr in Deutschland bekannt ist, hat sich in Form der Compilation »Queere Noise« auf die Suche gemacht, nach der Geschichte der »schwulen Popmusik«, worunter er ein breites Sortiment von Musikstilen von Chansons, über Soul und Rock bis hin zu Punkrock fasst, und den Weg einer (musikalischen) Subkultur hin zum Mainstream untersucht und nachzeichnet. Seine musikalische Zeitreise beginnt im Jahre 1961 mit Aufnahmen des Travestie-Künstlers *Jose* (»At the black Cat«), zieht sich über die legendäre Popband *The Kinks* (»See my friend«), den von Johnny Cash stark beeinflussten Country-Barden *Peter Grudzien* (»White Trash Hillbilly Trick«) bis hin zu den Vätern des amerikanischen Punkrock – den *Ramones* (»53rd and 3rd«) und den Psych-Punk von *The Twinkeyz* (»Aliens in our mind«). Die Reise endet im Jahre 1978 mit *Sylvesters* Diskosong »You make me feel (mighty real)«, der als der erste Hit eines sich offen zu seiner Homosexualität bekennenden Musikers gilt. Die Kriterien für die Auswahl waren nach Aussagen von Savage: »der Einfachheit halber enthält diese Zusammenstellung indes Aufnahmen, die Schwulsein in offensichtlicher oder doch ziemlich eindeutiger Weise zum Thema haben.«

Dabei fallen – z.T. auch aus Lizenzgründen – viele wichtige Interpreten und Songs heraus – z.B. *Rolling Stones, Lou Reed* und *David Bowie*. Die Auswahl gerade im Bereich des Punkrocks wirkt sehr wahllos. Im Bereich des Punkrocks hätten die legendären *X-Ray Spex*, die in ihren frühen Texten Themen wie »Identität« kritisch hinterfragten und mit ihrem Outfit die klassisch heteronormative Zweigeschlechtigkeit in Frage stellten, sicherlich besser gepasst als die *Ramones*. Der Punkbreich nimmt im Vergleich zu den anderen Musikrichtungen auf diesem Sampler einen besonders großen Bereich ein – ohne dass dies von Savage näher beleuchtet wird. Von der Entstehung des britischen Punkrocks, deren Protagonisten aus Mangel an alternativen Räumlichkeiten regelmäßig in Schwulenbars auftraten, lässt sich da sicherlich einiges ableiten. Eine andere Frage wäre, inwieweit das Bekenntnis zur Homosexualität auch als ein Stilmittel der Provokation des Establishments genutzt wurde.

Insgesamt ist die Zusammenstellung ein ziemlich wüster musikalischer Mix geworden, der zwar in seiner Vielseitigkeit die Bandbreite von schwulen Musikern andeutet, aber durch seine Breite auch nicht unbedingt zum Hören einlädt. Der Gebrauchswert dieses Albums liegt eher im Bereich des Sammelns und Archivierens der z.T. schwer zugänglichen Aufnahmen – weniger im relaxten Durchhören, wofür die Zusammenstellung zu wüst ist. Sehr gut ist wiederum das zweisprachige Booklet mit den Linernotes über die Hintergründe der Interpreten und Songs sowie einer weiterführenden Literaturliste.●

DJ Chaoz

WIDERSTAND GEGEN PREIS-, UMWELT-, SOZIALDUMPING

Parallele Protestkampagnen heizen dem Discounter Lidl ein

Lidl – der kurze Name steht seit vielen Jahren für einen Hartdiscounter auf (alb)traumhaftem Wachstumskurs. Lidl gehört zur schwäbischen Schwarz-Gruppe und hält sein Ziel, Mitbewerber Aldi einzuholen, unerbittlich im Blick. Er ist weit gekommen damit. Der genaue Moment, wann dieses Ziel erreicht ist, wird kaum festzustellen sein, da beide Konzerne einigen Aufwand betreiben, ihre ökonomische Situation zu verschleiern.

Von Jutta Sundermann ● Der Wettlauf der beiden Einzelhandelsgiganten verändert die Welt. Wie die sprichwörtlichen Elefanten im Porzellanladen, hinterlassen sie große Schäden: Immer weiter erhöhen sie ihre Umsätze, ordern regelmäßig noch größere Mengen bei wechselnden Produzenten, und bringen immer noch größeres Druckpotential in die Preisverhandlungen mit. Sie setzen Maßstäbe – nach unten. Weltweit drückt die Discounterpolitik auf soziale Standards. Angefangen bei der Produktion, wo immer neue Einsparpotentiale realisiert werden müssen, bishin zu den Arbeitsbedingungen in den eigenen Filialen. Lidl hat sich dabei an einigen Stellen besonders hervorgetan und – wohlverdient – besondere Kritik zu hören bekommen.

Die Gewerkschaft machte den Anfang

Im Dezember 2004 veröffentlichte die Gewerkschaft Verdi, passend zum Tag der Menschenrechte, das »Schwarzbuch Lidl«. Die Publikation ist voll gepackt mit Berichten von Beschäftigen in Lidl-Filialen. Sie schreiben von unbezahlten Überstunden, von ständigem Druck, von der Verhinderung von Betriebsratswahlen, von festgeschriebenen Anforderungen wie 40 Scans an der Kasse in jeder Minute. Sie leiden unter Kontrollkäufen, die Kassiererinnen bei Fehlern erwischen sollen und ständigem Diebstahlsverdacht bishin zu Durchsuchungen ihrer PKWs vor dem Verlassen des Filialgeländes. Das »Schwarz-Buch« zieht Kreise und führt zu Zeitungs- und Fernsehdokumentationen über die Arbeitsbedingungen bei den Discountern. Die kritischen Fragen kommen an bei den VerbraucherInnen, Lidls Image ist angekratzt. Der Discounter reagiert wenig freundlich mit Veruglimpfungen der Gewerkschaft – und mit einigen kleinen Entschärfungen. Überstunden werden inzwischen (meistens) sauber erfasst, Filialleiter besser geschult, die Entlohnung nach Tarif wird betont. Ganz und gar nichts ändern will der Discounter aber bis heute an seiner Ablehnung von Betriebsräten.

Attac: Globalisierungskritik im Einkaufswagen

Im Sommer 2005 startete das globalisierungskritische Netzwerk Attac seine Lidl-Kampagne. Solidarisch mit der Gewerkschaftsforderung nach unbehinderten Betriebsratswahlen, ergänzt Attac die Kritik und die Forderungen um die Fragen nach der Herkunft der Waren. »Stoppt Preis-, Umwelt- und Sozialdumping« wird zum übergreifenden Slogan, der die Logik der Billigspirale aufdeckt und ein Umsteuern der Verantwortlichen fordert. Die Auseinandersetzung öffnet ein neues, wichtiges Kapitel der Globalisierungskritik. Der globalisierte Frühstückstisch oder Einkaufswagen ist vielen Menschen bereits tägliche Gewohnheit geworden. Die konkrete Kritik an der Geschäftspolitik eines Discounters, der unter der Billig-Flagge konsequent Menschenrechte und Umweltschutz mit Füßen tritt, zeigt auf, wie eng das globale Netz gestrickt ist. Die rechtelose Näherin in Bangladesh und die gehetzte FilialmitarbeiterIn in Norddeutschland sind betroffen von der selben Logik. Die Attac-Kampagne versucht, die Kritik an den verschiedenen Folgen der Dumpingpolitik zusammen zu führen und wirksam werden zu lassen.

Mit dem Positiv-Bild der »globalen sozialen Rechte« fordert Attac auf zu einem gemeinsamen Ringen um faire Arbeitsbedingungen, ökologisch verträgliche Produktion, soziale Sicherung – und das weltweit. In einer Welt, in der schon jeder Einkauf deutlich macht, dass das Denken nationalstaatlichen Grenzen überspringen muss.

Konkret tritt Attac eine kleine Lawine bunter Aktionen los und kommuniziert auf kreative Weise und mit vielen MitstreiterInnen die Kritik am Dumping. Immer wieder nachgedruckt werden muss das »Plagiat«, eine »Lidlwerbung«, die verrät, warum Milch, Bananen, T-shirts, Blumen und MitarbeiterInnen so billig sein können. Attac kooperiert mit Milchbauern von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft AbL und den BananenexpertInnen von BanaFair. Kein Wunder, dass zum Auftakt der ersten bundesweiten Aktionswoche eine Kuh vor der Lidlzentrale steht und mit vielen AktivistInnen, 13 kurzzeitig entführten Einkaufswagen sowie einer Bananenexpertin aus Ecuador die Zufahrt blockiert.

Foto: Malte Kreutzfeld

Lidl aufs Dach gestiegen: Denzentrale Aktionen in 50 Städten mit Bannern, Kühen und verschiedenen Kooperationspartnern. Die Kritik am Discounter kommt gut an.

Der Discounter muss reagieren

Noch einmal steigerte sich der Druck auf Lidl als Anfang Dezember Greenpeace seine Ergebnisse einer groß angelegten Untersuchung von Pestizidrückständen bei Obst und Gemüse veröffentlichte: Bei Lidl fanden die Umweltschützer die höchste Pestizidbelastung bei Obst und Gemüse im Regal.

In diesen Wochen wurde es dem Discounter zu viel. Von Neckarsulm aus bemühte man sich um Gesprächstermine sowohl mit Attac als auch mit Greenpeace. Lidl begann in Bereichen zu recherchieren, die bislang unter der reinen Billigmaxime völlig ausgeblendet waren: Bio- und FairTradeproduktion, verbesserte Kontrollen auf Giftrückstände, Kommunikation statt konsequentes Schweigen. Zu Jahresbeginn stellte Lidl den ersten Pressesprecher in der Konzerngeschichte ein. Ein Mitglied der Geschäftsführung verriet dem Managermagazin im Frühjahr, dass eine Kampagne zur Rettung des Konzernimages gestartet werde, ein zweistelliger Millionenbetrag sei bereitgestellt.

Dann begann der Discounter, einige Veränderungen am Sortiment vorzunehmen und zu kommunizieren: In Kooperation mit Transfair werden acht Produkte mit dem Fairhandels-Siegel ins Sortiment aufgenommen, unter einem eigenen Label. Erweitert und verstetigt werden soll das Bioangebot bei dem Discounter, auch hier als eigene Produktreihe. Darüber hinaus ist Lidl mit Sympathieaktionen unterwegs: Der Discounter trägt Fußballtage für Familien aus, seine Suche nach 1.000 Azubis und sogar nach künftigem Führungspersonal wird zum öffentlichen Event. Noch nicht zu Ende sind Gespräche mit Greenpeace über Strategien zur Reduktion von Pestizidbelastung bei Obst und Gemüse. Diese Erfahrungen zeigen, dass auch ein Einzelhandelsriese angreifbar ist und reagieren muss, wenn die Kritik von vielen Seiten kommt.●

Foto: Malte Kreutzfeld

Den Bogen weitergespannt: Die Kritik gilt nicht nur Lidl – letztlich ist über den gesamten Einzelhandel zu reden. Aktion beim Unternehmertag Lebensmittel im März 2006 in Köln: Manager müssen einen Vorhang aus Protestpostkarten durchschreiten, denn »an globalen sozialen Rechten führt kein Weg vorbei!«

Links:
www.attac.de/lidl-kampagne
http://lidl.verdi.de
www.verdi-blog.de/lidl

Foto: Kai Oliver Schulze, Montage: Volker Hempelmann

Geist ist geiler: Freche Postkartenserie der Attac-Kampagne – auf den Rückseiten finden sich konkrete Tipps für alternativen Konsum auch ohne dicken Geldbeutel und für einen vielfältigen Protest im Alltag, der direkt an Filialleiter, Hotlines und Konzernzentralen zu adressieren ist.

Attac-Position zum Transfair-Angebot bei Lidl

Ende März: Der Hartdiscounter Lidl gibt zusammen mit der Siegel-Organisation Transfair eine Pressekonferenz und kündigt an, dass ab Juni acht Produkte (von rund 1.000 gelisteten) mit dem Transfair-Siegel in seinen Regalen stehen werden.

Zur gleichen Zeit wird bekannt, dass im Zeitraum Februar/März 2006 über 100 Menschen in 4 Textilfabriken in Bangladesh bei Bränden und Gebäude-Einstürzen schwer verletzt wurden oder ums Leben kamen. Auch Lidl bezog Textilien von dort.

Vermehrt riefen in den letzten Wochen Lidl-Beschäftige im Attac-Büro an und berichteten, dass nach einer Verbesserung des Arbeitsklimas bei Lidl im Winter der Druck wieder zugenommen habe.

Während bundesweit im Frühjahr 2006 die Belegschaften der Unternehmen turnusgemäß ihre (neuen) Betriebsräte wählen, gilt für Lidl weiterhin: Fast in allen Filialen sind Betriebsräte Fehlanzeige.

Dass diese Nachrichten innerhalb weniger Tage erscheinen, umreißt das Problem schon sehr gut: Lidl ist weiterhin ein skrupelloser Billig-Einkäufer auf den Märkten der Welt. Mit tödlichen Nebenwirkungen für Menschen und Umwelt. Mit Fußtritten für die ArbeitnehmerInnenrechte von der Produktionsstätte bis in die Verkaufsfiliale in der Bundesrepublik.

Die acht Transfair-Produkte bei Lidl sind nur dann zu begrüßen, wenn sie Vorboten eines umfassenden Wandels der Geschäftspolitik des Konzernes sind. Die Attac-Forderung nach Fairen Preisen ist nicht erfüllt mit ein paar Sonderprodukten neben der ganzen fatalen Billig-Logik des Discounters! »Fair« wird unglaubwürdig, wenn die Lidl-Beschäftigten am hiesigen Ende der Handelskette unter Bedingungen arbeiten müssen, wie sie das Schwarz-Buch von Verdi beschreibt und wie sie einen großen Teil des schlechten Rufes des Discounters begründen.

Jetzt ist höchste Vorsicht und eine kritische Begleitung der weiteren Entwicklung geboten: Es besteht die große Gefahr, dass Lidl die Transfair-gesiegelten Produkte wie Nebelbomben einsetzt. Dann wären sie contraproduktiv. Die Diskussion um die Billigspirale und ihre Folgen für Menschen und Umwelt muss weitergeführt werden. Lidl kann sich nicht mit ein paar Trostpflastern für wenige ProduzentInnen aus der Verantwortung stehlen.●

Jutta Sundermann

Anzeige

PORTRAIT:

Villa Locomuna

Wir sind eine Lebensgemeinschaft von derzeit zwanzig Erwachsenen im Alter zwischen 23 und 67 Jahren sowie zwölf Kindern mitten in Kassel. Im Dezember 2000 zogen die ersten Menschen in den ehemals zu Ausbildungszwecken von der Bahn genutzten Gebäudekomplex am Kasseler Tannenwäldchen ein, um gemeinsam eine Lebensform jenseits von Kleinfamilie und Singlewohnen zu entwickeln. Dieser Ort bietet Platz zum Wohnen, Lebensraum für die Kinder, Gemeinschaftsräume und einen Standort zum Arbeiten.

Villa Locomuna, Kassel ● Wir wollen mit Menschen zusammenleben, die ein Leben in Gemeinschaft für sich als Chance begreifen, selbst und gemeinsam mit anderen zu wachsen. Um dies erreichen zu können treffen wir uns wöchentlich zu einem Forum für den Austausch auf der persönlichen, emotionalen Ebene. Ergänzend greifen wir weitere Kommunikationsansätze, wie z.B. Gewaltfreie Kommunikation auf. Unsere Ziele dabei sind ein achtsamer Umgang miteinander, gegenseitige Unterstützung in persönlichen Entwicklungen, ein konstruktiver Umgang mit der Verschiedenheit unserer Bedürfnisse und Charaktere, die Unterstützung des Konsensfindungsprozesses sowie die Vorbeugung und Bewältigung von Konflikten.

Für die eher sachlichen und organisatorischen Belange treffen wir uns alle zwei Wochen zum Plenum. Entscheidungen, die die Gruppe als Ganzes betreffen, werden von uns im Konsens beschlossen. Bei größeren Themen oder weitreichenderen Entscheidungen werden diese in Kleingruppen vorbereitet, ehe sie im Plenum verabschiedet werden. Rund dreimal im Jahr findet eine Intensivzeit statt, in der wir uns ein Wochenende lang Zeit nehmen und einen für uns relevanten Themenbereich vertiefend diskutieren und bearbeiten.

Wir experimentieren mit alternativen Lebens- und Beziehungsformen jenseits der abgeschlossenen Kleinfamilie und der exklusiven Zweierbeziehung. Wir ermöglichen unseren Kindern die eigenständige Aufnahme vielfältiger sozialer Kontakte untereinander und zu Erwachsenen auch unabhängig von biologischer Verwandtschaft. Wir versuchen traditionelle Geschlechterrollen praktisch zu überwinden.

Solidarische Ökonomie & Arbeitsbereiche

Wir erproben verschiedene Formen des solidarischen Wirtschaftens. Die Leitlinien an denen wir uns dabei orientieren, sind das Bedürfnisprinzip, der soziale Ausgleich unterschiedlicher Verdienstmöglichkeiten und eine Wertschätzung unbezahlter Arbeit.

In unserer Gruppe treffen unterschiedliche Erfahrungen, Kompetenzen und Qualifikationen aufeinander. Entsprechend vielfältig sind auch unsere beruflichen Zugänge, denen wir z.T. als Angestellte nachgehen, teilweise sind wir selbständig tätig oder eben sowohl als auch. Viele von uns haben den Wunsch, ihrer Arbeit auf dem Gelände des Projektes nachgehen zu können, und somit Leben, Wohnen und Arbeiten zu verbinden. Folgende Arbeitsbereiche sind bereits auf dem Gelände etabliert:

- Arbeit am Tonfeld
- Case-Bau
- Dolmetschen und Übersetzen
- Fotografie und Film
- Grafik und Webdesign
- Kundalini-Yoga
- Reiseveranstalter
- Rolfing-Praxis
- Spielgruppe für Kinder

Ressourcensparendes Wohnen

Wir bemühen uns neben einer sozialen und ökonomischen auch um eine ökologisch nachhaltige Lebensweise, was insbesondere einen verantwortungsvollen Umgang mit Energie und Ressourcen im Bereich des Wohnens und der Mobilität beinhaltet. So wurde das »Bettenhaus«, ein Kubus aus den 60er Jahren, im Jahr 2003 mit einer Außendämmung versehen, es wurden dort neue Fenster eingebaut und eine neue Heizungsanlage samt Blockheizkraftwerk installiert. Für diese Maßnahme wurden wir als gelungenes Beispiel im Best-Practice-Archiv für energiesparendes und klimaschonendes Bauen aufgenommen. Ende 2005 wurde ferner auf dem Kubus eine Photovoltaikanlage installiert, mit der wir bei typischen Kasseler Wetterverhältnissen jährlich rund 5.200 kWh Strom erzeugen können.

Ort der Begegnung

Der Gebäudekomplex samt Freifläche dient nicht nur uns zum Wohnen und Arbeiten, sondern bietet zugleich auch einen hervorragenden Ort für Begegnungen aller Art. So ist im älteren Gebäudeteil, der so genannten »Villa«, ein Spielzimmer eingerichtet, das vormittags von einer Kindergruppe im Vor-Kindergarten-Alter genutzt wird und sonst von unseren eigenen Kindern und deren Freunden und Freundinnen. Auch die Außenanlagen sowie die Nähe zum Tannenwäldchen eignen sich ausgezeichnet für Angebote an Kinder.

Die zentrale Lage Kassels und unsere gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln machen den Ort auch attraktiv für Gastgruppen, die sich bei uns einmieten und unsere Gemeinschaftsräume nutzen, um ihre Veranstaltungen durchzuführen. Nicht zuletzt hat in unserem großen Saal mit direktem Zugang zum Garten schon die eine oder andere Feierlichkeit stattgefunden.

bus und mehr

»bus und mehr« ist ein kleiner Reiseveranstalter, der in der Villa Locomuna angesiedelt ist, und mit dem wir den Gemeinschaftsgedanken breiter in die Öffentlichkeit tragen möchten. Hierzu bieten wir jeweils 15 bis 20 interessierten Menschen vierzehntägige Seminare über alternative Lebensentwürfe an, in deren Rahmen wir Kommunen und Lebensgemeinschaften besuchen, um damit die Projekte selber, deren Strukturen, die Menschen, die darin leben, und deren Ideen kennen lernen zu können.●

Weitere Infos unter www.kommunetour.de

Info:
Villa Locomuna, Kölnische Str. 183, D-34119 Kassel
Tel. (05 61) 92 00 94 90, Fax. 920 09 49 59
www.villa-locomuna.de

Villa Locomunas 2006 Foto: Villa Locomuna

»FRAUEN AN DER MACHT«

Immer mehr Frauen stehen weltweit an der Spitze einer Regierung – zuletzt u.a. in Chile und hier in Deutschland. Gleichzeitig hat sich an politischer Unterrepräsentation und marginalen Partizipationschancen von Frauen auf den unteren Ebenen politischer Institutionen sowie hegemonialen patriarchalen Strukturen nur wenig verändert. Ist die zunehmende Zahl weiblicher Premierministerinnen und Präsidentinnen überhaupt ein Zeichen für mehr Geschlechterdemokratie und Emanzipation?

Anhand von drei Länderbeispielen aus drei Weltregionen will am 1. Juli in Köln der Workshop »Frauen an der Macht – drei Kontinente im Vergleich« auf folgende Fragen eine Antwort suchen:

● Welche Rolle spielt das Geschlecht der Amtsinhaberin für ihr Selbstverständnis, ihre politische Karriere und das Durchbrechen der politischen Glasdecke? Welche anderen Faktoren waren zudem oder primär wichtig – z.B. Familie, Netzwerke, Schlüsselqualifikationen etc.?

● Welche Auswirkungen hat ihre Amtsübernahme auf die herrschenden Geschlechterverhältnisse und Geschlechterideologie in der jeweiligen Gesellschaft?

● Wie steht die Zivilgesellschaft, vor allem soziale Bewegungen (Frauenorganisationen), der Spitzenpolitikerin gegenüber? Erwarten diese ein Mehr an Geschlechterdemokratie oder eine gender-sensible politische Agenda? Wie bewerten diese die Geschlechterfrage der Spitzenpolitikerin?

● Wie wird das Thema »Frauen und politische Macht/Spitzenamt« gesellschaftlich und vor allem medial diskutiert? Ist ein gender bias im öffentlichen Diskurs erkennbar oder wird Geschlecht politisch instrumentalisiert, z.B. im Wahlkampf? Welches Bild wird von der Machthaberin und ggf. ihrem Partner (oder ihrem Nichtverheiratet sein) gezeichnet?

JH Deutz, Köln, 1. Juli 2006, 11-18 Uhr Tagungsbeitrag: 10/5 Euro (für Mittagessen und Kaffee). Infos und Anmeldung bei Niklas Reese, Asienhaus, 0201-8303823 oder reese@asienhaus.de
Weitere Infos unter:
www.asienhaus.de/index.php?LINK=4&ULINK=0&UULINK=0
Flyer unter:
www.asienhaus.de/public/archiv/frauen-workshop.pdf

EIN PERSÖNLICHER BLICK

5 Jahre Villa Locomuna

Erstmals getroffen haben wir uns bei einem »Los Geht's« in Niederkaufungen. Jemand hatte die Villa entdeckt und wir standen schon so gut wie vor der Tür. Ein halbes Jahr der ersten Klärungen, der Gruppenfindung, der Geldsuche, der Absprachen, des Versuchens und Scheiterns, des Erkunden von Grenzen stand vor uns, bevor wir dann im Dezember 2000 die Tür aufmachen durften. Die erste von vielen. Im ersten Monat waren wir drei Personen und dann trudelten die Menschen ein und mittlerweile sind wir voll oder fast voll. Je nachdem, wen man fragt.

von Steffen Andreae, Villa Locomuna ● Wir haben von Beginn an einen großen Schwerpunkt gelegt auf die Kommunikation in der Gruppe. Einmal in der Woche trafen wir uns zum Forum, welches wir schon vor Kommunegründung in einem Seminar im ZEGG gelernt hatten. Mittlerweile haben wir es »locomunisiert«, also unseren Bedürfnissen und Fähigkeiten angepasst. So verändern wir alle Methoden, die wir uns mittlerweile angesehen haben, sei es Beschäftigung mit Biographien, Gewaltfreie Kommunikation oder Radikale Therapie. Wir haben methodisch eine PatchworkKommunikation und damit geht es uns gut. Das hat uns nicht grundsätzlich vor großen Konflikten bewahrt und letztendlich auch nicht vor ein paar Leichen im Keller. Aber dennoch: Wir machen das richtig gut und die Regelmäßigkeit des Forums ist unser größter Schatz. Fünf Jahre Villa Locomuna bedeutet weit über 200 Abende enger und intensiver Austausch mit den Menschen.

Die Finanzierung einer Kommune, zumal wir sie über die Bank finanziert haben, ist natürlich immer wieder ein Punkt zur Sorge. Und wenn dann plötzlich drei oder vier KommunardInnen ausziehen, dann sehen manche schnell dunkle Wolken am Horizont. Vielleicht auch, weil sie wirklich da sind. Und andere sehen weiterhin die Chancen und die Möglichkeiten, weil diese eben auch da sind. So haben wir hier Skeptiker und Utopistinnen, Sorgen tragende, Sorgen teilende und sorgenlose Menschen. Wir haben Nörglerinnen und Mutmacher. Es leben hier Menschen, denen alles zu schnell geht, die ständig geschoben und gezogen werden, was sich nicht gut anfühlt. Und wir haben Menschen hier, die ziehen und die schnell sind und die sich ständig ausgebremst fühlen. Der Spagat des Miteinanders tut manchmal weh und zeigt doch auch oft seine Stärke und Kraft.

Heute haben wir ein gedämmtes Haus, schöne Fenster mit mehr als nur einer Scheibe, eine Solaranlage auf dem Dach und im Keller ein kleines Blockheizkraftwerk, die Umstellung auf Bioöl ist in Vorbereitung und manche sehen schon die Rapsöltanke vor dem Haus stehen. Am Anfang hatten wir langweilige Flure und braune Türen, leere Zimmer an deren Decken sich die Tapete löste, dünne Scheiben und Fenster, die nicht richtig zu schließen waren. Das Treppenhaus hatte eine hässliche gelbliche Farbe und in der alten Villa waren aus den schönen großen Räumen funktionale Schulräume geworden, denn die Villa war von der letzten Besitzerin, der Bahn, zu Schulungszwecken benutzt worden.

Nach zweieinhalb Jahren haben wir uns für ein Wochenende vom Haus verabschiedet und an unserem Selbstverständnispapier gearbeitet. Ein schöner, ein schwerer Prozess. Manche fanden sich danach nicht mehr wieder und sind (auch) deshalb gegangen, andere konnten sich mehr auf die Gruppe einlassen. Ein solches Papier vorab zu haben, hat wohl viele Vorteile. Aber es erst – sozusagen nach einem Alltagstest – aufzuschreiben, das Papier also sich selbst inhaltlich vorzuleben, das führt auch zu einer Stimmigkeit und – auch wenn in den nächsten Jahren eine Überprüfung ansteht – die Übereinstimmung mit dem Realen ist (für die meisten jedenfalls) gegeben.

Wie in vielleicht allen Gruppen gab es auch bei uns Macher und Macker, Antreiber und Unermüdliche. Das Phänomen »Hierarchien in Gruppenfindungsprozessen« ist sicherlich schon vielfach beschrieben worden und auch wir könnten ein Kapitel dazu schreiben. Für mich gab es in den ersten drei Jahren drei Personen, die mehr die Entwicklung und das Entstehen des Projektes im Auge hatten und sich weniger als andere mit langsameren Gruppenfindungsprozessen auseinander gesetzt haben. Ich denke, dass dies gut war, und Fakt ist nun einmal, dass es diese Kommune gibt und dass wir komplett sind. Wobei hier natürlich auch gesagt werden muss, dass eine Stadtkommune tendenziell sicherlich weniger Probleme mit dem Finden von neuen KommunardInnen hat als ein Landprojekt.

Wohnhaus und Villa Foto: Villa Locomuna

Dass von diesen drei Personen die eine im dritten Jahr ausstieg und sich erst einmal dem Projekt »Kleinfamilie« näherte, dass die anderen beiden im vierten Jahr eine halbjährige und eine ganzjährige Auszeit nahmen und dann wieder zurückkamen, halte ich für sinnvoll und denke darüber nach, ob dies nicht anderen Projekten empfohlen werden sollte. Die Zugkraft zu Beginn sehe ich sehr positiv. Dass sich dann die, die antreiben, zurückziehen und die anderen die Kompetenzen, die Rollen, die Hierarchien neu verteilen und strukturieren, das hat zu einer Stabilisierung des Projektes geführt, da mehr und mehr Schultern Verantwortung übernommen haben.

Die letzten fünf Jahre waren ein wunderschönes Erlebnis. Trotz allem und deswegen. Ob ich es noch mal wagen würde? Ich weiß es nicht, aber ich ermuntere jedeN, diesen Weg zu gehen. Eine andere Welt ist nicht nur möglich – es gibt sie schon.●

DÜSSELDORF: STATTZEITUNG FÜR POLITIK UND KULTUR

Wo wir sind ist vorne

Die TERZ ist die linke Monatszeitung für Düsseldorf, ein kollektiv betriebenes Medienprojekt, dass im April 2006 seine 150. Ausgabe herausbrachte. Anlässlich dieser 150. Ausgabe, nach mehr als 14 Jahren TERZ, werfen die MacherInnen einen Blick zurück auf die Anfänge ihrer Zeitung und ihren Werdegang.

Das Projekt »TERZ – Düsseldorfs Stattzeitung« entstand 1991. Damals fand sich eine recht bunte Truppe Interessierter und Aktiver aus der linken Szene zusammen, die den Eindruck hatte, dass »die Linke« in Düsseldorf relativ »am Boden« ist – auch wenn es damals noch viel mehr Initiativen und Aktivitäten als heute gab, schien doch recht wenig zusammenzulaufen, insbesondere der Kluft zwischen »politischen« und »kulturellen« Initiativen wollten wir entgegenwirken. So entstand die Idee einer »linken Lokalzeitung«, die über den eigenen Tellerrand hinaus Leute erreichen und informieren sollte. Die Zeitschrift sollte Raum bieten für Informationsvermittlung und Diskurs, und so steht heute wie damals in unserem Impressum: »Nutzt TERZ als Forum für Diskussion und Streitkultur«!

Wir wollten keine Zeitung, die im abgeschlossenen Kämmerlein gemacht wird und dann fertig nach außen geht, sondern es sollte ein öffentliches Projekt, ein Forum gebildet werden. In den Anfangsjahren veranstalteten wir offene Redaktionssitzungen und Diskussionsveranstaltungen.

Wir wollten ein Gegengewicht zum ärgerlichen bis langweiligen publizistischen Einerlei in Düsseldorf schaffen: »Wir wünschen uns eine Zeitung, die in der Lage ist, in die Geschehnisse der Stadt einzugreifen, weil sie das notwendige Wissen an die handelnden AkteurInnen weitergibt,« so hieß das damals bei uns. Die Bezeichnung **»Stattzeitung«** knüpft dabei an die Tradition von **»Gegenöffentlichkeit«** aus den 70er Jahren an: Es geht darum, unabhängige und selbstorganisierte Strukturen zu schaffen, um dem kulturindustriellen Medienbrei entgegenzuwirken. Dabei war auch uns eigentlich von Anfang an klar, dass die rosigen Zeiten für links-alternative Presse vorbei waren. Aber uns ging die Schrebergartenatmosphäre und das ewige Gezanke der linken Grüppchen auf die Nerven und wir dachten: Es kann ja nur noch besser werden! ...

Unsere erste Ausgabe – die »Nullnummer« – erschien im Januar 1992 und Schwerpunktthema war das damalige Roma-Lager beim Landtag. In den nächsten drei Jahren – bis Sommer 1995 – erschien TERZ in Form einer um die 60 Seiten starken Monatszeitschrift mit recht umfangreichem Terminteil, einem Magazinteil mit Artikeln zu lokalen politischen oder kulturellen Themen und einem Schwerpunktthema – wie z.B. Neofaschismus, Kriegsdienstverweigerung, Stadtplanung, Sport, Abschiebung, Gewalt gegen Frauen, Musik. Ein gewaltiger Berg Arbeit, der unentgeltlich Monat für Monat geleistet werden musste. Daneben organisierten wir 1992, 1993 und 1994 unsere legendären Straßenfeste an der Martinstrasse.

Das notwendige Kapital für unser Projekt wurde zum einen durch Geldeinlagen der Beteiligten geschaffen und der damalige Kollektivbetrieb, das Umzugsunternehmen *»Sägewerk Transporte«* stellte uns die betriebliche Infrastruktur zur Verfügung, damit wir die Kohle für den ersten TERZ-Computer und die Druckkosten der ersten Ausgaben mit Möbelschleppen erarbeiten konnten. Da wir kein Büro hatten, traf sich das Redaktionskollektiv einmal die Woche im Gruppenraum des Initiativenhauses auf der Martinstrasse. Verschiedene Arbeitsgruppen – Kultur, Layout, Schwerpunktgruppe – trafen sich in Privatwohnungen und WG-Küchen, in denen auch die Produktion der Zeitschrift selbst stattfand.

Wir brauchten unbedingt ein eigenes Büro, in dem Informationen zusammenlaufen und -getragen werden konnten und wo eine ungestörte Produktion möglich war. Im Stadtteil Derendorf fanden wir ab August 1992 – nach der siebten Ausgabe – ein Kellerbüro in einer Seitenstrasse, was unseren bescheidenen Anforderungen und noch bescheideneren finanziellen Möglichkeiten entsprach: Gruppenraum, Archivstauraum, Layoutraum/Küche und Toilette/Dunkelkammer. Dort hausten wir bis zu unserem Umzug in den Salzmannbau im Sommer 1996.

Um das derart angewachsene Projekt nicht nur kurzfristig aufrechterhalten zu können, mussten wir durch Anzeigenakquise und Verkauf der Zeitung (denn wir wollten kein »Umsonst-Blättchen« sein) eine stabile finanzielle Grundlage schaffen, mit der Druck- und Produktionskosten bezahlt werden konnten. Für die Finanzierung der Infrastruktur wie das Büro wurden Mitgliedsbeiträge benötigt. Natürlich war das Geld schon immer knapp und nicht wenig Zeit musste statt mit Diskussionen um Inhalte und Erscheinungsform der Zeitung mit nervigen Diskussionen, wer wie wann und wo Geld durch aktiven Handverkauf der Zeitung (auf Trödelmärkten, Demos, auf der Strasse und in Kneipen – solche Touren nannten wir z.B. – nach dem Düsseldorfer Stadtteil – »Bilk bei Nacht«) oder Anfragen bei potentiellen WerbekundInnen beschaffen könnte.

Durch viel Improvisation und sehr viel freiwilligem Engagement sowie Unterstützung (sei es durch die Spende eines größeren Kontingents an Büromaterialien, Möbel, Technik oder durch unsere Druckerei, die uns als kostenlose Dauerleihgabe eine Rasterfolie zur Verfügung stellte, wodurch wir unsere Fotorepros selbst machen konnten u.v.m.) hielt sich das Projekt TERZ 45 Ausgaben lang bis zum Herbst 1995.

Um-, Aus- & Durchbrüche

Nach vier Jahren Projektplanung und drei Jahren Produktion war die Luft ziemlich raus: die Verkäufe waren schleppend, die Abrechnungen nervig, das Geld mehr als knapp, die Arbeit ein Berg... wir waren nur noch eingenommen vom Zwang der Organisierung, wo blieben die Inhalte, die Diskurse??? Unser Selbstverständnis als Kollektiv war auseinandergedriftet, es bestand eine Kluft innerhalb der Gruppe. Vieles von dem, weshalb wir mal angefangen hatten, erreichten wir nicht: die gewünschte netzwerkübergreifende Debatte, die wir anstoßen wollten, blieb aus. Die Initiativen und Projekte, denen wir Raum zur Artikulation geben wollten, lösten sich wieder auf oder schwammen lieber im eigenen Saft, und auch wir selbst als Kollektiv bekamen unsere eigenen Ansprüche nicht unter einen Hut.

Es blieb nicht aus, dass sich aufgrund der notwendigen Arbeitsteilung bei einem solchen Projekt eine Hierarchie herausbildete – bedingt durch die Arbeitsweise, das feste monatliche Erscheinen und die unterschiedlichen Charaktere, Interessen und Kenntnisse der Beteiligten. Natürlich spielten auch die typischen Gruppenprozesse und persönlichen Klamotten eine Rolle bei der Zusammensetzung der TERZ: Leute kamen und gingen, es gab politische Differenzen, persönliche Differenzen, unterschiedliche Entwicklungen und auch einfach schlicht die Zeit, die weiterläuft. In Wahrheit existiert die TERZ nicht deshalb immer noch, weil die Gruppe so etwas wie ein einheitliches politisches Weltbild hat, sondern eher, weil sich die Leute trotz ihrer Weltbilder irgendwie mögen und schon viel an Zeit und Nerven miteinander geteilt haben. In Wirklichkeit sind wir nämlich – nicht weitersagen! – ziemlich wertkonservativ.

Nicht umsonst, aber kostenlos

Ab der Sommerausgabe Juli/Aug. 1995 entschieden wir uns, zweimonatlich zu erscheinen, in der Sep./Okt.-Ausgabe versuchten wir, unsere eigenen Probleme mit der TERZ in der TERZ zu thematisieren und erarbeiteten das Schwerpunktthema »Gegenöffentlichkeit und Kollektivität«, denn, wie wir in unserem damaligen »Idiotoreal« voranschickten, »auch in Düsseldorf sind kollektive Arbeits- und Lebensformen fast völlig verschwunden und auch der linke Traum einer alternativen Bewegungsöffentlichkeit scheint ausgeträumt zu sein – eine widersprüchliche Realität, der auch wir uns als Kollektivbetrieb mit Anspruch auf Produktion von »Gegenöffentlichkeit« stellen müssen.«

Wir erhofften uns von der Umstellung auf zweimonatliches Erscheinen ein »mehr an Zeit« um wieder »kollektiver« und damit motivierter arbeiten zu können. Durch diesen »Bruch« wurde jedoch auch die Gruppe deutlich kleiner und nach nur knapp einem Jahr – nach sechs Ausgaben – mussten wir auch dieses Konzept aufgeben, weil das »mehr an Zeit« das Kollektiv eigentlich nur mehr und mehr zerfließen ließ, die Verkäufe wurden ebenso wenig gesteigert wie unsere Finanzprobleme gelöst. Wir entschieden also im Sommer 1996, uns radikaler vom bisherigen Konzept zu trennen: Um das Projekt zu entlasten und zu vereinfachen, würde TERZ fortan gratis sein, was wir eigentlich nie wollten, weil wir dachten, eine kostenlose Zeitung entwertet ihren eigenen Inhalt. Anderseits war die Arbeitsvereinfachung – keine nervigen Abrechungen mehr, Verteilung und Schluss – zu verlockend.

Nach einer Pause von drei Monaten erschien die erste TERZ im November 1996 in neuem Gewand: neben kostenloser Verteilung bei deutlicher Erhöhung der Auflage stellten wir auf entscheidend billigeres Papier um und reduzierten die Seitenzahl, so konnten wir die Kosten und den erforderlichen Arbeitsaufwand senken, besser überblicken und weiter arbeiten. Genau in dieser Pause des Projekts im Sommer 1996 bezogen wir einen der Initiativenräume des Salzmannbaus und ließen das muffige Kellerbüro hinter uns.

Nach dieser Umbruchs- und Umzugsphase erschien die TERZ gut ein Jahr lang mit 32 Seiten und zweifarbigem Cover bei kostenloser Verteilung.

Neben der Herausgabe der TERZ fingen wir an, Bücher zu produzieren: Im August 1997 die Untersuchung »Lokalpolitik und die extreme Rechte in Düsseldorf«. Eine Publikation der Memoiren des Düsseldorfer Journalisten und Antifaschisten Peter Baumöller erschien Ende 1998 mit dem Titel »Es war nicht alles für die Katz – Geschichten aus heißen und kalten Kriegstagen« (ISBN 3-9805861-1-1). Und 2002 veröffentlichten wir die Untersuchung »Antisemitismus in islamischen Gesellschaften – Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes« des Islamwissenschaftlers Michael Kiefer (ISBN 3-9805861-2-X), die auch überregional Beachtung fand. Unter unserer Webadresse www.terz.org stellen wir seit 11/1999 den kompletten Inhalt unserer Zeitung im Volltext zur Verfügung bzw. bieten wir hiermit die Möglichkeit, auch ältere Artikel zu recherchieren.

aus terz, zum fünfjährigen

Quo vadis?

Die Zeiten haben sich geändert. Nicht nur wir sind mit dem Projekt TERZ älter geworden. Auch der politische Kontext des Projekts hat sich ziemlich verändert. Die meisten Gruppen und Personen aus Zeiten der ersten TERZ-Ausgabe spielen für die heutige linke Szene keine Rolle mehr, und auch die Zeiten insgesamt sind ziemlich andere als vor fünfzehn Jahren. Klar – wir leben immer noch im Kapitalismus und der Rhein fließt auch immer noch flussabwärts. Doch heute schmunzeln auch wir über viele der Debatten, die wir früher mit Inbrunst betrieben haben und sind versöhnlicher gegenüber den ewigen Anfeindungen geworden.

Sicher – den einen sind wir zu links, den anderen nicht links genug, den nächsten zu antiquiert und den übernächsten zu zeitgeistkompatibel. Unsere politische Verortung liegt jedoch nicht in irgendwelchen Fraktionierungen der Linken sondern in dem Anspruch, eine antifaschistische Praxis vor Ort zu stützen und zu fördern und darin, inhaltliche Anstöße und Diskussionen für linke Theorie und Praxis anzuregen. Der Bezug und auch die Verknüpfung der TERZ mit der linken antifaschistischen Szene war und ist auch heute noch prägend für uns. Und solange sich noch irgendwelche Nazis, Rassisten, Ausbeuter, Biedermänner und staatstragende Persönlichkeiten durch uns beleidigt, verleumdet, angegriffen oder sonst wie beschmutzt fühlen und vor allem, wenn wir nach Artikeln die Bestätigung bekommen, dass sich wieder mal Individuen oder Gruppen in ihrem Engagement für bessere Verhältnisse unterstützt fühlen, lohnt sich die Investition in die Druckerschwärze noch.●

TERZ-KOLLEKTIV

DIE MONATSZEITUNG »analyse & kritik«:

Von links intervenieren

»Links sein bedeutet für mich, gesellschaftlich emanzipatorisch zu intervenieren. Links ist für mich eine Positionierung, die nicht zu Lasten von Schwächeren geht, wo keine Herrschaftsverhältnisse reproduziert werden.« Nicole Vrenegor muß nicht lange überlegen, um zu erklären, was es für sie bedeutet, heute links zu sein. Seit 2001 ist sie Redakteurin der Monatszeitung »analyse & kritik«. »Ich komme aus der feministischen Bewegung, aus der undogmatischen Linken«. 32 Jahre alt ist Nicole Vrenegor – zwei Jahre jünger als die Zeitung, bei der sie arbeitet. Deren Vorläufer erschien 1971 das erste Mal unter dem Namen »Arbeiterkampf« als »Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes«. Geblieben ist das Kürzel »ak« und der Anspruch, allmonatlich Hintergrundinformationen aus linken Bewegungen für ebendiese zu drucken.

Von Gaston Kirsche ● Oft wird ein Thema über zwei Zeitungsseiten ausführlich analysiert – keine leichte Kost, aber für linke AktivistInnen informativ. So fanden sich in Ausgabe Nummer 499 drei längere Texte zum Thema offene Grenzen: Zur EU-Flüchtlingspolitik in Nordafrika, zu antirassistischen Protesten gegen die Lager in der BRD und eine Rückschau auf 40 Jahre Ausländergesetz. Auf Seite 1 wird Stellung bezogen mit dem Aufmacher »Sie sollen durchkommen!«: »Die einzig vernünftige Antwort auf den Flüchtlingskampf ist die – helft ihnen durchzukommen! Grenzen auf für alle!«

Der vor allem in Norddeutschland aktive KB löste sich 1991 auf. Voraus ging ein Zerwürfnis: Eine Minderheitsströmung von etwa 40% der Mitglieder radikalisierte sich angesichts der deutschnationalen Welle im Zuge des Zusammenbruches der DDR, und agierte unter dem Motto »Nie wieder Deutschland«. Die Mehrheit setzte auf die PDS als linke Massenbasis und versuchte die Rolle einer stark bündnisorientierten linksradikalen Bewegungsorganisation wie in den 80er Jahren fortzuführen. Der »ak – arbeiterkampf« blieb noch ein Jahr bestehen, als gemeinsame Zeitung der beiden Nachfolgegruppen des KB. 1992 beendete die ehemalige Mehrheitsströmung des KB das Experiment einer von zwei sich wiedersprechenden Nachfolgegruppen herausgegebenen Zeitung und gründete die »analyse & kritik«, welche in ihrer Form dem »ak – arbeiterkampf« nachempfunden ist und die Nummerierung fortführt. Die nun zeitungslose frühere Minderheitsströmung des KB gründete die Gruppe K und das Zirkular »Bahamas«, löste sich aber bereits 1995 auf und übergab die »Bahamas« an eine kleine Berliner Gruppe, mit der es zuvor in der Gruppe K zermürbende Auseinandersetzungen gab. Die heutigen »Bahamas« haben mit dem Anspruch der ehemaligen Gruppe K, eine kommunistische Bewegung mit antideutscher Ausrichtung neu zu begründen, nichts mehr gemein und distanzierten sich des öfteren sowohl von der Gruppe K als auch vom KB.

Anders bei »analyse & kritik«. Auch heute gibt es noch ehemalige Mitglieder der Mehrheitsströmung des KB in der Redaktion, aber die sind in der Minderheit gegenüber jüngeren Linken wie Nicole Vrenegor. Einige RedakteurInnen sind fast solange dabei, wie es »ak« und »a&k« gibt: »1972 wurde ich zuerst nicht in den KB aufgenommen, weil es für Kleinbürger einen Aufnahmestopp gab und vor allem Proletarier in die Organisation kommen sollten«, erzählt Gabi Bauer, 53, heute presserechtlich verantwortliche Redakteurin. Sie war dann aber bis zur Auflösung Mitglied im KB: »Links-Sein sollte sich nicht auf einen Diskurs beschränken. Es geht um den Versuch, etwas zu tun. Nicht immer gleich als linksradikale Politik, dass kann auch Unterstützung für Flüchtlinge oder Obdachlose sein.«

Während die beiden Redakteurinnen nicht müde werden, die Praxis zu betonen, wird in den Kellerkatakomben in Hamburg-Eimsbüttel, deren Miete sich der Verlag eben leisten kann, die 500ste Ausgabe produziert. »Dort wird es ein langes Selbstinterview der Redaktion geben

Fortsetzung auf Seite 6

BLACKSPOT KAMPAGNE STARTET IN DEUTSCHLAND

Ein roter Punkt an der Schuhspitze

Wie cool sind Nike und co. wirklich?! Auch wenn es Nike, Adidas, Reebok und co. gerne verheimlichen wollen, mittlerweile wissen die meisten Menschen, dass hinter der bunten Plastikfassade der multinationalen Konzerne und ihrer paradiesischen Werbewelt die typischen Produktionsbedingungen des globalisierten Kapitalismus stehen.

Redaktion Heidelberg ● Wie andere Wirtschaftszweige folgt auch die Schuhindustrie bei der Auswahl ihrer Produktionsstandorte marktwirtschaftlichen Überlegungen: Produziert wird dort, wo eine definierte Qualität zu möglichst geringen Kosten angeboten wird, um das Endprodukt zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten zu können, damit für den Konzern eine möglichst zufriedenstellende Rentabilität gewährleistet wird. Die Folgen sind Kinderarbeit oder Billiglohn-Sklaverei in Weltmarktfabriken, der Mord von Tieren zwecks »Ledergewinnung« und die Zerstörung der Umwelt durch Pestizideinsätze auf Baumwollplantagen, um nur einige der sichtbaren Phänomene zu nennen.

Sand im Getriebe – »ethischer Konsum«

Der Kapitalismus und all die mit ihm einhergehenden Probleme werden nicht von heute auf morgen abgeschafft; er ist aber auch kein unüberwindbares Schicksal, dem wir uns ohnmächtig ergeben müssen. Der Versuch, die Herstellungsbedingungen für die Konzerne (sprich in finanzieller Hinsicht) zu verbessern wird mitbestimmt vom Verhalten der KonsumentInnen. Es ist völlig klar, dass der Kapitalismus nicht durch reine Konsumumstellung überwunden wird und dass alles besser wird, wenn nur die ganze Welt Fair-trade Kaffee trinkt; aber an einem wichtigen Punkt lässt sich durch Konsum-Änderung ansetzten: Projekte können gefördert werden, die versuchen die Produktionsbedingungen zu verbessern, durch gerechtere Löhne, faire Arbeitsbedingungen und durch die Verwendung von veganen Rohstoffen aus nachhaltigem Anbau oder besser – kontrolliert biologischem Anbau.

Aus Biohanf in einem portugiesischem Unternehmen, das nur aus Gewerkschaftsangehörigen besteht, hergestellt. Alles an dem Blackspot, von seinem roten Punkt vorn und seinem handgemalten Anti-Logo bis hin zu seinen Reklametafeln und Fernsehspots, wurde designed, um einzig eine Sache zu tun: Den Großkonzernen in den Arsch treten!

Die kanadische Gruppe »Adbusters« (u.a. bekannt durch ihre kreativen Anti-Werbungsaktionen) hat sich genau dies zum Ziel gesetzt; sie haben angefangen direkt in den Waren-Herstellungsprozess einzugreifen und selbst dafür zu sorgen, dass den Menschen Alternativen angeboten werden.

Eine Alternative: BLACKSPOT SNEAKER

Der erste Schritt wurde buchstäblich mit der Herstellung des BLACKSPOT SNEAKER getan: Der Blackspot Sneaker ist ein Turnschuh, der die »Coolness« der Nike-Schuhe negiert: Anstelle von Billiglohnarbeit im sog. Trikont wird er in einer gewerkschaftsgeführten Fabrik in Portugal hergestellt. Überdies besteht er zu 100% aus Biomaterialien und ist komplett vegan. Im Gepäck hat er aber noch ein ganz besonderes Accessoire: Der rote Punkt an der Schuhspitze ist dort nur aus einem Grund angebracht: Um Nike und co. kräftig in den Arsch zu treten.

Nach einem sensationellen Erfolg des ersten Modells, vor allem in den USA, Kanada und Europa, stehen nun die Tore weit offen. Die Coolness der großen Schuhhersteller fängt an zu bröckeln, ihre schöne Fassade blättert ab. Die Medienresonanz in der ganzen Welt zu Beginn der Blackspot-Kampagne war erstaunlich. Schon bald folgte ein zweites Blackspot-Modell: Der Unswoohser. Ebenfalls 100% fair-trade, bio und vegan ist dieser Schuh mit einer Sohle aus recycleten Autoreifen ausgestattet. Bisher wurden knapp 18.000 Paar der beiden Schuhe verkauft!

Der Unswoosher beinhaltet alles, was den Blackspot Sneaker so großartig gemacht hat: In einer sicheren und angenehmen Gewerkschaftsfabrik hergestellt, mit rein veganen Materialien, inklusive 100% Biohanf als Oberfläche und einer Sohle aus recycleten Reifen. Einer der weltweit umweltfreundlichsten Schuhe.

Das Besondere an der Adbusters Anti-Firma ist, dass jedeR KäuferIn durch den Erwerb eines Blackspot-Paares automatisch einen gleichberechtigten Anteil an der Anti-Firma erhält und somit stimmberechtigt ist. Beispielsweise, wenn beschlossen wird, wie der erwirtschaftete Profit investiert werden soll.

Der Schuh ist schon seit längerem in Deutschland erhältlich. Am 05.05.2006 startete »Roots of Compassion« nun eine Kampagne zur weiteren Verbreitung der Blackspot-Idee, die mit dem Launch der Website www.blackspotsneaker.de eingeläutet wird.●

Links:
www.blackspotsneaker.de
www.rootsofcompassion.org
www.blackspotsneaker.org (englische Originalseite zur Blackspot Kampagne)
www.adbusters.org

ROOTS OF COMPASSION

Roots of compassion ist ein Kollektiv von Menschen, die den Veganismus, Menschenrechte und Erdbefreiung auf einem non-profit-Hintergrund promoten wollen. Das ganze Geld, was wir bekommen, wird für neue Produkte oder andere Projekte ausgegeben! Unser Ziel ist es, die Idee einer positiven Zukunft für jedes Lebewesen, ohne Ausbeutung, Leid und Unterdrückung zu verbreiten.

Die in Kanada ansässigen Adbusters führen einen schillernden und einfallsreichen Kampf gegen Konsumterror und Markenwahn. Die Adbusters bilden seit ihrer Gründung 1989 einen lauten und bunten Stamm innerhalb der sozialen Bewegungen des Informationszeitalters. Alle zwei Monate veröffentlichen die Pioniere unter den Medienaktivisten ein weltweit vertriebenes Magazin. Sie betreiben die Website www.adbusters.org und initiieren internationale Kampagnen wie die »TV Turnoff Week« und den »Buy Nothing Day« an dessen eintägigem Konsumverzicht sich jährlich über eine Millionen Menschen beteiligen. Das in Deutschland auch »Kaufnix-Tag« genannte Event fand in diesem Jahr zum zwölften Mal statt.

roots of compassion, Warendorferstr. 148, D-48145 Münster, Tel. (02 51) 136 78 90
www.rootsofcompassion.org

DIE »BLACKSPOT SHOES« FABRIK

Die Fabrik ist in einer ländlichen, »Felgueiras« genannten Region Portugals gelegen, ein Gebiet, in dem die Schuhherstellung eine 400 Jahre alte Tradition ist. Die Fabrik ist seit drei Generationen im Besitz und Betrieb von ein und derselben Familie. Die Besitzer genießen einen Ruf als exzellente Arbeitgeber. Obwohl viele der Angestellten Autos besitzen, ist es üblich, dass andere zu Fuß nach Hause durch Weingärten und Olivenhaine gehen, ihren Chefs und Nachbarn im Vorbeigehen winkend. Felgueiras ist ein friedliches Fleckchen. Es gibt fast keine Kriminalität. Viele der hier Wohnenden, leben schon ihr ganzes Leben hier.

Die Fabrikmaschinen sind neu und auf dem neusten Stand. Das Arbeitstempo ist gut, so wie auch die Luft erstklassig ist. Die Betriebsgebäude sind groß, weitreichend und gut beleuchtet. Die Lärmpegel-Vorschriften werden strikt eingehalten. Wo immer du dich aufhältst, ist Musik zu hören. Eine vorbildliche Fabrik, laut dem Repräsentanten der größten Gewerkschaft, mit einem beinahe perfekten Sicherheits-Protokoll. Die Sicherheits-Ausrüstung ist vollständig verfügbar und geprüft.

Die Arbeit geht von 8 Uhr morgen bis 6 Uhr abends, mit 1,5 Stunden für das Mittagessen (keine Kaffeepausen). Überstunden sind nicht zwingend vorgeschrieben und werden gut bezahlt (normalerweise machen nur die älteren ArbeiterInnen, wie DesignerInnen oder PrüferInnen, Überstunden). Die erste der Überstunden wird mit dem anderthalbfachen Lohn bezahlt, die weiteren mit dem normalen Lohn, plus eines Aufschlags von 75%. Portugal hat einen nationalen medizinischen Versorgungsplan für alle Einwohner. Ein Arzt/eine Ärztin besucht die Fabrik zweimal die Woche und die ArbeiternehmerInnen sind berechtigt, ihn/sie so oft sie wollen zu konsultieren.

Gehälter

Der Mindestlohn in Portugal beträgt 365 Euro pro Monat. Die ArbeiterInnen dieser Fabrik erhalten zwischen 420 und 700 Euro pro Monat, abhängig von ihrer Arbeit und ihrem Dienstalter. Über das Basisgehalt hinaus, erhalten die ArbeiterInnen 25 bezahlte Urlaubstage und zwei Monatsgehälter extra pro Jahr, was unter dem Strich einen Lohn von 35% über dem Mindestlohn ausmacht.

Die Gewerkschaft

Die Gewerkschaftsabgaben entsprechen 1% des Monatsgehaltes des Mitglieds und etwa 40% der ArbeitnehmerInnen sind als GewerkschafterInnen registriert. Nicht alle wählen eine Gewerkschaftsmitgliedschaft, da sie dafür keinen Grund sehen. Die Gewerkschaft beteiligt sich, wenn nötig, an Gehaltsverhandlungen und bietet den ArbeiterInnen juristische Vertretung, wenn sie benötigt wird, aber ist hauptsächlich dazu da, um Schutz vor unfairen Kündigungen bereitzustellen. Dennoch wurde, laut Auskunft der ArbeiterInnen, mit denen wir privat gesprochen haben, keineR unfair entlassen in dieser Fabrik.

Die ArbeiterInnen erzählten uns, dies sei eine der besten Fabriken in Portugal. Sie erzählten uns auch, dass die einzigen Fabriken, die 100% gewerkschaftlich sind, von ausländischen BesitzerInnen betrieben werden, wo ArbeiterInnen sich ungeschützter fühlen als in lokalen Betrieben mit Arbeitergebern aus der direkten Umgebung.

Wir trafen uns mit ArbeiterInnen, die der Gewerkschaft angehören, wir trafen uns mit Mitgliedern des Betriebsrats, wir trafen Gewerkschaftsangestellte und Angestellte der regierungsgeleiteten Dachverbände, die den Gewerkschaften Hilfe leisten. Alle Treffen waren in privatem Rahmen. Alle Menschen, die wir interviewten, waren unmissverständlich in ihrem Lob für die Fabrik. Ein hoher Grad an Transparenz war offensichtlich.●

http://blackspot.rootsofcompassion.org/fairtrade.htm

FORTSETZUNG VON SEITE 5

und jede Menge Grußadressen«, erklärt Gabi Bauer lächelnd. Sechs halbe Stellen können sie finanzieren – einige RedakteurInen arbeiten unentgeltlich, und Honorar für die AutorInnen gibt es nicht. Die Auflage liegt bei 3.000 Exemplaren. Aber durch das ehrenamtliche Engagement vor allem von ehemaligen KBlerInnen konnte der Verlag vor vier Jahren gar leicht expandieren: Zweimal im Jahr liegt die »Fantomas« bei, das »Magazin für linke Debatte und Praxis«. Diese Zeitschrift mit längeren, theoretischen Texten erscheint zu Themen wie »Soziale Klassen – soziale Kämpfe« oder »Staat und Autonomie«. Die erste Ausgabe trug 2002 den programmatischen Titel »Zu rebellieren und zu kämpfen wagen«. Zielgruppe sind junge, akademische Linke, die sich der globalisierungskritischen Szene rund um attac zurechnen.

Das ist bei a&k ähnlich, erklärt Gabi Bauer: »Es gibt eine Fluktuation bei den Abos, jüngere Linke lesen auch a&k. Was mich zuerst erstaunt hat, sind junge Leute Anfang 20, die hier ein Praktikum gemacht haben, die sich sehr für die Zeitung eingesetzt haben und einen Freundeskreis haben, die a&k kennen.«

So ist a&k auch bei jüngeren linksradikalen BewegungsaktivistInnen bekannt, betont Nicole Vrenegor. Nur: diese Szene ist derzeit klein. »Wir bekommen viele Anfragen für Veranstaltungen, ob wir uns mit aufs Podium setzen wollen, können dass aber personell gar nicht leisten«, so Gabi Bauer. Manchmal aber doch, wie bei der Konferenz »Imperialismus, Empire und Hegemonie«, die mehrere linke Zeitungen im November 2005 gemeinsam veranstalteten. Thomas Seibert, Redakteur von »Fantomas« und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac, sprach dort zur Frage: »Neue Kämpfe im neuen Kapitalismus?«

Im November 2005 wurde das Jubiläum in der Hamburger W3 groß gefeiert, das etwas geschichtsklitternde Motto: »500 x ak – 500 mal linke Publizistik, durch alle Irrungen und Wirrungen linker Bewegungen«. Das Motto macht die linke Geschichte eher glatt als zugänglich. Um sich mit der Tradition des »Arbeiterkampf« und des Kommunistischen Bundes zu beschäftigen, wird es andere Möglichkeiten geben.

Es war voll und kein reines Veteranentreffen, viele junge Linke feierten mit. Einige bemängelten, dass es auf dieser reinen Tanzveranstaltung keine politischen Beiträge gab. Sie konnten nur vermuten, das hinter dem Titel »Arbeiterkampf« ein anderes Konzept stand als hinter dem Titel »analyse & kritik«. »Arbeiterkampf« steht für die Aufbruchstimmung Anfang der 70er Jahre, als große Hoffnungen auf eine baldige revolutionäre Erhebung des »schlafenden Riesen Arbeiterklasse« gesetzt wurden. »analyse & kritik« steht für eine Linke, welche die Kritik erst mal neu formulieren muss, um wieder MitstreiterInnen und GenossInnen zu gewinnen. Die RedakteurInnen von »a&k« betonen eindringlich die Notwendigkeit von »politischer Intervention« seiten radikaler Linker. Etwas in den Hintergrund gerät dabei die Aufarbeitung linker Geschichte und der notwendige offene Streit darüber, wie linksradikale Interventionen möglich sein können, die keine opportunistischen Zugeständnisse an die deutsche Ideologie oder Herrschaftsverhältnisse machen.●

www.akweb.de

TC DRUCK, TÜBINGEN

Verlagsgenossenschaften

Autonomie und Bindung

– Geschichte einer Druckerei- und Verlagsgenossenschaft

Am 14. April 1945, wenige Tage vor der Besetzung Tübingens durch die Franzosen, erschien die letzte Ausgabe der seit dem 1. Januar 1934 gleichgeschalteten Tageszeitung »Chronik« in Tübingen. Am 21. September 1945 erschien unter Zensur-Aufsicht erstmals das SCHWÄBISCHE TAGBLATT, geschrieben und gedruckt an der gewohnten Stelle, die Eigentumsverhältnisse blieben jedoch noch eine Weile ungeklärt. Unter dem Namen »Tübinger Chronik« wurde 1948 schließlich eine Genossenschaft ins Handelsregister eingetragen, die die Druckerei betrieb. Das SCHWÄBISCHE TAGBLATT, das als eigenständige Firma entstanden war, wurde bis Mitte 2003 von der Druckerei hergestellt.

Sonja Menzel, Red. Genossenschaften ● Erstmals erschien die »Tübinger Chronik« am 1. Januar 1845, Maximilian Müller war noch Redakteur, Drucker und Verleger in einer Person. 1905 leitete der jüdische Verleger Albert Weil erste technische Modernisierungen in die Wege. Damals bündelten sich unter dem Namen »Tübinger Chronik« noch Zeitungsverlag mit Redaktion und Druckerei. Die bis 1930 dem politischen Liberalismus verbundene »Tübinger Chronik« behauptete sich gegen alle Konkurrenz als stärkste Zeitung am Ort. Dann verkaufte Weil wegen der Reichstagswahl-Erfolge der NSDAP die »Chronik« an den konservativen Ulmer Verleger Karl Höhn. Weil zog die Schweiz als Domizil vor. Höhn konnte das Tübinger Blatt nur kurz über den Machtwechsel an Hitler halten, im Dezember 1933 verkaufte er es an die Stuttgarter NS-Presse.

Neustart nach dem Weltkrieg

Die französische Militärregierung wollte mit dem Start der Bundesrepublik für Zeitung und Druckerei organisatorisch und auch sonst einen sichtbaren Neubeginn und unterband jegliche politisch belastete Zeitungstitel. Sie drängte auf Trennung von Druckerei und Zeitung. 1948 erfolgte für die Druckerei der Eintrag ins Genossenschaftsregister. Vorausgegangen war die Gründungsversammlung am 3. September 1947, in der 42 Mitarbeiter der alten Tübinger Chronik die Produktivgenossenschaft gründeten. In Zusammenarbeit mit dem Landratsamt bringt die Genossenschaft anfangs das Amtsblatt für den Kreis Tübingen als Nachfolgerin des Mitteilungsblatts der französischen Militärregierung heraus.

Für den Geschäftsbetrieb der Genossenschaft entscheidend wird jedoch der 1949 mit der Württembergischen Verwaltungs- und Treuhand GmbH Tübingen abgeschlossene Pachtvertrag, der die Benutzung des Betriebsgebäudes sowie der Betriebs- und Geschäftseinrichtung vorsieht. 1952 wird die begonnene intensive Zusammenarbeit organisatorisch gestützt durch Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, bezeichnet mit Schwäbisches Tagblatt/ Tübinger Chronik. Gesellschafter sind die Tübinger Chronik, Druckerei- und Verlagsgenossenschaft eGmbH und die Schwäbisches Tagblatt GmbH zu je 50%. Wesentlicher Inhalt ist der Druckvertrag zwischen der Genossenschaft und Tageszeitung.

Grafik: junge Welt

100%-Mitarbeiter-Beteiligung

Nach außen entwickelt sich die Tübinger Chronik, später umbenannt in TC DRUCK, zu einem mit neuster Technik arbeitendem Wirtschaftsunternehmen. Intern dient die TC DRUCK aber in erster Linie der wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitarbeiter: Als Produktivgenossenschaft ist sie eine demokratische Vereinigung engagierter Mitarbeiter der grafischen Industrie, die gemeinschaftlich ein Medienunternehmen betreiben. Ausschließlich Mitarbeiter der TC DRUCK können Mitglieder dieser Genossenschaft sein. Von den heute 55 Beschäftigten sind dies gegenwärtig 70%.

Zum betreiben des Unternehmens sollen die Mitarbeiter laut Geschäftsführung die Zusammenhänge zwischen Kundenzufriedenheit, Firmenerfolg, Arbeitsplatzsicherheit und Gehalt erkennen. Entsprechend bedeutet das praktizierte Mitunternehmertum in der technisch ständig unter hohem Veränderungsdruck stehenden Druckbranche nicht unbedingt mehr Freiheiten. Teilweise wird externe Kontrolle nur durch Selbstkontrolle ersetzt. Die Mitarbeiter setzen sich oftmals mehr als ihre Kollegen in herkömmlich organisierten Unternehmen mit mehr Qualitätsbewusstsein und Servicebereitschaft für ihre Kunden ein. Dies kann die Arbeitszufriedenheit erheblich verbessern, wenn so der einzelne auch am Erfolg seines Unternehmens direkt beteiligt ist. Der interne Druck, sich bei der Arbeit aufzureiben, kann sich auf diese Weise aber erheblich erhöhen.

Vertragliche Verknüpfungen

Mit der Zeit entwickelt sich die kleine beschauliche Zeitungsdruckerei durch die enge Verknüpfung mit dem Schwäbischen Tageblatt zu einem modernen, vollstufigen Druckunternehmen. Ende 1971 sind bei der Genossenschaft immerhin 158 Personen beschäftigt. Die zur Zeitungsherstellung erforderlichen Maschinen sowie die Betriebsräume sind nach wie vor von dem Gemeinschaftsunternehmen gepachtet bzw. gemietet. Gleichzeitig besteht mit der Schwäbisches Tagblatt GmbH ein langfristiger Druckvertrag, durch den der Zeitungsverlag der Druckerei die Herstellung des lokalen Teils der von ihm herausgegebenen Zeitungen »Schwäbisches Tagblatt« und »Rottenburger Post« und außerdem deren gesamten Druck überträgt.

Bedingt durch eine starke räumliche Enge beschließen die Schwäbisches Tagblatt GmbH und die Tübinger Chronik eG 1989 jedoch den Auszug der Druckerei sowie die Auflösung der Druckerei-Verwaltung GbR. Die Druckereigenossenschaft investiert im neuen Gebäude immer wieder in die neuste Technik. Sie kann dadurch innerhalb von zwei Geschäftsjahren den Akzidenzumsatz mehr als verdoppeln und viele neue Kunden gewinnen. Letztlich führt die Auflösung der engen Verflechtung aber auch zur Kündigung des lukrativen Druckvertrags und damit zu erheblichen Umsatzeinbußen.

Erzwungene Neuausrichtung

»Wir konzentrieren uns fortan ganz auf den Bogen-Bereich«, erklärte Willy Metzger 2003 nach der Auflösung der jahrelangen Kooperation. Seitdem stehen auf den Paletten vor allem Bücher, Kataloge und Prospekte. Dieser Bereich umfasste bis dahin etwa 55 Prozent des Umsatzes. Der bereits zwei Jahre vorher bekannte tiefe Einschnitt in die »Chronik«-Geschichte hatte für etliche MitarbeiterInnen gravierende Folgen. Von den 105 Beschäftigten blieben nur noch 70. Heute sind es 55. Betriebsbedingte Entlassungen waren 18 zu verkraften. Zur weiteren Reduktion des Mitarbeiterstamms trugen zehn auslaufende Zeitverträge bei, die nicht erneuert werden und zehn Druckereimitarbeiter, die in Rente gingen. Die spannende Ära als Verlagsgenossenschaft ging damit zu Ende. Durch das angesammelte Know-how sind die Zukunftschancen der Druckerei aber weiterhin positiv einzuschätzen.●

PRODUZENTENGENOSSENSCHAFT, ZÜRICH

WOZ

– den Arbeitsplatz selbst bezahlen und verwalten

»Die Wochenzeitung« (WOZ) ist eine überregionale Schweizer Wochenzeitung mit linker Ausrichtung. Der Geschäftsbetrieb wird organisiert über eine Produktivgenossenschaft mit dem Namen Infolink. Sie fungiert als Herausgeberin der Zeitung und wurde am 1. Oktober 1981 gegründet. Ihren Sitz hat sie in Zürich. Im Unterschied zur »die tageszeitung« (taz) wurde ihr kollektiver Charakter bis heute weitgehend beibehalten. Im Herbst 2006 wird die WOZ 25 Jahre alt. Dieses Jubiläum soll auf vielfältige Weise gefeiert werden.

Peter Streiff, Red. Genossenschaften ● Um im Herbst 1981 aus der studentischen Monatszeitung »das konzept« eine »WochenZeitung« zu machen, brauchte es Geld. Beim Schaffen der nötigen Herausgeberstruktur wurde in etli-

WOZ DIE WOCHENZEITUNG

chen Diskussionen zusammen mit den WOZ-Verlagsleitern die »infolink«-Genossenschaft gegründet. Auf diese Weise konnte erreicht werden, dass die WOZ bis heute weder einer Partei oder einem Verband noch einem Medienkonzern gehört. Auf der Website von »wikipedia« wird die Einschätzung formuliert, dass ihre Struktur einen kritischen und hintergründigen Qualitätsjournalismus garantiert. Vor einigen Jahren bezeichnete sich die WOZ in ihrer Eigenwerbung auch schon mal als »Organ der Opposition im Land.« Laut einer Studie von MACH Basic erreicht die Zeitung wöchentlich 113.000 regelmäßige LeserInnen. Die verkaufte Auflage beträgt 14.233 Exemplare.

Plenumsdemokratie

Die Wochenzeitung WOZ gehört ihren rund fünfzig MacherInnen. Sie allein bestimmen über Inhalte und Erscheinungsbild; ihre Leitungsgremien wählen sie selber. Die WOZ hat keine große Kapitalgeberin, keinen Verleger; sie hat auch keine Chefredaktion, die Zeitungsartikel auf die Interessen der Inserenten abstimmt. Und ob GestalterIn oder Recherchier-Ass, ob Korrektor oder Reporterin – alle WOZ-MitarbeiterInnen verdienen gleich viel Lohn. Das alles garantiert die Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit.

Oberstes Gremium der WOZ ist das Plenum der Genossenschaft infolink, der WOZ-Herausgeberin. Der Genossenschaft gehören alle WOZ-MitarbeiterInnen an, die mindestens zu fünfzig Prozent fest angestellt sind. Das Genossenschaftsvermögen, das Eigenkapital der WOZ, besteht aus einmaligen Mitgliederbeiträgen der derzeitigen und ehemaligen GenossenschafterInnen. Die Gründer kauften sich mit 10.000 Franken ein. Heute müssen 3.000 Franken einbezahlt werden. Bei einem Austritt bleibt das Geld in der Genossenschaft. Ein Grundstock, der in Krisenzeiten die WOZ mehrmals gerettet hat.

Weiterhin Einheitslohn

Die Leitung des gesamten Unternehmens obliegt der Geschäftsleitung, die vom Geschäftsausschuss kontrolliert und unterstützt wird. Über Beschlüsse von größerer Tragweite entscheidet das Plenum der GenossenschafterInnen. Viele MitarbeiterInnen sind zusätzlich in einer oder mehreren Arbeitsgruppen oder Kommissionen engagiert, ohne die ein selbstverwalteter Betrieb mit über fünfzig MitarbeiterInnen und einem Jahresumsatz von rund 3,8 Millionen Franken letztlich nicht existieren könnte.

Neben den rund dreißig angestellten RedakteurInnen kann die WOZ auf ein sehr breites Netz von freien JournalistInnen zurückgreifen. Bis vor kurzem besaß die WOZ keine Chefredaktion, sondern wurde vom Redaktionsausschuss geleitet, den die Redaktion selbst wählte. Seit dem 1. Februar 2005 hat die WOZ sich nun allerdings eine Redaktionsleitung auferlegt. Diese soll jedoch auch in Zukunft nicht wie eine Chefredaktion die Inhalte bestimmen, sondern lediglich Organisationsfunktionen übernehmen mit dem Ziel die Redaktionsabläufe zu verbessern. Sie arbeiten wie das gesamte Personal der Zeitung, zum monatlichen Einheitslohn von 4.000 Franken. Für den Inhalt der Zeitung ist weiterhin die Redaktionssitzung verantwortlich.

Existenzbedrohungen

Typisch sind immer wieder Neuerungen und Erweiterungen bei der Zeitung. Am 25. Oktober 2001 wurde unter anderem die Sportseite eingeführt. Aufgrund einer Kapitalerhöhung der Internationale Medienerzeugnisse AG (IMAG) – eine Tochtergesellschaft der WOZ, die zur Herausgabe von »Le monde diplomatique« gegründet wurde – um 648.000 Franken konnte die Zeitung am 4. September 2003 neu gestaltet erscheinen. Die Neugestaltung brachte neue Ressorts (Wirtschaft, Leben, Wissen) und ein neues Layout mit sich. Im Zuge dessen wechselte die WOZ auch die Druckerei von Ropress, eine Druckerei für diverse alternative Presseerzeugnisse, zur bürgerlichen Solprint AG der Vogt-Schild/Habegger Medien AG. Aus der Neugestaltung resultierten steigende AbonnentInnenzahlen und somit scheinbar eine größere finanzielle Absicherung der Zeitung.

25 Jahre WOZ

Innerhalb der Geschichte der Zeitung kam es immer wieder zu existenzbedrohenden finanziellen Krisen, die durch Spenden, Fundraising und das Engagement der Leserschaft abgewendet werden konnten. Dies war erneut Ende 2004 nach der Neustrukturierung der Fall. Sie hatte

Fortsetzung auf Seite 8

ERZEUGER-KOSUMENTEN-GENO

Verlagsgenossenschaften

Profilsuche als Daueraufgabe

– Zwischen Kundenmanagement und Mitgliedererpressung

Anfang der neunziger Jahre kam es zwischen den unterbezahlten tazlerInnen zu einem heftigen ideologischen Streit. Während die Mehrheit der Redaktion sich nach einem Großinvestor aus dem Verlagswesen sehnte, der ein Ende der andauernden Geldsorgen bringen sollte, setzten Geschäftsführung und Verlag die Idee einer Genossenschaft durch. Damit sei die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Zeitung aus eigener Kraft zu schaffen, hieß es damals. Aus heutiger Sicht hatten sie Recht. Wäre die taz damals ganz oder teilweise an einen Medienkonzern verkauft worden, sie hätte ihre weiteren Krisen wohl kaum überlebt: Kein auf Rendite fixierter Verlag leistet sich ein Presseorgan, das über Jahre hin Verluste einfährt.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Am 27. November 1991 wurde also die taz-Genossenschaft gegründet, am 1. Juni 1992 nahm sie ihren Geschäftsbetrieb auf. Für 4,7 Millionen Mark zeichnen 2.900 Menschen Genossenschaftsanteile und retten erneut die taz. Ohne diese beachtliche Beteiligung hätte die taz nicht überleben, und noch weniger weiterentwickelt werden können. Heute gibt es rund 6.800 Genossenschaftsmitglieder. LeserInnen, Mitarbeitende und FreundInnen sichern seitdem die wirtschaftliche und publizistische Unabhängigkeit »ihrer« Zeitung. Gemeinsam halten sie ein Genossenschaftskapital von über 6,6 Mio. Euro mit weiterhin steigender Tendenz.

Verkappte Spende

Eigentlich gehört den Genossenschaftlern die taz, aber sie werden sie niemals besitzen. Faktisch ist die Einlage »eine Spende ohne Spendenbescheinigung«, so die realistische Einschätzung eines Genossenschaftsmitglieds. Der Gegenwert ist ideell: Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung der tageszeitung. Als Rendite könnte die tägliche taz-Lektüre gesehen werden. Diese Aussage dürfte allerdings bei Vielen, auch LeserInnen, auf Widerspruch stoßen. Im Jahre 27 der taz-Zeitrechnung lassen sich rund 49.000 Abonnenten die tägliche »Dosis« montags bis samstags ins Haus liefern. Weitere 10.000 erwerben das Blatt im Durchschnitt am Kiosk. 250 Mitarbeiter arbeiten in Redaktion und Verlag und erwirtschaften für die taz-Gruppe rund 20 Millionen Euro Jahresumsatz.

Mit der verbesserten Eigenkapitalausstattung in Form der Genossenschaft ändern sich der Einheitslohn und der Zustand flacher und informeller Hierarchien. Eine Kontinuität aber bleibt: das geringe Anzeigenaufkommen. 1996 scheint zeitweilig ein Durchbruch möglich. Diverse Banken, Debis und die Lufthansa entdecken die taz als Werbeforum. Damals steigen die Anzeigenumsätze auf rund drei Millionen Euro im Jahr. Mittlerweile haben sich die Einnahmen aus Anzeigen auf 17 Prozent »stabilisiert«. Bei anderen Tageszeitungen liegt das Volumen bei über 60 Prozent. Dass es die taz trotzdem noch gibt, ist ein kleines Wunder. Gründe dafür sind nicht zuletzt die regelmäßigen Verkündigungen der Krise verbunden mit dem lauten Trommeln für neue Rettungskampagnen.

Journalistische Innovationen

Trotz oder gerade wegen der notorisch dünnen Finanzdecke entwickelt die taz immer wieder neue journalistische Formen und Kooperationen. 1994 stellt sie als erste deutsche Tageszeitung ihre aktuelle Ausgabe komplett ins Internet. 1995 beginnt die Kooperation mit der linken Schweizer Wochenzeitung WOZ. Gemeinsam geben sie seitdem die deutschsprachige Ausgabe der Monatszeitung »Le Monde diplomatique« heraus. Lokalausgaben hatte die taz von Anfang an, einige wurden mit erheblichen Verlusten initiiert und wieder eingestellt.

Argumentierten die Initiatoren der Genossenschaft noch mit einer Dividende, wird heute auf solche irreführenden Versprechen verzichtet. Stattdessen appellieren die Verantwortlichen heute meist an politische Absichten: »Wer hier mitmacht, findet eine politische Rendite wichtiger als finanzielle Gewinne. Denn eine Investition in die taz ist immer auch ein Engagement für die Pressefreiheit«, so die zeitweilige Darstellung auf der Website.

Turbulente Startphase

Die taz wurde gegründet ohne Verlag, ohne Kapital und ohne Erfahrung. Als am 17.4.1979 die erste tägliche Ausgabe erschien, war der herausgebende taz-Verein eine Projektinitiative, der außer den MacherInnen und UnterstützerInnen kaum jemand eine Überlebenschance zubilligte. Der Wunsch, der konservativ-uniformierten Presse eine linke, kritische Stimme entgegenzusetzen, war aber immens.

Statt Eigenkapital gab es Staatsknete. Nicht zuletzt wurde deshalb die Mauerstadt als Redaktionssitz gewählt und nicht Frankfurt am Main, wo das Szeneblatt Pflasterstrand und zwei überregionale Zeitungen für großstädtisches Flair sorgten. In Berlin gründen die Freunde der taz weit verzweigte Unternehmen und Beteiligungsfirmen, zehn an der Zahl. Vorrangiges Ziel war, viel Staatsknete zu bekommen: mehrere Millionen Mark pro Jahr aufgrund des Berlinförderungsgesetzes. Ohne diese Steuergelder wäre das Projekt taz vermutlich schon in den Anfängen gescheitert. Die graue Eminenz, Geschäftsführer Karl-Heinz Ruch, damals wie heute aktiv, sorgte immer wieder für finanzielle »Zuflüsse«. Als einer der größten Erfolge gilt der Kauf des leer stehenden Gebäudes an der Kochstraße – bevor der Fall der Mauer dessen Wert nach oben schießen ließ. Heute ist die Immobilie ein wichtiger Ausgleich gegen drohende Überschuldung.

GenossInnen haben sich zur tazze formiert — Foto: Andreas Schoelzel

Produktivgenossenschaftliche Elemente

Trotz der »einfachen« Genossenschaftskonstruktion sind einige Besonderheiten eingebaut, die eine gegenseitige Kontrolle garantieren. Alle GenossInnen, darunter auch die Mitarbeitenden der taz, haben je eine Stimme auf der Generalversammlung. Sie findet jährlich statt, traditionell im September, und ist das oberste Organ der Genossenschaft. Unter anderem wählt sie den dreiköpfigen Aufsichtsrat, der wiederum den Vorstand kontrolliert.

Die taz lebt von Überzeugungstäterinnen und -tätern. Dazu können auch die Vorstände gerechnet werden. Der Vorstand der taz-Genossenschaft ist so strukturiert, dass er wesentliche Elemente der ursprünglichen Mitarbeiterdemokratie in einer Genossenschaft fortführt: Drei der fünf Vorstände werden von den Mitarbeitergenossen gewählt. Die drei gewählten Vorstände benennen zwei Geschäftsführer, die damit ebenfalls dem Vorstand der Genossenschaft angehören. Der Vorstand führt die Geschäfte und bestimmt die Mitglieder der Chefredaktion. Vorher berät er vertraulich seine Vorschläge mit den anderen Mitgliedern der Chefredaktion und dem Redaktionsausschuss.

Die Einflussmöglichkeiten der Redakteure sind im § 5 des Redaktionsstatuts festgelegt. Bei einem Veto des Redaktionsausschusses gegen einen Vorschlag des Vorstandes für die Chefredaktion, ist dieser hinfällig. Bei hausinternen Vorschlägen kann jedes Mitglied der Redaktion den Redaktionsausschuss auffordern, eine außerordentliche Redaktionsversammlung einzuberufen. Auf dieser Versammlung kann jedes Redaktionsmitglied eine geheime Abstimmung über den Personalvorschlag des Vorstandes beantragen. Sollte bei dieser Abstimmung mehr als die Hälfte gegen den/die KandidatIn stimmen, ist der Vorschlag damit hinfällig. Die Entlassung von Mitgliedern der Chefredaktion ist Sache des Vorstandes. Auch hier kommt der Redaktion ein Vetorecht zu: Wenn bei einer Redaktionsversammlung im Rahmen einer geheimen Abstimmung zwei Drittel gegen die Entlassung eines Mitgliedes der Chefredaktion stimmen, ist die Abberufung nicht möglich.

Verwischendes Profil

Als die taz 1979 startete, war sie prinzipiell links, prinzipiell undogmatisch und prinzipiell oppositionell. Sie verstand sich als Organ für Nachrichten, die von anderen Medien »unterdrückt« wurden oder anderswo mangels Relevanz fehlten. Die taz profilierte sich als Sprachrohr der Linken gegen die Schmidt- und gegen die Kohl-Regierung. Heute fehlt vielen taz-KritikerInnen eine erkennbare Linie. Tatsächlich versteht sich die taz gegenwärtig nicht im engen Sinn als linke Zeitung: Kennzeichen sind vielmehr Pluralismus à la taz oder schlicht auch Widersprüchlichkeit. In anderen Zeitungen wird dies ausgewogene Berichterstattung genannt.

Als Institution hat die taz zahlreiche Finanzkrisen und ebenso viele Eskapaden ihrer Mitarbeiter überlebt. Nie war sie ausschließlich Organ einer Bewegung. Wollte sie zur Zeit ihrer Gründung noch die Nachrichtensperre durchbrechen und unterdrückten Informationen Raum verschaffen, so will sie heute bescheidener etwas ungleicher sein als die anderen. In einem Radiospot zum 20. Geburtstag sendet sie den Slogan »die taz - anders als man denkt«. Ihr Dilemma: Die taz schreibt genauso wie mensch in bestimmten Szenen denkt: links, ökologisch, kritisch, moralisch im Rahmen der Erwartungen.

Mit dem Zwang zur Professionalität ist zwar die Unabhängigkeit der Redaktion ebenso wie das journalistische Niveau in 27 Jahren deutlich gestiegen. Doch der Spagat zwischen handwerklichem Anspruch, politischem Wollen und den begrenzten Möglichkeiten zeigt Spuren. »Sie will vollständige Erstzeitung sein, doch Qualität der Nachrichtengebung und die Ressourcen lassen es nicht zu; sie will investigativen Journalismus betreiben, aber noch immer schreibt die Redaktion lieber moralische Leitartikel statt neutraler Berichte; sie will Debatten anstoßen, aber es gibt keine. Sie will Motor sein und bleibt doch nur Spiegel«, so die Einschätzung von Thomas Simeon einer der Gründungsmitglieder – heute Professor für Wirtschaftskommunikation an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin.●

FORTSETZUNG VON SEITE 7

zuviel Geld gekostet. Zwischen Januar und Juni 2005 unternahm das WOZ-Kollektiv einiges, um die Finanzkrise zu überwinden. Dazu zählen kurzfristige Sparmassnahmen wie eine vorübergehende Reduktion der Zeitung auf 28 Seiten. Zu den langfristigen Maßnahmen zur Kostensenkung gehörte beispielsweise der Einsatz einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge zum Personalabbau erarbeitete.

Förderverein ProWOZ

Als wichtigstes Instrument für finanzielle Unterstützungsmaßnahmen hat sich allerdings einmal mehr der Förderverein ProWOZ erwiesen. Als ein von Lesern getragenen Verein gibt er finanzielle Unterstützung. Er übernimmt damit eine ähnliche Funktion bei der WOZ wie die Genossenschaft bei der taz. In der zurückliegenden Krise verstärkte er seine Aktivitäten zur Unterstützung der WOZ. Zusätzlich zu seinen bisherigen Geldquellen schuf er einen Kapitalfonds, der das langfristige Überleben der Zeitung sichern soll. Die LeserInnen spendeten innerhalb von drei Monaten über 300.000 Franken, um die WOZ zu retten.

Die gut 800 Mitglieder von ProWOZ bezahlen jährlich mindestens den doppelten Abonnementsbeitrag. Der Vereinszweck besteht in der Beschaffung von Mitteln, die nach Abzug der Unkosten ausschließlich der WOZ zugute kommen. Die finanziellen Mittel des Vereins bestehen aus Jahresbeiträgen der Mitglieder, GönnerInnenbeiträgen, Legaten und Erträgen aus weiteren Aktivitäten. Der Verein unterhält und bewirbt außerdem den Recherchierfonds. Ebenfalls aus Spenden zusammengesetzt, trägt er zur Finanzierung von Hintergrundberichten bei, die sich die WOZ eigentlich nicht leisten kann.

Kapitalfonds der LeserInnen

Neu will der ProWOZ-Vorstand, der von der WOZ unabhängig ist und auf einer jährlichen Generalversammlung gewählt wird, direkt Kapital für die WOZ beschaffen: Ähnlich wie dies vor zwei Jahren die IMAG tat, die den Ausbau und die notwendige Neugestaltung der WOZ finanzierte. Doch im Unterschied zur IMAG plant der Förderverein ProWOZ nicht eine einmalige Aktion, sondern sieht seine Aufgabe darin, kontinuierlich zusätzliches Kapital aufzutreiben. Dies aus der Überzeugung, eine Zeitung wie die WOZ sei am freien Markt nicht zu finanzieren, sondern nur mit Hilfe von regelmäßigen Spenden und großzügigen LeserInnen.

Zu diesem Zweck gibt es den ProWOZ-Kapitalfonds, der Anteilscheine an der Genossenschaft Infolink, der Herausgeberin der WOZ, erwirbt. Der ProWOZ-Kapitalfonds speist sich aus zweckgebundenen Schenkungen zu mindestens 1.000 Franken. Dividenden oder Zinsen gibt es dafür keine, auch keine Rückzahlung. Der ProWOZ verpflichtet sich das Geld als Kapital in die Genossenschaft Infolink einzulegen. Und wird Mitglied bei der Genossenschaft Infolink, die sich aus den MitarbeiterInnen der WOZ zusammensetzt. Wie die IMAG erhält auch der ProWOZ eine Stimme in der Genossenschaft. Die WOZ wird weiterhin von ihren MacherInnen regiert – von Redaktion, Produktion und Verlag – doch ProWOZ und IMAG werden angehört. Sie unterstützen das Überleben der Zeitung und bekommen eine wichtige beratende Funktion.●

ERZEUGER-KONSUMENTEN-GENO

Verlagsgenossenschaften

Durchgebissen:

eine Verlagsgenossenschaft zwischen Liquiditätskrisen und Richtungsstreits

April 1995: am Anfang stand ein Verlagskonkurs – die Stunde Null für die Übernahme der Tageszeitung »junge Welt« durch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zwei Redakteure gründeten als ersten Schritt den Verlag 8. Mai GmbH. Das Wiedererscheinen nach einer Woche war indes das Verdienst all jener Mitarbeitenden aus Verlag und Redaktion, die nicht das Weite gesucht haben, sondern die Mühen und Risiken auf sich nahmen. Im Oktober 2005 feierte die mittlerweile 548 Mitglieder starke Genossenschaft das zehnjährige Bestehen ihres Journals.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Die junge Welt gilt als Tageszeitung mit einer der jüngsten Leserschaften Deutschlands. 1947 in Ost-Berlin zunächst als Wochenzeitung der Freien Deutsche Jugend (FDJ) gegründet, wurde sie in der DDR besonders von der Jugend gelesen. Zu ihren damaligen Hochzeiten war die jW mit täglich 1,6 Millionen verkauften Exemplaren die auflagenstärkste Zeitung der DDR.

Nach der Wende fiel es dem einstigen FDJ-Organ schwer, sich als Tageszeitung im geeinten Deutschland zu profilieren. Im Sommer 1991 lag die Auflage bei knapp 80.000 Exemplaren. Konzeptlosigkeit und mehrmaliger Besitzerwechsel, führten zu einem massiven Leserschwund. Als die Zeitung im April 1995 eingestellt wurde, lag die verkaufte Auflage bei 17.000 Exemplaren. Nach Neugründung versteht sich die jW heute »als antikapitalistische, marxistische aber parteiunabhängige Tageszeitung«, die den Großteil ihrer Leser im Osten Deutschlands findet. Der Anteil an Westlesern nimmt allerdings stetig zu, im Moment sind es 35 bis 40 % der verkauften Auflage. Die junge Welt ist damit eine der wenigen ostdeutschen politischen Gazetten, die nach der Wende den Schritt zur gesamtdeutschen Zeitung geschafft haben.

Aufwändige Gründung

Mit Gründung des Verlags 8. Mai GmbH gelang es, das Erscheinen der Zeitung vorläufig abzusichern. Doch trotz fieberhafter Suche war, kein Großverlag, keine Partei und kein Mäzen mit langfristigen Finanzierungsabsichten bereit, in das marode Unternehmen zu investieren. So blieb den engagierten Zeitungsmachern nur noch eine Hoffnung: genügend Leserinnen und Leser für die wirtschaftliche Absicherung ihrer Zeitung zu gewinnen. Um sie einzubinden, gründeten sie die Genossenschaft LPG junge Welt eG. Der Name »Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt eG« – auch jW-Genossenschaft genannt – entsprach zwar den Anforderungen der amtlichen Registrierung. Doch vergleichbar aufwändig wie der Firmenname ging auch die Genossenschaftsgründung vonstatten. Unkenntnis über bürokratische Abläufe und Stress der Akteure bei der täglichen Produktion einer überregionalen Tageszeitung, ließen das Genossenschaftskonstrukt nur langsam wachsen.

Von der Idee einer Genossenschaft als Haupteigner der jungen Welt (April 1995) über die Eintragung in das Genossenschaftsregister (Oktober 1997) bis zur Übernahme der Mehrheit am Verlag 8. Mai GmbH (Februar 1998) gingen fast drei Jahre ins Land. Am 7. Oktober 1995, nicht zufällig am Jahrestag der DDR-Gründung, wurde die junge Welt offiziell wiedergeboren, doch erst zwei Jahre später ins Berliner Genossenschaftsregister eingetragen. Nur wenige Monate danach brachten die frisch gebackenen genossenschaftlichen Mitbesitzer von Zeitung und Verlag ausreichend Kapital zusammen, um die Mehrheit an den Verlagsanteilen zu erwerben. Der nun deutlich größere finanzielle Rückhalt sicherte den Erhalt der Zeitung im folgenden Auf und Ab.

Grafik: junge Welt

Diskussion auf der Generalversammlung der jungen Welt — Foto: junge Welt

Finanzieller Rückhalt

Die LPG als genossenschaftliche »Muttergesellschaft« ermöglichte erhebliche Investitionen in die Bürotechnik des Blattes. Trotz existenzgefährdender Verluste zwischen 1998 bis 2002 blieb so die Zeitung zahlungsfähig und konnte sich weiter stabilisieren. Umzüge in zumutbarere und später sogar recht komfortable Räume wurden genauso von der Beteiligungsgenossenschaft finanziert, wie die Einstellung weiterer Mitarbeitenden in Verlag und Redaktion. Allmählich wuchs auch der Kundenstamm wieder und verschaffte neue Chancen auf dem umkämpften Zeitungsmarkt.

Doch die Krisen der Zeitschrift blieben: erneuter Umzug im November 2003. Die Druckerei, die bis Dezember 2003 die junge Welt druckte, ging in den Konkurs. Deshalb wurde nicht nur eine neue Druckerei gesucht, sondern gleichzeitig die Zeitung umgestaltet: Das Format wurde größer, seither können vielfältigere Themen präsentiert werden. Das waren Einschnitte, die die Existenz der Zeitung immer wieder auf harte Proben stellten. Nur der Rückhalt durch die Genossenschaft verhinderte die Insolvenz. Liquiditätsengpässe der Verlags-GmbH wurden mit kurzfristigen LPG-Darlehen überbrückt, ein finanzieller Balanceakt, auf den sich eine Bank wohl so nicht eingelassen hätte.

Zwischen Macht und Inhalt

Auch Versuche, bei internen Schwierigkeiten die genossenschaftlichen Kontrollinstanzen taktisch zu missbrauchen, blieben nicht aus. Anfang 2000 beispielsweise versuchte der Vorstand, stark beeinflusst durch die DKP, mit einem Teil der Redakteure aus der jungen Welt ein ostdeutsches Nischenblatt zu machen. Um den Schaden zu begrenzen, enthob darauf der Aufsichtsrat der Genossenschaft den Vorstand vorläufig seines Amtes, was von der Genossenschaftsvollversammlung bestätigt wurde. »Die Zeitung hat nur eine Chance, wenn sie sich an radikale Linke in Ost- und Westdeutschland richtet«, begründete Genossenschaftsgeschäftsführer Koschmieder, das Rettungsmanöver. Bereits 1997 hatte ein Teil der Belegschaft versucht, die junge Welt für westdeutsche Nischen zurechtzutrimmen, was zur Abspaltung und Gründung der Wochenzeitung »jungle world« führte.

Letztlich bleiben die Einflussmöglichkeiten der Genossenschaft auf die Zeitung, auch wenn sie Herausgeberin ist, sehr beschränkt. Der redaktionelle Bereich hält sich weitgehend autonom innerhalb der von den GründerInnen festgelegten Tendenz. Laut Satzungsstatuten bestimmen das Tagesgeschäft in der genannten Reihenfolge: Redakteure, Ressortleiter, Chefredakteur, Herausgeber und Verlag. Herausgeber sind alle MitarbeiterInnen des Verlages. Solange Redakteurinnen und Redakteure, Chefredaktion und Verlag ihren Aufgaben gerecht werden, sind schnelle Entscheidungen sichergestellt. Erst wenn es zu keiner Übereinstimmung kommt, müssen die Gremien aktiv werden. Das bedeutet: Entscheidungen treffen Chefredakteur und Geschäftsführer, Tendenzentscheidungen die Geschäftsführung und im Zweifelsfalle die Gesellschafterversammlung der Verlags-GmbH. Hier sind auch die Vertreter der Genossenschaft mit in der Verantwortung.

Begrenzte Einflussnahme

Genossenschaftsmitglieder sind vor allem Leserinnen und Leser der Zeitung, aber auch die Mitarbeitenden. Um die Unabhängigkeit von Verlag und Redaktion zu wahren, verfügen die Mitarbeitenden über eine Reihe von Sonderrechten. Wer also Mitglied wird, kann der Redaktion nicht vorschreiben, auch nicht als Gruppe, was sie zu tun und zu lassen hat. Dennoch wird auf den jährlichen Generalversammlungen über die Entwicklung der Zeitung intensiv diskutiert, müssen Genossenschaftsvorstand und Aufsichtsrat, aber auch Verlagsleiter und Chefredakteur Rede und Antwort stehen. Selbst innerhalb der Genossenschaft gibt es noch Differenzierungen, indem normalen Mitgliedern gegenüber mitarbeitenden Mitgliedern geringere Einflussrechte zustehen. Dahinter steckt die Auffassung, dass, wer die Zeitung macht, eine besondere Verantwortung zukommt, die im Rahmen der Genossenschaft mit besonderen Rechten und Pflichten untermauert sein muss.

Die verkaufte Auflage liegt bei 15.000 Zeitungen, davon etwa 12.500 Abonnements. Für eine in Berlin produzierte Zeitung, die ihr Publikum im Bayrischen Wald ebenso wie an der Ostseeküste beliefert, sich somit einen aufwändigen Vertrieb leisten muss und zudem kaum Anzeigen verkauft, reicht dies nicht. Die 35 Beschäftigten mussten deshalb zum Überleben auch schon einmal auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten, um das Geld dem Verlag als Kredit zur Verfügung zu stellen. Klaus Fischer, der das Wirtschaftsressort leitet, erläutert das bisherige Durchhalten der Zeitung »Wahrscheinlich funktioniert es nur deswegen, weil wir uns für das Genossenschaftsmodell entschieden haben. Die Beteiligungsgenossenschaft hat uns nämlich schon das eine oder andere Mal aus dem Sumpf ziehen müssen. Wir können noch so schöne Texte schreiben und noch so kreative Ideen haben – ohne Geld läuft auch bei uns nichts.«●

7. ALTERNATIVER MEDIENPREIS 2006:

Die Gewinner des Alternativen Medienpreises 2006 wurden am 5. Mai in Nürnberg vorgestellt. Preisträger in der Kategorie Internet ist das Team um Oliver Pauser mit der Filmfehlerseite www.dieseher.de. Ausgezeichnet wurde der Webauftritt www.fairsharing.de von Oliver Moldenhauer und seinen Mitarbeitern. Christa Ost und Marion Tichy von der Nürtinger STATTzeitung konnten mit ihrer Website www.nuertinger-stattzeitung.de ebenfalls die Jury überzeugen.

In der Kategorie Radio ging die Auszeichnung an Andreas March, Peter Ullrich und Rike Wegner von den Redaktionen »Raumpatrouillen« und »Leipziger Kamera« für ihren Beitrag »City Control – Soundtrack für die überwachte Stadt«. Alfred Görgens von Radio Tonkuhle Hildesheim erhielt den Preis für das »Rezept der Woche«. Ein alternativer Medienpreis ging nach Wien: Herby Loitsch und Gudrun Schlosser von Radio Orange 94,0 und FreundInnen überzeugten die Jury mit ihrem Beitrag »Ein Tag gegen die österreichische Staatslüge. Die wahren Opfer haben Namen!« Alle Preisträger erhielten jeweils 500 EUR für ihre innovativen und kritischen Beiträge aus Internet und Hörfunk.

Der Nürnberger Radiosender Radio Z und der Bildungsveranstalter Nürnberger Medienakademie haben den Preis 1999 ins Leben gerufen. Sie führen ihn mit Unterstützung des Nürnberger Kulturreferats und diverser Sponsoren bereits zum siebten Mal durch. In diesem Jahr bestand die Jury für das Internet aus Jürgen Graf (Müllseite), Gabriele Hooffacker (Journalistenakademie München), Sven Mainka (Frohburger Medienhaus, Leipzig), Prof. Dr. Klaus Meier (FH Darmstadt) und padeluun (Art d' Ameubelement, Bielefeld). Rainer Meyer (Redaktion Retropolis), Arnulf Rating (Kabarettist, Die drei Tornados), Kiki Schmidt (Amt für Kultur und Freizeit Nürnberg), Matthias Eidersdörfer (freier Künstler) sowie ein/e VertreterIn des Bundesverbandes Freier Radios (BFR) in Deutschland haben die Preise in der Kategorie Radio vergeben.●

Links:
Leipzig: www.radioblau.de
City Control herunterladen:
http://freie-radios.info/mp3/20060505-alternativer-12499.mp3
Hildesheim: www.tonkuhle.de
Rezept der Woche herunterladen:
http://freie-radios.info/mp3/20060505-alternativer-12500.mp3
Radio Orange 94,0: http://o94.at

ÖRTLICHE KONSUMGENO

Verlagsgenossenschaften

Göttinger Wochenzeitung

– Gemeinsam eine lokale Alternative schaffen

Was die Not angeht, unterschied sich die Situation bei der Gründung der Lokalzeitung »Göttinger Wochenzeitung« nur graduell von der Lage, die zur Gründung der ersten Konsumgenossenschaften vor mehr als 150 Jahren geführt hatte: Damals litt die Bevölkerung unter einem unzumutbaren Lebensmittelangebot, was als Akt der Selbsthilfe zur Gründung eigener genossenschaftlicher Läden mit einem akzeptablen Warenangebot führte. Als im Jahr 2004 die Verlagsgenossenschaft der »Göttinger Wochenzeitung« gegründet wurde, waren es aber nicht wie im 19. Jahrhundert mit Gips gestrecktes Mehl oder mit Urin gefärbte Nudeln, sondern ein vielfältig kritisiertes lokales Medienangebot, das interessierte Menschen bewegte, zum Aufbau einer Alternativen Genossenschaft Anteile zu zeichnen.

Stefan Matysiak, Red. Genossenschaften ● Jahrelang waren die Göttinger mit einem Problem konfrontiert, das – so der letzte Medienbericht der Bundesregierung – in weit mehr als 50 Prozent aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte besteht: Es besteht das Monopol einer einzigen lokalen Tageszeitung, das einzig durch Anzeigenblätter ergänzt wird.

Die alteingesessene *Göttinger Tageszeitung* galt sozialen Belangen gegenüber als unaufgeschlossen und die für die Universitätsstadt wichtigen Hochschulbelange nur unkritisch begleitend. Der traditionellen Presse wurde vorgeworfen, linke Initiativen zu ignorieren und einen Teil des breiten gesellschaftlichen Protest gegen die regelmäßig angemeldeten NPD-Demonstrationen zu diskreditieren. Viele Leser gerade aus den breiten linken und ökologischen Milieus wollten keine Bilder von Geflügelzüchtervereinen und Schützenaufmärschen mehr sehen, sondern solide über Protestaktionen von Flüchtlingsbewegungen oder die Probleme der lokalen Biobranche informiert werden.

Politischer Anspruch

Im Redaktionsstatut der als Alternative im Jahr 2004 gegründeten Wochenzeitung wurde deshalb der Anspruch verankert, »besonders solche Personen und Gruppen zu Wort kommen zu lassen, die gegenüber politisch und gesellschaftlich Mächtigen kein Gehör finden und die in der vorherrschenden Berichterstattung unterrepräsentiert sind«. Wo die herkömmlichen Zeitungen schlicht Pressemitteilungen abdruckt, will die Genossenschaftszeitung »eine kritische Öffentlichkeit« herstellen, die »Chancengleichheit aller Menschen« fördern und zu ihrer »Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen und Prozessen« beitragen.

Die Idee, auf diese Weise mit einer Verlagsgenossenschaft zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse beizutragen, erscheint heute einzigartig und neu, hat aber durchaus Tradition. Denn die »Göttinger Wochenzeitung« ist zwar derzeit Deutschlands einzige genossenschaftliche lokale Tageszeitung, nicht jedoch wie vom Verlag angegeben, auch die »erste genossenschaftlich organisierte Lokalzeitung«. Das Problem, nur durch ein gemeinsames Engagement am eigenen Ort eine Tageszeitung zu bekommen, hatte auch zuvor schon bestanden. Als Genossenschaft waren so bis zur Enteignung durch die Nationalsozialisten 1933 einige sozialdemokratische Tageszeitungen wie die *»Volksstimme/Schmalkalder Tageblatt«* oder der *»Volksbote«* aus Zeitz organisiert gewesen. In dünner besiedelten Teilen des deutschen Reiches hatte die lokale Bevölkerung auch bürgerliche Blätter wie die *»Gifborner Tageszeitung«* oder den *»Iller-Roth und Günz-Boten«* aus Illertissen gegründet, die zumeist von lokalen Landwirten und Gewerbetreibenden getragen wurden.

Startkapital sammeln

Die Geschichte der neuen »Göttinger Wochenzeitung« begann im Herbst 2003, als die beiden Initiatoren Jürgen Bartz – heute Redakteur – und Jens Wortmann – heute Geschäftsführer –anfingen, für die Gründung des alternativen publizistischen Angebotes zu trommeln. »Wir hatten damals eine Reihe Ideen, wie die Zeitung aussehen sollte und wie der Verlag aufgebaut werden sollte«, sagt Jens Wortmann. Ziel sei es gewesen, möglichst viele Menschen für eine andere Presse zu begeistern und die Aufgaben auf eine möglichst große Zahl von Schultern zu verteilen. »Das waren Ideen, die einer Genossenschaft sehr nahe kamen, ohne dass wir aber eine Ahnung hatten, dass es letztendlich eine Genossenschaft würde.« Auf die Idee der Genossenschaft seien sie erst von ihrem Steuerberater gebracht worden.

Und so begannen die beiden schließlich, Interessenten für die Gründung zu sammeln. Gut ein Jahr später waren 200 Mitglieder beisammen, und der Verlag wurde gegründet. 100-Euro-Anteile im Wert von 30.000 Euro waren gesammelt, rasch wurden die Stellen ausgeschrieben und ein Start in den nächsten Monaten angekündigt. Bedingung: Zum Start der Zeitung sollte ein Grundkapital von 50.000 Euro beisammen sein.

Wandel örtlicher Presse

Das war allerdings erst ein ganzes Jahr später der Fall, so dass die Zeitung schließlich am 3. Februar 2006 erstmals erschien. »Wir haben dann ein ausnahmslos positives Feedback bekommen« freut sich Wortmann über die ersten Monate. Ende April wurden wöchentlich knapp 3.000 Exemplare vertrieben, 326 Mitglieder hatten Anteile im Wert von 52.500 Euro gezeichnet, fünf Redakteure, zwei Layouter und zwei weitere Verlagsmitarbeiter wurden – zumeist in Teilzeit – beschäftigt. Die Anteilseigner sind zumeist Menschen aus dem linken bürgerlichen Milieu oder Gewerkschafter, sozial und politisch engagiert, ökologisch orientiert, höher gebildet.

Der publizistische Erfolg des neuen Projekts beginnt mittlerweile auch die alteingesessene Tageszeitung zu beunruhigen: »Es ist bemerkenswert, wie sich das 'Göttinger Tageblatt' wandelt«, stellt Vorstandsmitglied Sandra Kotlenga fest. »Die berichten mittlerweile anders über Flüchtlinge.« Pressemitteilungen von Einrichtungen wie der »Roten Hilfe« wurden abgedruckt.

Titel Göttinger Wochenzeitung Nr. 13

Redakteurin Maike Gross mit Layouter Philipp Kehler Foto: Jürgen Bartz

Viel Unterstützung

Die Genossenschaft bedeutet für die »Göttinger Wochenzeitung« über die Bereitstellung von Kapital hinaus einen großen Vorteil: »Wir können auf Ressourcen zurückgreifen, für die wir sonst teuer bezahlen müssten«, sagt Geschäftsführer Jens Wortmann. Die ehrenamtliche Arbeit der Genossen reicht von der EDV bis zu Marketingaktivitäten. Sie fungieren in ihrem persönlichen Umfeld als Multiplikatoren, leisten Dienste an Werbeständen, stekken ältere Nummern kostenlos in Briefkästen und werben Abos oder Genossenschaftsanteile ein. Rund 50 Genossen beteiligen sich regelmäßig an den Genossenschaftsversammlungen. Als ideal wird dabei vor allem die lokale Verankerung der Zeitung angesehen. Mitinitiator Jürgen Bartz: »Räumliche Nähe ist eine grundlegende Voraussetzung für aktive Teilhabe und Mitbestimmung.« Um ein Produkt am lokalen Markt zu etablieren, eigne sich eine Genossenschaft ganz gut, meint auch Vorstandsmitglied Sandra Kotlenga. »Die Genossenschaft ist eine tolle Form, um in Selbsthilfe gemeinsam ein Unternehmen zu gründen.«

Ob die vereinten Kräfte einer Genossenschaft jedoch ausreichen werden, um auch gemeinsam das schwierige Unterfangen einer Zeitungsgründung wirtschaftlich zu stemmen, wird sich zeigen müssen. In Göttingen ist zuletzt vor 16 Jahren der Versuch gescheitert, der vorherrschenden Lokalzeitung Konkurrenz zu machen. Zuletzt erschien von 1985 bis 1990 die *»Göttinger Woche«*. »Damit die Rechnung für die »Göttinger Wochenzeitung« bis zum Jahresende aufgeht, müssen wir noch viel tun«, gesteht Geschäftsführer Wortmann ein.●

VERLAG ASSOZIATION A, HAMBURG-BERLIN

Geschichte wird zensiert

Gegen das mittlerweile vier Jahre alte Buch »Autonome in Bewegung«, erschienen im Verlag Assoziation A, hat das »Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« einen Indizierungsantrag gestellt, wie die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien« dem Verlag vor kurzem mitteilte.

Redaktion Heidelberg ● Offenbar versucht das Ministerium neben der Propagierung christlicher Werte, wie Disziplin, Höflichkeit oder Respekt, nun auch gegen politisch missliebige Publikationen und deren Herausgeber vorzugehen.

Das Buch »Autonome in Bewegung« beschreibt ausführlich bebildert und durch viele Selbstzeugnisse anschaulich autonome Politik in Berlin seit 1980. Die Geschichte der Hausbesetzungen, der Kampf gegen die Startbahn-West, die Aktionen zum IWF-Gipfel in Berlin 1988, Anti-AKW Kampagnen und vieles mehr werden nicht nur beschrieben, sondern es wird auch der Versuch unternommen, die Beweggründe der Akteurinnen und Akteure darzulegen. Die Überzeugungen und politischen Ideen, aber genauso die Emotionen und Leidenschaften sind für das Verständnis der Autonomen von entscheidender Bedeutung.

Das Bundesministerium beanstandet vor allem Stellen und Textpassagen, die aus Erinnerungen und Reflexionen bestehen und als Zitate von autonomen Zeitgenossen grafisch gekennzeichnet sind. Natürlich geht es dabei auch um Militanz, um ihre Beschreibung, Problematisierung und Kritik. Für das Verständnis eines so wichtigen Abschnitts linker Politik ist die Auseinandersetzung um Militanz bedeutend und darf auf keinen Fall zensiert werden.

Der Verlag schreibt in seiner Pressemitteilung folgendes: »Eine erfolgreiche Indizierung würde bedeuten, dass unser Buch nur noch unter der Ladentheke verkauft werden dürfte, keine Werbung, keine Auslage, kein Versand, die Kontrolle der Ausweispapiere beim Verkauf. Außerdem würden die Barsortimente den Titel nicht mehr vertreiben und Buchhändler, die über die Indizierung wachen müssen, würden den Titel aus dem Sortiment nehmen. Die materielle Schädigung für den Verlag wäre auf jeden Fall erheblich. Aber vor allem würde eine Indizierung des Buches einer politischen Zensur gleichkommen.

Die Darstellung und kritische Reflexion der linken Geschichte und der sozialen Bewegungen bildet seit Jahren einen thematischen Schwerpunkt des Verlages Assoziation A, der sich in Sachbüchern und Romanen niedergeschlagen hat. So geben die Romane Nanni Balestrinis einen genauen Eindruck vom Lebensgefühl der Akteure der italienischen autonomen Bewegungen wider. Paco Ignacio Taibos Romane sind ein fortlaufender kritischer Kommentar der mexikanischen Geschichte, so beispielsweise in seinem letzten Krimi, den er zusammen mit Subcomandante Marcos verfasst hat. Die Übersetzungen französischer Neopolar-Kriminalromane haben die Studentenbewegung, die Migration oder die Judenverfolgung in Frankreich zum Thema.

Die Goldene Horde von Moroni/Balestrini ein Standardwerk über die jüngere italienische Geschichte, gehören wie die Arbeit zum Operaismus von Steve Wright »Den Himmel stürmen« zum Verlagsprogramm. Demnächst kommt mit der Wiederauflage von »Brigate Rosse«, einem Interviewband von Rossana Rossanda und Mario Moretti, eines der wichtigsten Bücher zum bewaffneten Kampf in Italien wieder auf den Markt.

Dem visuellen Ausdruck der sozialen Protestbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland haben wir zwei breit rezipierte Plakatbücher gewidmet.

Würde ein Buch wie »Autonome in Bewegung« tatsächlich auf den Index kommen, müsste tatsächlich mit einer Flut von weiteren Anträgen – nicht nur gegen Bücher unseres Verlages – gerechnet werden, da die Vorwürfe auf zig Sachbücher und Romane übertragbar wären.

Deshalb betrifft dieser Zensurversuch auch alle, die als Verlage, AutorInnen, JournalistInnen und Leserinnen und Leser an einer weiteren Diskussion über Inhalte und Ziele linker Politik interessiert sind.«●

Quelle: Pressemitteilung vom 19.5.2006

Anzeige

www.anares-buecher.de

Schluss mit der medialen Verdummung!

Das Leben beginnt, indem wir ein gutes Buch lesen - Lesetipps zu aufklärerischer & inspirierender Literatur gibt´s unter www.anares-buecher.de!

Anares

Der Mailorder für gesellschaftskritische Medien

SOLAR-BÜRGER-GENOSSENSCHAFT, BÜRSTADT

Verantwortliche Energieversorgung

– den Umbau auf viele Füße stellen

Die Idee der Solar-Bürger-Genossenschaft wurde aus dem Umkreis der Solarbrücke (www.solarbruecke.de) geboren. Ihre Gründung erfolgte am 28.02.2005 in Bürstadt durch 13 Mitglieder und ihre Eintragung Anfang des Jahres 2006. Aktuell werden die ersten Geschäftstätigkeiten vorbereitet. Ziel ist es, viele Menschen bei der Nutzung der Solarenergie einzubinden und so dem Umbau der Gesellschaft in Richtung regenerativer Energie ein breites Fundament zu geben.

Erhard Renz, Red. Genossenschaften ● Der Windenergie ist es nicht gelungen, auch die Menschen einzubinden, die nur 100 Euro aufbringen können. Nicht zuletzt deshalb steht die Windenergie oft als Abschreibungsmodell für Wohlhabende da. In Abgrenzung dazu besteht bei der Mitte letzten Jahres gegründeten Solar-Bürger-Genossenschaft die Möglichkeit, viele Menschen (Mittelfristiges Ziel: fünftausend) auch mit nur wenig Geld (ab 100 Euro) aufzunehmen. Um in die Genossenschaft aufgenommen zu werden, muss der Vorstand der Aufnahme zustimmen.

Zusätzlich zur Bareinlage ist eine Bürgschaft in Höhe von 100 Euro auf ein konkretes Objekt (z.B. Photovoltaikanlage) für fünf Jahre erforderlich. Die Bürgschaft kann auch von einer anderen Person (z.B. Eltern für ihre Kinder) übernommen werden. Der Genosse entscheidet selbst, für welches Projekt er bürgt. Mit der Bürgschaft für ein konkretes Objekt wird der Bezug des Investors zu »seiner« Investition geschaffen. Auf diese sind Engagement und Einbindung für konkrete Aktivitäten des einzelnen vor Ort möglich, obwohl er in eine Genossenschaft investiert hat, die bundesweit agiert.

Finanzierung durch Bürgschaften

Die 100 Euro Untergrenze wird als wichtiger Bestandteil angesehen und gehört zum grundlegenden Selbstverständnis der Genossenschaftsgründung. Beteiligungsmöglichkeiten mit einer größeren Summe sind in ausreichendem Maße vorhanden. Die Zielgruppe der Großinvestoren steht nicht im Fokus der Solar Bürger Genossenschaft. Selbstverständlich besteht trotzdem die Möglichkeit, auch mehr als 100 Euro in bar und analog dazu 100 Euro Bürgschaft zu übernehmen.

Die Obergrenze liegt bei 3.000 Euro Bürgschaft je Bürgen. Dies wurde als Höchstgrenze eingeführt, weil nur bis zu diesem Betrag von der GLS Gemeinschaftsbank die vereinfachte Bürgschaft anerkannt wird. Wer mit einem größeren Betrag investieren und bürgen möchte, muss dies individuell mit der GLS vereinbaren. Verbunden ist dies mit einem höheren Aufwand (Nachweis der Liquidität). Die Bürgschaft kommt erst dann zum Tragen, wenn die Genossenschaft das Darlehen für das konkrete Objekt nicht mehr zahlen kann. Das bedeutet: Wenn ein Bürge für eine schlecht laufende Photovoltaikanlage bürgt, tritt bei Zahlungsschwierigkeiten die Genossenschaft für das Darlehen ein. Sollte sie dazu einmal nicht in der Lage sein, muss der Bürge für den Ausfallbetrag eintreten, maximal in Höhe seiner Bürgschaft.

Die GLS Bank gewährt anhand der Bürgschaft ohne große Formalitäten einen Annuitäten-Kredit über 100 Euro (max. 3.000 Euro je Person). Die Solar-Bürger-Genossenschaft zeichnet umgekehrt Genossenschaftsanteile bei der GLS in satzungsgemäßer Höhe – drei Prozent der Darlehenssumme. Der Bürge (Genosse) sollte über ein regelmäßiges Einkommen verfügen. Je Projekt werden in gewisser Anzahl auch Genossen ohne regelmäßiges Einkommen Schüler, Studenten, Arbeitslose etc. von der GLS als Bürgen akzeptiert.

Beteiligung demokratisch organisiert

Als Gesellschaftsform wurde die Genossenschaft gewählt. Nur die Genossenschaft bietet die Möglichkeit, kontinuierlich und unkompliziert neue Mitglieder in die Gesellschaft aufzunehmen und so weiteres neues Eigenkapital zu gewinnen. Außerdem ist sie eine demokratische Gesellschaftsform: Jedes Mitglied verfügt über eine Stimme, unabhängig von Alter, Geldeinlage oder Ansehen des Einzelnen.

Mit der Genossenschaft wurde eine Rechtsform gefunden, die es erlaubt, viele Projekte (Solaranlagen) über eine Gesellschaft zu realisieren. Durch die Beteiligung sollen viele Mitbürger für die Solarenergie begeistert werden, die nicht über mehrere tausend Euro verfügen. Ziel ist es, auf diese Weise ihre Zustimmung und Unterstützung für die Photovoltaik zu bekommen. Wenn die Solarenergie einen relevanten Anteil an der gesamten Stromerzeugung erreicht, verstärkt sich die Diskussion über die zusätzlichen Kosten der Photovoltaik. Diese wird sich weniger hinderlich auf die Weiterverbreitung dieser Energieform auswirken, wenn viele an ihrem Ausbau beteiligt sind.

Die Genossenschaft investiert in Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von ca. 30 kWp oder ca. 300qm Dachfläche. In Freiflächenanlagen wird nicht investiert. Bevorzugt werden Dächer von Schulen oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Eine solche Größenordnung bietet die optimale finanzielle Förderung aus dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG). Außerdem gibt es Dächer dieser Größe in ausreichender Zahl. Bei Dachflächen dieser Größenordnung kommen die wirtschaftlichen Vorteile einer Großanlage bereits zum Tragen.

Überschaubare Projektgrößen

Je Dach werden ca. 30 Genossen benötigt, die zusammen ca. 300 Anteile (30.000 Euro) zeichnen, um die zur Finanzierung benötigten 20% Eigenkapital zu erreichen. Erste Dächer sollen im Frühjahr 2006 gebaut werden. In den Aufbaujahren ist nicht mit Ausschüttungen zu rechnen. Insofern wären später hinzukommende Genossen bei einer Ausschüttung unberechtigterweise bevorzugt. Deshalb kann die Generalversammlung beschließen, ein Eintrittsgeld zu verlangen und die Mindestbürgschaftssumme pro Anteil zu erhöhen. Dadurch sollen die unterschiedlichen Zeiten einer Beteiligung der Genossen ausgeglichen werden.

Die Verwaltung der Mitgliedsdaten der Genossenschaft soll über das Internet erfolgen. Auf der Homepage der Genossenschaft (www.solarbuerger.de) können bzw. sollen die eigenen Daten wie Adresse, Bank und Beteiligung etc. gepflegt werden – mit Passwortschutz. Informationen per Post oder Telefon gibt es aufgrund der damit verbundenen hohen Verwaltungskosten nicht. Die Ergebnisse der Genossenschaftsversammlung und alle anderen Informationen werden nur auf der Homepage und per E-Mail veröffentlicht. Die Genossenschaftsversammlung findet einmal im Jahr statt. Das Ganze trägt zu einer kostengünstigen Verwaltung bei. Entsprechend kann und soll die Kontaktaufnahme und der gewünschte Beitritt über das Internet erfolgen über www.Solar-Buerger.de oder direkt per Mail Info@solar-buerger.de.●

JUSTA-TERO, BREMEN

Neue Genossenschaft gegründet

Studenten der Hochschule Bremen initiierten am 26.04.2006 eine Genossenschaftsgründung. Nach der Diskussion über die Unternehmensgrundwerte der Nachhaltigkeit und Vorstellung der Satzung wurde die Genossenschaft Justa-Tero errichtet. In den Vorstand wählten die Anwesenden Alexander Huber und Helge Kutzner, der Aufsichtsrat besteht aus Daniel Lüllmann (stv. Vorsitzender), Hubert Vincentz und Steve Seim (Vorsitzender).

Die Genossenschaft versteht sich als Plattform für sehr unterschiedliche Projekte und startet mit mehreren Angeboten. So soll in Bremen-Huchting kurzfristig eine Fotovoltaik-Anlage realisiert werden. Zwei weitere Anfragen für Fotovoltaikanlagen liegen vor. Auch im Internet soll die Genossenschaft aktiv werden und dort zunächst Domainregistrierungen für Internetdienstleister anbieten. Weitere Mitglieder werden gesucht. Auch Initiativen, die sich für bestimmte Produkte bzw. Investitionen interessieren, können sich an die Genossenschaft wenden, um gemeinsam das Projekt umzusetzen.

Informationen über Justa-Tero im Internet: www.justa-tero.org

GREENPEACE ENERGY EG, HAMBURG

Energiewende ist Teamarbeit

Ein Interview mit Roland Hipp, Initiator und Vorstandsmitglied von Greenpeace energy eG, zum Thema genossenschaftliche Organisation.

Greenpeace energy ist bislang der einzige bundesweite Anbieter auf dem Strommarkt, der genossenschaftlich organisiert ist. Was gab den Ausschlag für diese Organisationsform?

Roland Hipp: Das Grundprinzip war, Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. Uns als Genossenschaft zu organisieren war quasi das Sahnehäubchen obendrauf: Denn unsere Stromkunden sind gleichzeitig Eigentümer. Ganz wichtig war für uns auch die Möglichkeit, Eigenkapital ohne Bankkredite und ohne Fremdfinanzierung aufbauen zu können – absolut unabhängig. Heute trägt sich die Belieferung vollständig, und das bei stabilen Preisen. Nun investieren wir verstärkt in die Planung und den Bau neuer Anlagen.

Genossenschaften gelten als etwas altbacken. Passen sie überhaupt noch in unsere Zeit?

Die Frage ist doch, wie eine Genossenschaft geführt wird und was sie macht. Greenpeace energy hat zum Beispiel eine einzigartige Neubauregelung und das weitestgehende Monitoring in ganz Europa, d. h. dass die Einhaltung unserer Kriterien besonders streng überprüft wird. Da zeigt sich, wie modern eine Genossenschaft sein kann. Und der Grundgedanke, gemeinsam etwas zu machen, kann gar nicht veralten! Als wir 1999 mit unserem Konzept an die Öffentlichkeit gingen, hieß es: Wer Genossenschaftsmitglied werden will, muss Stromkunde sein. Aber dann wollten ganze Familien Anteile zeichnen – Eltern, Kinder, Oma, obwohl sie zusammen nur einen Stromzähler hatten. Daraufhin mussten wir die Satzung noch einmal ändern. Nach nur fünf Wochen war der Betrieb von Greenpeace energy gesichert. Beim Start am 1. Januar 2000 hatten wir schon etwa 2.500 Mitglieder.

Roland Hipp Foto: Greenpeace energy eG

Was reizt so viele Menschen, der Genossenschaft beizutreten?

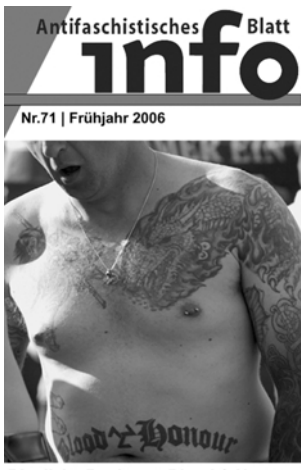
Erstens: Als Eigentümer können die Genossenschaftsmitglieder die Firmenpolitik aktiv mitbestimmen. Unsere Mitglieder sind unglaublich engagiert, es gibt sehr viele Rückfragen, und die Diskussionen in der Vertreterversammlung bewegen sich auf hohem Niveau. Das ist ein Gremium, das uns enorm unterstützt und motiviert. Zweitens: Greenpeace energy hat weder Atom- noch Kohlestrom im Portfolio. Viele Leute haben lange darauf gewartet, aus diesen Energien auszusteigen. Vor der Liberalisierung war das ja nicht möglich.

Betriebswirtschaftlich steht Greenpeace energy solide da. Profitieren die Mitglieder davon?

Sobald die Anfangsverluste abgebaut sind und Überschüsse erzielt werden, hat die Genossenschaft die Möglichkeit, eine steuerfreie Ausschüttung vorzunehmen. Immerhin haben wir schon nach drei Betriebsjahren mit einer »schwarzen Null« abgeschlossen – und im Folgejahr noch einmal. Unsere Priorität ist ein stabiler Strompreis. Wir sind einer der ganz wenigen Stromanbieter, die im Jahr 2004 den Preis nicht angehoben haben. Während der Strompreis im Bundesdurchschnitt um über 25 Prozent gestiegen ist, mussten unsere Kunden in den letzten 4 Jahren nur 2,9 Prozent mehr zahlen.

Wie sieht Greenpeace energy im Jahr 2010 aus?

Unsere 2001 gegründete Tochterfirma Planet energy wird dann viele Windparks, Solarkraftwerke, Biomasseanlagen und sonstige Projekte realisiert haben. Irgendwann werden wir ganze Regionen dezentral versorgen. Wir werden weiter wachsen. Die meisten neuen Kunden gewinnen wir durch Empfehlung bisheriger Kunden. Da sind wir auf die Mithilfe aller Mitglieder angewiesen. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren muss rund die Hälfte aller deutschen Stromerzeugungsanlagen ersetzt werden. Wenn die Stromkonzerne für diese gewaltigen Investitionen keine staatlichen Subventionen mehr bekommen, dann wird sich das auf ihre Endpreise auswirken. Das könnte für viele Leute ein Anreiz sein, den Versorger zu wechseln. Ich sehe Greenpeace energy mittelfristig als europäisches Unternehmen. Wir liefern jetzt schon den Strom für den Ökostromtarif des luxemburgischen Anbieters CEGEDEL und kooperieren im Anlagenbau mit der österreichischen oekostrom AG.●



Blaulicht, Business, Blood & Honour

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

POLITISCHES REDEN UND HANDELN IN SACHEN ARBEITSLOSIGKEIT

Widersprüche

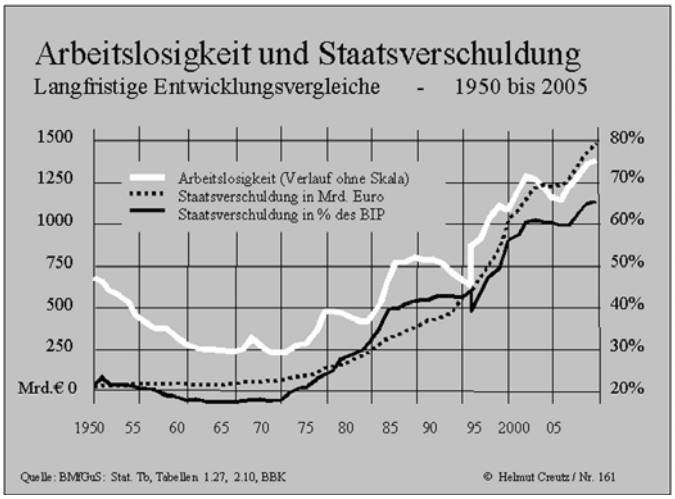
Zunehmend hört man von den Politikern Widersprüchliches. Da ruft man die Bürger zu vermehrten Konsumausgaben auf, gleichzeitig zur Erhöhung der Alters-Rücklagen. Da werden ältere Arbeitnehmer immer früher entlassen, gleichzeitig das Renten-Eintrittsalter erhöht. Da wird über fehlende Arbeitsplätze geklagt, gleichzeitig eine Verlängerung der Arbeitszeiten gefordert, usw.

Helmut Creutz ● Sogar in ihrem eigenen Verantwortungsbereich widersprechen die Politiker vielfach ihren lautstark vertretenen Forderungen. Und das nicht nur im Hinblick auf die eigenen lukrativen Frührenten und Rentenhöhen, sondern auch auf ihre Appelle an Dritte. Denn während man die Unternehmer zu mehr Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen aufruft, wird im öffentlichen Bereich beides radikal herunter gefahren. So hat man z.B. die Investitionsausgaben, gemessen an den Steuereinnahmen, seit 1965 auf ein Drittel zurückgeschraubt, mit der Folge entsprechender Auftrags-Rückgänge und Beschäftigungen in der Wirtschaft!

Noch gravierender als diese indirekten Beschäftigungszahlen die der Grafik zu entnehmenden hohen Entlassungen im Öffentlichen Dienst wider. Schon in den 1980er Jahren fiel die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst gegenüber derjenigen in der Wirtschaft zurück, aber in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren war das auch absolut der Fall, wie aus der Darstellung überdeutlich hervorgeht.

Die demonstrativen Auftritte führender Politiker bei Firmenschließungen, vor allem in Wahlkampfzeiten, sind darum nichts als Augenwischerei. Und selbst die ständigen Klagen über die leeren Kassen (die ja auch für viele Unternehmen gelten!), sind so lange nicht ernst zu nehmen, wie man in der Politik nicht die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklungen stellt, vor allem nicht die Frage, wo das Geld denn eigentlich geblieben ist! Denn ginge man dieser unvorbelastet nach, dann würde sich zeigen, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in einem fast identischen Verlauf vom Anstieg der öffentlichen Schulden begleitet wird. Wie der Darstellung 2 zu entnehmen, gilt das sowohl für die Wiedergabe der Schulden in Milliarden Euro als auch für die Schuldenquote in Prozent des BIP!

Diese seit den 1970er Jahren explosiv steigenden öffentlichen Schulden sind aber letztendlich die Folge politischer Fehlentscheidungen in der Haushaltspolitik. Denn statt sich bei den Ausgaben an den Einnahmen zu orientieren, wie das jeder verantwortliche Hausvorstand macht, schloss man die zunehmenden Löcher in den öffentlichen Kassen durch immer neue Kreditaufnahmen. In Folge dieser Politik stiegen die öffentlichen Schulden von1970 bis 2005 von 63 auf 1.480 Milliarden Euro an und damit auf das 23-fache! Gemessen an den jährlichen Steuereinnahmen bedeutet das ein Anstieg von 78 auf 307 Prozent und damit auf eine vier Mal so hohe Belastung des laufenden Etats!



Darstellung 2

Das Problematischste an dieser Verschuldungseskalation der Öffentlichen Haushalte aber ist, dass sie zu nichts nutze war! Denn diese Kreditaufnahmen in Höhe von 1.480 Milliarden wurden nicht für Investitionen oder Löhne ausgegeben, sondern sind in voller Höhe in den Zinsendienst geflossen! Das heißt, sie haben einzig und alleine auf direktem Weg diejenigen in gleicher Höhe reicher gemacht, die bereits über große Geldüberschüsse verfügten und an den Staat ausleihen konnten! Und diese Subventionierung der Reichen über die gezahlten Zinsen ging zu Lasten derjenigen, denen man heute mangelnden Konsum bzw. Rücklagen für das Alter vorwirft! Bedenkt man, dass die im Gleichschritt mit den Schulden gestiegenen öffentlichen Zinslasten inzwischen mit rund 66 Milliarden Euro p.a. zu Buche schlagen und diese Summe ausreichen würde, um rund zwei Millionen Arbeitnehmer einzustellen, dann schließt sich der Kreis und es wird erkennbar, welche Bedeutung dieser Kostenfaktor Schuldenzinsen in Bund, Ländern und Gemeinden für die Beschäftigung hat. Und während die vom Staat finanzierten Investitionen (und damit die Auftragsvergabe und Beschäftigung in der Wirtschaft) in den letzten 40 Jahren von 22 auf 7 Prozent der Steuereinnahmen abgebaut wurden, stiegen die Zinslasten der Öffentlichen Haushalte von 3 auf 14 Prozent dieser Vergleichsgröße an!

Bedenkt man dann noch, dass die Schulden- und Zinslasten in der Wirtschaft drei Mal so hoch sind wie die des Staates, dann lassen sich ebenfalls die Schwierigkeiten ermessen, die sich aus diesen monetären Überentwicklungen für die Unternehmen ergeben. Und das erklärt auch deren Zwangslage, die mit den Schulden steigenden Zinsbelastungen durch Kostensenkungen ausgleichen zu müssen. Gleichgültig ob sie das über Investitionsrückstellungen, Lohnsenkungen oder Entlassungen versuchen, in allen Fällen erhöhen sich die Arbeitslosenzahlen.

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind jedoch nicht die Unternehmer, sondern die Politiker. Denn sie sind letztlich auch für die Fehlstrukturen in unserem Geldsystem zuständig, die uns heute zu solchen immer höheren Verschuldungen zwingen.●

Darstellung 1

rückgänge, sind die von der Politik zu verantwortenden direkten Stellenabbauten im öffentlichen Bereich. Wie aus der Darstellung 1 ersichtlich, wurde die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst seit 1991 von 5,1 auf 2,7 Millionen und damit fast auf die Hälfte reduziert! Den viel beklagten Anstieg der gesamten Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit von 2,8 auf 4,8 Millionen, kann man also rechnerisch in voller Höhe den staatlichen Arbeitsplatz-Abbauten anlasten!

Zweifellos war 1991 die Zahl der öffentlich Beschäftigten, als Folge der Übernahme des aufgeblähten DDR-Staatsapparats, deutlich überhöht. Bezogen auf den Bevölkerungszuwachs wäre nur eine Zunahme auf etwa 4,5 Millionen realistisch gewesen. Außerdem kam es Anfang der 1990er Jahre auch noch zur Ausgliederung von Bahn und Post aus dem Bereich des Öffentlichen Dienstes. Doch auch wenn man diese Zahlen herausrechnet, geht zumindest der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1995 bis 2005, um eine runde Million, voll zu Lasten der Personal-Reduzierungen in Bund, Ländern und Gemeinden!

Betrachtet man nun die langfristigen Entwicklungen in der Grafik, dann wurde die nach dem Kriege anfangs sehr hohe Arbeitslosigkeit (deren Quote übrigens 1950 mit 11,1% genau so hoch war wie Ende 2005!) bereits bis 1965 abgebaut. Dies war nicht zuletzt die Folge radikaler Arbeitszeit-Verkürzungen, die z.B. im Bereich der IG-Metall zwischen 1956 und 1966, also innerhalb von zehn Jahren, von 48 auf 40 Stunden reduziert wurden! Danach hat man allerdings den Fehler gemacht und die 40-Stundenwoche bis 1985, also 19 Jahre lang, praktisch eingefroren. Diese unterlassenen bzw. ungenügenden Anpassungen der Arbeitszeiten an die steigende Produktivität, dürften ein entscheidender Grund für den anschließenden kontinuierlichen Anstieg des Arbeitslosen-Sockels gewesen sein, der in der Grafik mit den gestrichelten Trendlinien markiert ist. Die sich darauf aufsattelnden zwischenzeitlichen steilen Anstiege der Arbeitslosenzahlen waren dagegen jeweils Folgen der Hochzinsphasen um die Jahre 1963, '73, '82 und '92.

Dass die mit den sinkenden Zinsen normalerweise auch wieder fallenden Arbeitslosenzahlen in den letzten zehn Jahren ausblieben, trotz der historisch niedrigen Zinssätze, dürfte verschiedene Gründe haben. Einmal werden die Vorteile sinkender Zinssätze durch die im Übermaß steigenden Geldvermögens- und Schuldenbestände zunehmend neutralisiert. Nach 1991 bzw. 1995 aber spiegeln sich in dem steilen Anstieg der Arbeitslosen-

DIE NATUR ALS LEHRMEISTERIN

»Denkwerkzeug Permakultur«

Bill Mollison, Träger des »Alternativen Nobelpreises« und Permakultur-Begründer, hat den Begriff »Permakultur« so beschrieben: »Sie ist ein Tanz mit der Natur, bei dem die Natur führt«. Es handelt sich um eine Nachbildung von natürlichen Landschaften voller essbarer Früchte und Gemüse mit genügend Platz für Tiere und Pflanzen in Lebensgemeinschaft mit den Menschen (Siehe auch unser Schwerpunktthema in Heft 258).

Redaktion Heidelberg ● Permakultur (abgeleitet von permanent agriculture) war ursprünglich vor allem landschaftsökologisch orientiert. Im Laufe der Zeit kamen ökonomische und soziale Aspekte hinzu. Heute handelt es sich bei Permakultur um ein ganzheitliches Gerüst von Denkwerkzeugen, Ideen und Vorschlägen. Diese sollen Menschen dabei unterstützen, ihr Leben, ihren Lebensraum, ihre sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen nachhaltiger zu gestalten.

Ausgangspunkt der Überlegungen Bill Mollisons waren natürliche und naturnahe Ökosysteme, sowie ihre Nutzung oder Nachahmung durch indigene Völker, wie beispielsweise den Aboriginies in Australien. Er beobachtete diese nachhaltig funktionierenden Systeme viele Jahre und formulierte dann eine Reihe von Gestaltungsgrundprinzipien. Diese lassen sich auf den Hausgarten ebenso anwenden wie auf die Konzipierung eines landwirtschaftlichen Betriebes aber auch auf den Aufbau eines Unternehmens oder auf die Gestaltung des eigenen Lebensstils.

Die permakulturellen Gestaltungsgrundprinzipien orientieren sich teilweise an Hausverstand oder Bauernschläue. Hier ein Beispiel:

»Jedes Element erfüllt mehrere Funktionen.« So kann ein Obstbaum nicht nur vielseitig verwendbares Obst (für Most, als Tafel- oder Dörrobst) tragen und am Ende seiner Zeit wertvolles Holz liefern, sondern auch Schatten spenden, den Wind bremsen (als Bestandteil einer Hek-

Ronny Wytek

ke), als Rankhilfe (z.B. für Wein, Kiwis, Stangenbohnen) fungieren, in seiner Blütenpracht Bienen- und Augenweide sein oder als Hängemattenmontage dienen.

Ein Mensch, kann gleichzeitig (Teil-)Selbstversorger*In, GelderwerberIn, ForscherIn, sozial aktives Wesen und DüngerproduzentIn sein.

Bill Mollison ist es ein Anliegen, möglichst viele Menschen aus den verschiedensten Lebens- und Wirtschaftsbereichen anzusprechen – auch solche, die über keine landwirtschaftliche, naturwissenschaftliche oder ökologische Ausbildung verfügen. Alle sollen sich an diesem Umgestaltungsprozess in Richtung Nachhaltigkeit beteiligen können. Für diesen Zweck hat er einen umfassenden Lehrplan erstellt und bis jetzt weltweit rund 30 LehrerInnen in seinem Namen autorisiert diesen zu unterrichten. Als ersten Europäer hat Bill Mollison den Österreichischen Permakultur-Designer Ronny Wytek zertifiziert, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen.

»Die Natur als Lehrmeisterin anzuerkennen, ist die erste Lektion im Umgang mit dem Werkzeug 'Permakultur'.« unterstreicht Wytek, der Zertifikatskurse anbietet. Wytek weiter: »Permakultur ist ein 'Denkwerkzeug', um Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu verbinden«.●

Weiterführende Links:
www.oekodorf.or.at/www.ger/index_atermine.html
www.permakultur.org
www.oekodorf.or.at/www.ger/index_pk_Artikel.html
www.olv-verlag.de/permakultur.htm
www.tagari.com/

EIN ARZT AUS BAGDAD BERICHTET

Zwischen den Feuern

Der Irak ist täglich in den Medien. Es sind die immergleichen Meldungen von Attentaten, Toten und Gewalt, die uns ebenso erschrecken wie abstumpfen. Schon lange suchten wir nach denen, die darin nicht vorkommen. Im Sommer 2005 hörten wir von den »Doctors for Iraq«. Auf der People's Health Assembly in Ecuador berichtete der junge irakische Chirurg Salam Ismael von der Ärzteinitiative, die dort ins Kreuzfeuer aller Kriegsparteien gerät – und trotzdem hilft. Wir schickten E-Mails, erhielten keine Antwort. Dann plötzlich ein Anruf: »Hier spricht Dr. Ismael«. Einer unserer Partner von den israelischen Physicians for Human Rights hatte dem irakischen Arzt den Kontakt zu medico international empfohlen, sie trafen sich auf einem Workshop in Südafrika. Wir luden den Leiter der »Doctors for Iraq« nach Frankfurt ein. Dr. Salam Ismael kam und berichtete uns einen Tag lang von dem anderen Irak.

Nothilfe:

Wenn wir Bagdad mit unseren Ärzteteams verlassen, dann sind wir auf uns selbst angewiesen. Der Einfluss der Regierung schwindet, je weiter man sich aus der Hauptstadt entfernt. Wir verfügen über mehrere Ärzteteams, die alle ehrenamtlich arbeiten. Bekommen wir einen Notruf, etwa nach einem Gefecht, und stellen wir fest, dass Hilfe notwendig ist, rufen wir über Mobiltelefone unsere Mitglieder zusammen und fahren in die umkämpften Gebiete. Wir koordinieren uns mit den örtlichen Clans und ihren religiösen Führern. Wir helfen allen, unabhängig davon, warum sie verwundet wurden. Würden wir dieses Prinzip aufgeben, verlören wir unsere Akzeptanz – und unsere Sicherheit. Wir arbeiten nicht nur in den sunnitischen Aufstandszonen, sondern auch in Bagdad. Als im September 2005 in einer Massenpanik über 800 schiitische Pilger auf einer Tigris-Brücke ums Leben kamen, leisteten wir selbstverständlich Erste Hilfe und riefen zu Blutspenden auf.

Neutralität:

Wir sind unabhängig, aber können wir wirklich neutral sein? Du siehst Menschen, die in Stücke geschossen werden, und das macht dich wütend. Wir konnten im Herbst 2004 in die südlichen Stadtteile von Falludscha gelangen, unmittelbar nach der zweiten Offensive der US-Truppen. Wir sahen Leichen, die durch den Einsatz von Brandbeschleunigern geschmolzen waren. Es waren Verbrennungen, wie sie von weißem Phosphor und Napalm herrühren. Die Kleider bleiben dabei intakt, aber die enorme Hitze frisst das Fleisch einfach weg. Danach besuchte ich ein nahes Auffanglager der US-Armee. Kurz zuvor waren alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren verhaftet worden. Sollte ich schweigen, um die Amerikaner nicht zu verärgern und weiterhin die Flüchtlinge versorgen zu können? Ich entschied mich zu sprechen. Sonst hätten mir die Betroffenen geantwortet: »Ich brauche deine Hilfe nicht, wenn du mir nicht hilfst, dass meine Stimme von anderen gehört wird«.

Sensibilität:

Wir müssen hinter den militärischen Vorhang blicken. Es fehlt die nötige Trennschärfe, denn die humanitäre Hilfe droht hinter militärischen Zwecken zu verschwimmen. Wir als *Doctors for Iraq* sagen es so: Es gibt eine militärisch-humanitäre Mission und es gibt eine humanitäre militärisch-humanitäre Mission. Erstere ist dann der Fall, wenn die Armee versucht den humanitären Helfer zu spielen. Zweitere herrscht dann, wenn die humanitäre Hilfe hinter oder gar mit den Truppen im Schlepptau auftaucht. So wird die Hilfe in die militärische Mission integriert – und pervertiert. Nur ein Beispiel: Nach dem Einmarsch in Bagdad erzwangen US-Offiziere die Übergabe eines Krankenhauses an das Italienische Rote Kreuz. Die Chefärzte wurden abgesetzt, ein weithin sichtbares Rotes Kreuz an den Außenmauern angebracht, der Eingangsbereich militärisch mit Stacheldraht und Fahrsperren gesichert; seitdem mussten die Ambulanzen Umwege fahren. Wenige Monate später schlug eine Rakete im Gebäude ein, die zwei meiner Kollegen tötete. Ohne Sensibilität kann man nicht helfen, schon gar nicht von außen. Es gibt diese abspeisende Hilfe, die zu den Bedürftigen nur eine sporadische Beziehung herstellt: Wir raten, nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen, allen ausländischen NGOs dazu, die Projektplanung und die Ausführung, einfach alles, ortsansässigen irakischen Initiativen zu übertragen. Wir benötigen keinen besonderen Schutz und wissen, was die Menschen wirklich benötigen.

Korruption:

Unser Gesundheitssystem ist mittlerweile völlig kollabiert. Allgegenwärtig ist eine unglaubliche Korruption. Als im letzten Sommer in meinem Krankenhaus in Bagdad die Sauerstoffvorräte zur Neige gingen, baten wir um neue Lieferungen. Daraufhin wurde uns erwidert, das Geld wäre ausgegangen. Kurz darauf erhielten die Mitarbeiter der Rezeption neue Anzüge; auf Sauerstoff mussten wir monatelang warten. An einigen Krankenhäusern werden marmorne Eingangssäulen gebaut, Chefärzte erhalten Laptops, aber die Apotheken haben nicht genug Medi-

Salam Ismael

kamente. Abwanderung: Besonders hart trifft uns der Brain Drain, die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, sowohl im Bildungssystem, aber noch stärker im Gesundheitssektor. Dazu kommen die gezielten Anschläge auf die Intelligenz. In den letzten anderthalb Jahren wurden ca. 250 irakische Professoren und Ärzte Opfer von Attentaten! In meiner Abteilung wurden zwei von neun Mitarbeitern ermordet. Die US-Truppen spielen eine unrühmliche Rolle. Auch sie, warum auch immer, beschießen uns. Während der Operation »Matador« im Mai 2005 wurde das wichtigste Krankenhaus in Hadeetha von ihren Heckenschützen angegriffen. Wir operierten gerade, als sie mit ihren Panzern ins Krankenhaus fuhren. Ärzte wurden verhaftet, das Medikamentenlager brannte vollständig aus.

Privatisierung:

Sie schränkt die Behandlungsmöglichkeiten extrem ein. Medizinische Bedarfsartikel, die früher in staatlichen Fabriken preiswert produziert wurden, wie der schon erwähnte Sauerstoff, kosten heute das Zwanzigfache auf dem freien Markt. Bei über 40 Prozent der erhältlichen Arzneimittel ist das Haltbarkeitsdatum abgelaufen. Falls überhaupt, bekommen wir alte Antibiotika, die vorher wochenlang in der Wüste kochten. Viermal haben die irakischen Ärzte in den letzten anderthalb Jahren gegen diese Zustände gestreikt. Als Antwort kam die Armee. Diesmal waren es Iraker. Die Soldaten stürmten ins Krankenhaus und zerschlugen einem Arzt das Gesicht. Sie warfen uns vor, sie nicht bevorzugt zu behandeln. Den Gesundheitsminister kümmert das nicht.

Religion:

Ein besonders sensibles Thema ist die zunehmende Präsenz politischer und religiöser Symbole. Immer mehr Bilder von Imamen tauchen in den Krankenhäusern auf, Prediger kommen mit Megafonen auf die Flure und fordern die Patienten zum Gebet auf. Ich achte die Religion sehr, aber ein Krankenhaus sollte ein Platz der Ruhe sein.

Gesundheitsrechte:

In der neuen Verfassung ist das Recht auf Gesundheit nur eine Marginalie. Auch deshalb knüpfen wir verstärkt Kontakte zur Außenwelt. Der Besuch der People's Health Assembly in Ecuador war eine großartige Erfahrung für mich. Wir versuchen jetzt, den Irak auf die Landkarte des People's Health Movement (PHM) zu bringen. Die internationale und die irakische Gesundheitsbewegung haben vieles gemeinsam, etwa die Erfahrung der Privatisierung. Im Netzwerk des PHM können wir nur lernen. Aber auch die Bewegungen müssen verstehen, wie unsere Situation wirklich ist.

Gerechtigkeit:

Den Prozess gegen Saddam Hussein betrachten wir Iraker mit gemischten Gefühlen, auch wenn wir uns eigentlich freuen sollten, denn er war ein Verbrecher. Einige wünschen sich einen fairen Prozess; andere meinen, er sollte im Ausland verurteilt werden, manche dagegen finden noch immer Gefallen an seinem Auftreten. Alle aber wissen, dass die Fernsehbilder ein letztes Aufflackern einer Vergangenheit sind, die so nicht wiederkehren kann. Saddams Zeit ist unwiderruflich abgelaufen und die Menschen haben andere Sorgen – das Fehlen von Strom, Wasser, Kraftstoff.

Hoffnung:

Viele junge Leute im Irak tun alles, um das soziale Gewebe der Gesellschaft zu heilen. Aber wir stehen erst am Anfang. Die westlichen Berichterstatter reden immer davon, dass unser Land in den Bürgerkrieg zu kippen droht. Mag sein, dass die Chancen dafür fifty-fifty stehen. Aber wir fordern alle auf, nicht auf diejenigen zu blicken, die den Krieg wollen. Denn wir sind die anderen 50 Prozent. Und wir sind die einzige Chance, dass dieser Alptraum enden kann.●

Aufgezeichnet von Martin Glasenapp

Aus: medico-Rundbrief 1/2006

Projektstichwort

Die Doctors for Iraq (DFI) gründeten sich kurz nach dem Sturz der Baath-Diktatur 2003. Anfangs leisteten Dr. Salam Ismael und drei Kollegen humanitäre Hilfe, doch entwickelte sich schnell ein landesweites ehrenamtliches Netz von ca. 250 Ärzten. Die Doctors arbeiten vorrangig mit kleinen Notfallteams in militärisch umkämpften und unterversorgten Regionen im West-Irak. Dabei erheben sie auch Daten über die allgemeine Gesundheitslage, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das internationale humanitäre Völkerrecht. Der gemeinsame Einsatz gegen die Vogelgrippe bringt die Doctors jetzt erstmals mit den langjährigen medico-Partnern der Kurdish Health Foundation zusammen.

medico fördert ein Notfall-Team der mutigen Doctors for Iraq. Unser Spendenstichwort dafür lautet: Irak.

Spendenkonto von medico international:
Konto-Nr. 1800, Frankfurter Sparkasse,
BLZ 500 502 01

KNAST UND DISZIPLINIRMASSNAHMEN:

Über die Renitenz einer JVA

Disziplinarmaßnahmen im Strafvollzug sind keine Seltenheit; verstößt ein Gefangener schuldhaft gegen Pflichten, die ihm durch das Strafvollzugsgesetz oder auf Grund dieses Gesetzes auferlegt sind, kann der Anstaltsleiter gegen ihn Disziplinarmaßnahmen anordnen (§ 102, Absatz 1 StrVollzG).

Von Thomas Meyer-Falk ● Diese sind mitunter sehr einschneidend: Beispielsweise kann Arrest von bis zu vier Wochen verhängt werden. Arrest wird in einer kalten Zelle, ohne TV, ohne Radio, ohne Bücher, ohne Kontakt zu Mitgefangenen, meist auch ohne Besuche von Freunden oder Briefverkehr, gewissermaßen also in Totalisolation verbracht. Mildere Disziplinarmaßnahmen sind zum Beispiel Beschränkung der Teilnahmemöglichkeiten an Freizeitaktivitäten, Radio-/Fernsehentzug für eine gewisse Zeit (vgl. §103, Absatz 1 StrVollzG).

Man sollte meinen, die Justizvollzugsanstalten würden penibel die Formvorschriften im Rahmen des Disziplinarverfahrens einhalten, schließlich werden Knäste von einem Stab an Juristinnen und Juristen geleitet.

Ich selbst musste vor einigen Jahren das Recht erstreiten, mich vor Verhängung einer Disziplinarmaßnahme mit meinem Verteidiger besprechen zu dürfen (vgl. OLG Karlsruhe in Neue Zeitschrift für Strafrecht-Rechtsprechungsreport 2002, Seiten 29 ff). Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, jedoch meinte der damalige Anstaltsleiter Rüdiger Rehring – zwischenzeitlich zum Oberstaatsanwalt und stv. Chef der Karlsruher Staatsanwaltschaft befördert –, solche Minimalrechte gälten nicht für verurteilte Verbrecher; erst das OLG belehrte ihn eines besseren.

Nunmehr musste das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe erneut die Anstaltsleitung auf Einhaltung von Recht und Gesetz verpflichten.

Im Dezember 2004 verhängte die JVA Bruchsal vier Tage Arrest gegen Herrn K., da dieser verbotenerweise Mithäftlinge tätowiert habe. Herr K. war seinerzeit in ärztlicher Behandlung. Für diesen Fall schreibt §106, Absatz 2 StrVollzG zwingend die Einschaltung des Gefängnisarztes vor Verhängung einer Disziplinarmaßnahme vor. Die zuständige Juristin ignorierte den Gesetzesbefehl und disziplinierte Herrn K. ohne ärztliche Konsultation. Das Landgericht, von Herrn K. eingeschaltet, bestätigte diese Ignoranz gegenüber dem Gesetzeswortlaut.

Am 13.3.2006 (Az: 1 Ws 103/05) entschied nunmehr das OLG Karlsruhe, dass sich auch die Damen und Herren JVA-Beamte an das Gesetz zu halten hätten und hob den LG-Beschluss, sowie die Disziplinarmaßnahme auf: § 106, Absatz 2 müsse strikt befolgt werden!

Schon wenige Tage später, nämlich am 24.3.06 musste das OLG jedoch erneut eingreifen: Herr K. war im September 2005 ein weiteres Mal wegen (angeblichen) Tätowierens mit vier Tagen Arrest belegt worden. Er war zum Zeitpunkt der Disziplinierung sogar krank geschrieben, d.h. es drängte sich geradezu auf, dem zu folgen, was in §106, Absatz 2 StrVollzG steht:

»Vor der Anordnung einer Disziplinarmaßnahme gegen einen Gefangenen, der sich in ärztlicher Behandlung befindet oder gegen eine Schwangere oder eine stillende Mutter ist der Anstaltsarzt zu hören«.

Vollzugsanstalt und Landgericht ignorierten erneut diese Bestimmung. Da Herr K. nunmehr am 27. März 2005 den Arrest hätte antreten sollen, ordnete – auf seinen Eilantrag hin – das OLG im Wege einer Eilentscheidung an, dass der Arrest vorläufig nicht vollstreckt werden dürfe (Az: 1 Ws 60/06; Beschluss 24.3.06). Eine solche Eilentscheidung eines Oberlandesgerichtes in einer Disziplinarangelegenheit ist außergewöhnlich.

Schon in den 80'er Jahren sprach Professor Feest (Strafvollzugsarchiv der Uni Bremen; www.strafvollzugs-archiv.de) von der Renitenz der Vollzugsanstalten. Einmal zu Gunsten des Knastpersonals unterstellt, sie würden tatsächlich an einer Resozialisierung der Inhaftierten ein Interesse haben, weshalb ist man dann nicht gewillt, die minimalen (Verfahrens-)Rechte der Insassen zu respektieren?

Auf die Gefangenen wirkt das Verhalten des Anstaltspersonals jedenfalls so, als dürfe zwar jenes jederzeit und disziplinarisch folgenlos die Rechte der Inhaftierten verletzen, wer jedoch als Gefangener die ihm auferlegten Pflichten verletzt, der wird rigoros mit Disziplinarverfahren überzogen. Da nunmehr unanfechtbar feststeht, dass die JVA-Juristin gegen wesentliche Verfahrensrechte verstoßen hat, wäre ein Disziplinarverfahren gegen sie eigentlich nur folgerichtig – allerdings wird es so etwas selbstredend nicht geben.●

www.freedom-for-thomas.de

Anzeige

Abwärts!

Ratgeber gibt's schon viele. Aber einer fehlte noch. Das soeben erschienene Buch befasst sich mit einem Thema, dass sonst von der Ratgeberliteratur eher gemieden wird. Unter dem Titel »Abwärts! Die 10 goldenen Regeln des sozialen Abstiegs« werden auf knapp 100 Seiten Tipps, Hinweise und Ideen zum Umgang mit dem durch Jobverlust einhergehenden sozialen Abstieg gegeben.

Das Werk enttabuisiert in einer klar verständlichen Sprache eine unerfreuliche Situation. Neben neuen Betrachtungsweisen einer üblicherweise eher mit Scham und Belastung verbundenen Erfahrung bietet es frische, unkonventionelle Methoden zum Umgang mit der veränderten Lage des vom Arbeitsmarkt ausgesonderten Mitmenschen. Die Lektüre entfaltet eine innere Wirkung, sie macht Mut. Das Buch zielt auch auf soziale und politische Wirkung ab. Die Autoren verlangen neue gesellschaftliche Leitbilder.

Das Buch ist gut strukturiert und bietet in einer scheinbar aussichtslosen Lage neue Perspektiven. 10 Regeln helfen den Betroffenen, die Lebensfreude nicht zu verlieren und frischen Mut zu neuen Aktivitäten zu schöpfen. Die humorvolle Sprache lässt das Buch zu einem Lesevergnügen werden. Ein Werk, das mit seiner Aufbruchstimmung in den Frühling passt. Es sollte in keinem guten Haushalt fehlen.●

Markus Moschell

Ziegler, Walther; Rudolf Aichner: Abwärts! Die 10 goldenen Regeln des sozialen Abstiegs ISBN 3-9810454-0-8. Erschienen im Rudolf Aichner Verlag, erhältlich zum Preis von 9,90 EUR.

EuroMemo 2005

Die Memoranden sind die jährliche Sternstunde des Neokeynesianismus. Wer in Reinstform erfahren will, was diese AnhängerInnen des intervenierenden Sozialstaats fordern, kann dieses Buch nutzen. In ihm finden sich das im Titel benannte Papier sowie einige weitere Texte verschiedener AutorInnen zu ähnlichen Fragestellungen der Sozialpolitik. Die Denkkultur des Neokeynesianismus basiert auf der Annahme des Sozialstaats mit seinen guten Vorsätzen, den er über eigen-ökonomische Aktivitäten in die Praxis umsetzt. Es ist beeindruckend, welche Blauäugigkeit dann erwächst: Von der Verfünfachung des EU-Haushaltes (S. 10) über »Vollbeschäftigung« (S. 21) bis zum Ausbau internationaler Infrastruktur wie Flughäfen, Kanäle, Schnell- und Autobahntrassen und der »Großforschung« (S. 41) finden sich konkrete Forderungen, die deutlich machen, dass kritische Analyse von Herrschaft in dieser politischen Strömung ein Fremdwort ist. Das wäre nicht so dramatisch, wären die gleichen Kreise nicht z.B. bei Attac und Linkspartei die prägenden Gestalten bei der Abfassung wirtschaftspolitischer Programmatik.●

Jörg Bergstedt

Europäische Memorandum-Gruppe: EuroMemo 2005. 2006, VSA in Hamburg, 128 S.

Revolution oder Kunst?

»Widerstand braucht viele Sprachen.« Das ist eine Parole, die vielleicht deshalb so oft wiederholt wird, weil ihre Umsetzung so schwer fällt. Unter diesem Titel ist nun ein Buch erschienen. Nein, kein theoretisches Traktat, sondern es geht um einen Schweizer, der auszog und das Fürchten nicht lernte. Im Knast, einer Station auf dem Weg von Jüre Wehren, machte er sich Bilder und Schreiben als Waffe im Widerstand zu eigen. Seine »Gebrauchsgrafiken«, Texte und Übersetzungen waren in seiner Lage eine Möglichkeit, um am Kampf für eine gerechte Gesellschaft beteiligt zu bleiben, wie zuvor mit seiner praktischen Arbeit und seinen Kochkünsten. Das Buch versammelt nun für seine FreundInnen Erinnerungsstükke und lässt jene, die nicht das Glück hatten, Jüre persönlich kennen zu lernen, an seinem Leben teilhaben. Es erlaubt einen persönlichen Eindruck von einem Menschen, der sich bis zum letzten Schlag seines großen Herzens immer da einmischte, wo er es gemeinsam mit anderen für richtig hielt.

Eigentlich war ein Katalog zu einer Ausstellung mit Linolschnitten und Plakaten geplant, die die Schweizer Wochenzeitung *Vorwärts* im Frühjahr 2001 im Kulturzentrum *Rote Fabrik* in Zürich organisierte. Doch es wurde ein eigenständiges Projekt, in dem Jüres Arbeiten die Gliederung und das Format vorgaben. Um seine Plakate und Linolschnitte erfahrbar zu machen, wählte der einfühlsame Gestalter Stefan Huber ein Großformat, um die vielen Details der Arbeiten erkennen zu können. Ausklappbare Seiten erreichen eine Größe bis zu A3, ohne vom Buchrücken den Blick verstellt zu bekommen.

Ein Katalog barg die Gefahr, Jüres Leben auf die Bildkunst zu verengen. Er war aber stets mit all seinen Talenten aktiv, weshalb die HerausgeberInnen dafür sorgten, vielen Facetten Raum zu geben. Es wurden Texte aufgenommen, die Jüre für die WochenZeitung *WoZ* verfasst hatte. In Beiträgen berichten FreundInnen über ihre Begegnungen, ihre Zusammenarbeit und ihr Zusammenleben mit ihm. Viele Texte und Bilder sind noch aktuell. Da ist die Solidarität mit Flüchtlingen, mit denen Jüre in seinen letzten Jahren intensiv zusammengearbeitet hatte. Am eigenen Leib erlitt er die Gesundheitsversorgung im Knast. Weil sein Herzinfarkt ignoriert worden war, führte ihn sein Weg nach der Entlassung direkt auf die Intensivstation eines Spitals, wo er um sein Leben kämpfte. Die irreversiblen Schäden prägten sein Leben, haben ihn aber nicht zum Aufgeben, ihn aber mit 48 Jahren früh ums Leben gebracht.

Das Buch erinnert auch an fast vergessene Kämpfe. An die Härte, mit der gegen Dienstverweigerer vorgegangen wurde. Mit zwanzig Jahren wurde Jüre, damals Abgänger des Gymnasiums in Biel, dafür von einem Militärgericht zu elf Monaten Haft verurteilt, der damals höchsten Strafe in der Schweiz für dieses »Delikt«.

Als Baumaschinist verfolgte er die Befreiungskämpfe im fernen Vietnam und Uruguay genauso wie die im nahen Baskenland oder in Nordirland. Er fühlte sich auch Arbeiterkämpfen in Frankreich oder Italien verbunden. Als Arbeiter, der ein kilometertiefes Loch in den Grimsel bohrte, unterstützte er Streiks genauso wie den Häuserkampf in Zürich, wo er später lebte. Dort wurde er 1981 mit seiner Freundin Claudia Bislin verhaftet und zu fünfeinhalb Jahren Knast verurteilt. Die beiden traf ein exemplarisches Urteil »wegen Besitz von Sprengstoff in verbrecherischer Absicht im terroristischen Umfeld«. Verrat hier genauso wie bei Jüres Ausbruch aus dem Knast in Regensdorf, als er mit zwei Freunden schon auf der Mauer saß.

Die Isolationshaft förderte Jüres Beschäftigung mit Bildern. In seinem Text »Widerstand braucht viele Sprachen« beschreibt er die Entwicklung. Dem Gefangenen mangelte es an Bildern und so richtete sich sein Blick nach innen. In den praktischen Ergebnissen erkannte er auch Positives im Umgang mit der Zensur: Die Bilder »waren oft eine bessere Möglichkeit«, sich nach außen zu vermitteln. »Ich lernte rasch, dass meine Wächter ihnen verständnislos gegenüberstanden, ihnen diese Ebene der Kommunikation verschlossen blieb.« Mit seinen gesamten Arbeiten blieb er Teil der Bewegung draußen.

Doch diese kritisierte er auch hart. Die Texte von »Flugblättern und Dokus« der Linken seien oft »wie Strafaufgaben« geschrieben. »In einer flachen und dürren, grauenvollen Sprache, die nichts anderes dokumentiert als eine erschreckende Entfremdung von allem Lebendigen.« Die Bilder: »Schrott. Nicht enger verbunden mit unseren Kämpfen als das breite Grinsen der Werbespot-Hausfrau mit dem klinischen Weiß ihrer Fernsehwäsche.« Das Ganze mit einer antiquierten Symbolik verquickt; geschwellte Proletenfäuste und die Darstelllung von Kapitalisten wie aus der »Mottenkiste eines Stadttheaters«. Lust werde, »spitz gesagt« als »Verdachtsmoment« gesehen, weil die Revolution schließlich kein Spiel sei. Dort, wo die »Kämpfe schärfer sind als hier«, stoße die »Kunst und Literatur auf weit weniger Misstrauen als hier«. Filme, Plakate, Murales, Volksliteratur und Musik eigneten sich die Menschen im Trikont als »Teil der kämpferischen Identität« an.

Die vier HerausgeberInnen haben seine Worte ernst genommen. Seine FreundInnen haben weder eine seelenlose Bleiwüste produziert noch Jüre in eine Schablone eines heldenhaften Widerstandskämpfers gestanzt, der hoch auf einem Sockel über den Lebenden thront. Aus verschiedenen Bruchstücken, Fotos, Zeichnungen, Drucken, Plakaten und Texten haben sie stattdessen ein lebendiges Gesamtbild geformt. Seine Gedanken und Arbeiten bleiben der kollektiven Geschichte und der Zukunft des Widerstands erhalten. Der, dessen Herz aufgab, kann selbst in den Herzen derer fortleben, die ihn nicht gekannt haben.●

Ralf Streck

Widerstand braucht viele Sprachen, Gebrauchsgrafik und Texte von Jüre Wehren, Verlag Edition 8, Zürich 2005, 22,80 EUR

Gekürzter Nachdruck aus *Vorwärts* (Schweiz) vom 20.1.2006

Zur Lage der Welt 2005

Welch ein Trauerspiel ... das zumindest beachtenswerte Kompendium früherer Jahre ist zu einer recht peinlichen Propaganda für den Übergang politischer Protestbewegungen zu besonders gradlinigen VerfechterInnen des Gegenteils geworden. Heinrich-Böll-Stiftung (die der Grünen!) und Germanwatch (eine staatsnahe NGO in Deutschland) sind Partner bei der Herausgabe. Ihre Mitwirkung dokumentiert den erfolgreichen Zugriff gerade der Heinrich-Böll-Stiftung auf soziale Bewegungen, was auch bei anderen Gelegenheiten wie den Sozial- und Wasserforen in verschiedenen Teilen der Welt sichtbar wird. Mit der Dominanz der staatsnahen Apparate wandelt sich der Inhalt. Der neueste Bericht ist u.a. auch eine Rechtfertigung für Kriege: »Militärische Macht kann notwendig sein, um Kriege zu stoppen« findet sich auf Seite 10 im Vorwort der Germanwatch und HBS-Führer, nur wenige Absätze später plädieren beide für »Regime Change« – ein interessantes Wort für den ausgebrochenen Demokratie-Imperialismus heutiger Zeit.●

Jörg Bergstedt

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2005. 2005, Westf. Dampfboot in Münster, 350 S.

Planet des Ungehorsams

Während der Großen Explosion wurden viele Welten besiedelt, und die Behörden von der Erde waren nicht in der Lage, jeden Planeten sofort zentral zu verwalten. Doch dies soll nun nachgeholt werden. Ein riesiges Schiff voller Soldaten und Bürokraten landet auf einem Planeten, doch dessen Bewohner scheren sich nicht um die Ankömmlinge. Im Gegenteil, sie wollen mit ihnen nicht das Geringste zu tun haben und ignorieren sie.

Der von der Erde eingesetzte Botschafter will durch die Soldaten das regierende Oberhaupt des Planeten zu sich bringen lassen, doch auch dies misslingt, denn es gibt unter den Siedlern weder Polizei noch Politiker. Man lebt nach Gandhis Prinzip des »zivilen Ungehorsams«. Es gibt kein Geld, sondern nur Tauscheinheiten, es gibt keine Zentralisierung und demzufolge auch keine Kapitalbildung.

Russell beschreibt das Aufeinanderprallen zweier Weltanschauungen auf umwerfend komische Weise und macht sich über all das lustig, was ihn an seiner Gegenwart stört: Überlegenheitsdenken, Bürokratismus und Militarismus. Wer am Ende den Kürzeren zieht, kann man sich denken, wenn man die anderen Bücher von Russell kennt.

Dieser witzige und brisante Klassiker, der in einer sehr schönen Taschenbuchausgabe erschienen ist, kann jedem Science-Fiction-Leser empfohlen werden, insbesondere solchen, denen die Military-SF seit längerem sauer aufstößt.●

Hardy Kettlitz, Alien Contact

Eric Frank Russell: Planet des Ungehorsams. Berlin: Verlag Klaus Guhl, Taschenbuch, 128 S, 7,80 EUR
Bestellung: www.tolstefanz-verlag.de/liste.html (Scrollen)

Eric Frank Russell:
... And Then There Where None (1951)
Vollständiger Original-Text:
www.abelard.org/e-f-russell.htm

Parecon

Der Titel ist eine Abkürzung für partizipatorische Ökonomie – und das Ganze in Englisch. Verlegt ist es im anarchistischen Trotzdem-Verlag, unterstützt wurde das wiederum von der PDS-Parteistiftung. Eine krude Mischung? Nein – es passt zum Buch. Das wird als schmissiger Entwurf einer Alternative nach dem notwendigen Ende des Kapitalismus gepriesen. Aber ist es das? Zitate lassen zweifeln: »Es hätte natürlich keinen Zweck, die Einkommensgerechtigkeit und das Mitgefühl so weit zu treiben, dass die Produktion zusammenbricht oder andere unerwünschte Nebeneffekte uns das Leben erschweren.« (S. 44) »Nicht alle können alles kriegen. Es wäre auch alles andere als gerecht, die Bedürfnisse Arbeitsfähiger, die nicht arbeiten, zu belohnen. Es würde auch nichts nützen, sich immer fair und gerecht verhalten zu wollen«. (S. 274 f.) Klingt vielleicht doch eher wie FDP-Parteiprogramm?

Auch außerhalb der wirtschaftlichen Fragen, die im Buch nur recht kurz kommen, zeigt der Autor bemerkenswerte Sichtweisen: »Soll ein kleines Kind wirklich über Dinge entscheiden, von denen es allein betroffen ist, oder lassen wir – da dem Kind noch die notwendige Urteilskraft fehlt – die Eltern an seiner statt entscheiden?« (S. 46) Das dürfte eher KinderrechlerInnen und AntipädagogInnen auf die Palme bringen. Anarchistisches Gedankengut ist jedenfalls auch da nicht erkennbar, obwohl der Autor behauptet, dass Parecon »im Grunde ja eine anarchistische Vision realisieren will.« (S. 253, weitere Zitate unter www.projektwerkstatt.de/anarchie). Doch Räte, die auf allen Ebenen wild Entscheidungen treffen können (auch mal gerne als Mehrheits-Kampfabstimmung) oder zentral zusammengestellte »Tätigkeitsbündel«, die jedermensch abarbeiten muss als Beitrag zum Ganzen sind eher dem Gruselkabinett zentralistischer Steuerung entsprungen denn Formen des Herrschaftsabbaus. Höhepunkt ist die Idee der »für ihre Gemeinschaft geltenden Selbstbestimmungsnormen« (S. 274) – welch ein Begriff: »Selbstbestimmungsnormen«!

Insofern ist das Buch eine konsequente, aber umso traurigere Steigerung anarchistischer Literatur und der aktuell oft führenden TheoretikerInnen dieser Ideologie: Mit Herrschaftsfreiheit hat diese Anarchie schon lange nichts mehr zu tun und ist ähnlich der Demokratie als Propagandabegriff des politischen Mainstreams nur mehr eine leere Hülle – gut genug, sie auch noch an Parteien zu verschachern, den organisatorischen Gegenspielern jeglicher Idee von Anarchie.●

Jörg Bergstedt

Michael Albert: Parecon. 2006, Trotzdem Verlag in Grafenau, 295 S.

NORA und die Gewalt- und Liebessachen

Der ehemalige Kommissar Langensiepen will eigentlich nach dem Tod eines Callgirls, an dem er als Polizist nicht ganz unschuldig war, mit der realen Welt nichts mehr zu tun haben. Seit zehn Jahren ist er Alkoholiker, zwar trocken, aber vom Dienst suspendiert. Der Frühpensionär haust einsam in einer Kellerwohnung in Essen. Und doch gerät Langensiepen rund um den 16. Juni 1980 in die dramatischsten Tage seines Lebens und unter die denkwürdigsten Menschen. Unfreiwillig hat der Exkommissar ein Gespräch mitgehört, wonach Nordiren irgendetwas gegen einen Staatsbesuch von Queen Elizabeth in dem benachbarten Krupp-Schloss »Villa Hügel« planen. Eine gewaltfreie Entführung ist geplant, der Leser erfährt einiges über die Geschichte des besetzten Nordirland, über gescheiterte Revolutionen in Deutschland und über einen jüdischen Orchideengärtner, der die Nazi-Zeit als Gärtner im Dienste von Krupp überlebte.

Der Autor hat einen philosophischen, hoch politischen und sprachakrobatischen Ruhrgebietsroman geschrieben, der ein Motto von Heinrich Heine zu einer spannenden Erzählung macht: »Die Erklärung der Menschenrechte als die zehn Gebote des neuen Weltglaubens«. Er dreht die Zeit um ein Vierteljahrhundert zurück und ist auf raffinierte Weise zeitlos. Der Leser wird beständig in Atem gehalten, indem der Autor die klassischen Krimikonventionen bewusst ad absurdum führt.●

diego

Jürgen Lodemann: NORA und die Gewalt- und Liebessachen. Assoverlag, Oberhausen 2006, 300 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, ISBN 3-928834-05-6, 19,90 EUR

Das Evangelium nach Jimmy

Man stelle sich vor: Jesus is back. Die Gentechnik hat es möglich gemacht. Aus dem Turiner Leichentuch konnte ein Klon Jesus erstellt werden. Alles Quatsch? So dachte auch Jimmy Wood, 32 Jahre alt und von Beruf Swimmingpool-Reparateur, als ihm ein Priester, ein Arzt und ein Jurist eröffnen, das er der neue Sohn Gottes ist und das der Präsident der USA Großes mit ihm vor hat. Eine Unzahl von Leuten stürzen sich auf ihn um ihn auf die neue Mission vorzubereiten. Und es passiert das Unglaubliche: Jimmy vollbringt Wunder. Auf mysteriöse Art vermehren sich die Donuts, ein Blinder kann wieder sehen, ein Toter erwacht zum Leben. Die Probleme fangen an, als sich Jimmy emanzipiert und einen eigenen Kopf entwickelt, schließlich ist er der neue Messias. Als der Papst ihn jedoch als neuen Messias ablehnt, gerät alles außer Kontrolle. Jimmy wendet sich einem Fernseh-Massenprediger zu; der Auftritt endet im Fiasko und alle Welt will nur noch eins – ihn ans Kreuz nageln.

Das Buch ist wirklich böse. Hier wird alles mögliche durch den Kakao gezogen. Ein Slapstick-Feuerwerk mit ernstem Hintergrund. Das Buch hat ein paar Längen, die aber nicht wirklich stören, sondern eher mal für etwas Ruhe sorgen. Es ist auf jeden Fall köstlich zu lesen und zeigt mal wieder was für ein Schmarrn doch Religion ist.●

MEIKEL

aus: terz, Düsseldorfs Stattzeitung für Politik und Kultur 04.06

Didier van Cauwelaert: Das Evangelium nach Jimmy. Rütten & Loening – 406 S., 19.90 EUR

Die Opferung der Lakota

Längst sind Schamanismus, bzw. was wir so darunter verstehen, Schwitzhütten und Visionssuchen zu einem Dauerangebot der Esoterik geworden. Selbst im Bereich der Sozial- und Jugendarbeit greifen AnbieterInnen auf indianische zeremonielle Praktiken zurück. Die Kritik an diesem Vorgang, der durch das Wirken des »Traditional Indian Elders- and Youth Circle« in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts noch beachtliche mediale Präsenz fand, ist weit gehend verstummt, Dr. Shaman wurde zum alltäglichen Produkt des spirituellen Supermarkts.

Allerdings: Die Kritik des indianischen Amerikas an der »Indianerreligion« der weißen Esoszene ist ungebrochen. Der Missbrauch indianischer Spiritualität durch esoterische AnbieterInnen und wie Pilze aus dem Boden sprießende »SchamanInnen« führte dazu, dass die früher praktizierte spirituelle Offenheit indianischer Medizinleute gegenüber weißen Interessenten stark zurückgenommen wurde.

Marco Briese hat nach 10 Jahren erzwungener Odyssee durch deutsche Universitäten seine Dissertation über den Missbrauch indianischer Spiritualität durchgebracht und sein Werk nunmehr veröffentlicht. Neben zahlreichen Analysen und Statements zum Missbrauch der Lakota Spiritualität, die bis in die Niederungen brauner Ideologien hinabreicht, gibt es auch Informationen über den Werdegang eines Lakota Medizinmannes. Viele der zitierten Quellen sind auf englisch wiedergegeben und nicht übersetzt, was LeserIn vor Erwerb des Buches wissen sollte.

Erfreulich, wenn nach längerer medialer Stille ein Buch wieder auf den Missbrauch indianischer Spiritualität verweist, der in der europäischen und weißen amerikanischen Esoszene zum meist unreflektierten Alltag geworden ist.●

Roman Schweidlenka

Marco Briese: Die Opferung der Lakota. Soziale und politische Folgen der Indianerrezeption des New Age, König Mediengruppe, Greiz 2005,ISBN 3-934673-63-5, 23.80 EUR

PROJEKTE

Selbstverwaltetes Wohnprojekt auf dem Lande bei Bremen (4W, 4M, 1K) hat Platz für neue MitbewohnerInnen
☎(0 42 04) 14 97 oder
finkenburg@verden-info.de.

Gemeinschaft erfahren. Busreiseseminar zu alternativen Lebensformen. Meer und Sonne inklusive. Weitere Themen: Kommunikation in Gruppen, Entscheidungsfindung u.a. Nächste Tour: Bus und Meer – 21. Juli bis 5. August (auch einwöchig möglich).
www.kommunetour.de
☎(05 61) 92 00 94 945

Projektgemeinschaft gegenseitiger Hilfe in Hamburg sucht Biohof in der Nähe zur Zusammenarbeit
Wir sind der **Arbeitskreis Lokale Ökonomie**, mit verschiedenen Projekten der gegenseitigen und Nachbarschaftshilfe. Es gibt bei uns den Umsonstladen, das Kleinmöbellager, die Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt, den Garten und andere Projekte.
Mit einem Biohof in vertretbarer Entfernung möchten wir gerne überlegen, wie wir uns gegenseitig nützen können. Unser Anliegen ist, das Wirtschaften Schritt für Schritt in die eigenen Hände zu nehmen und die Abhängigkeit vom allgemeinen Warenmarkt zu mildern. Sicher können wir biologische Nahrungsmittel gebrauchen. Aber was könnte der Biohof brauchen? Dazu sind Gespräche nötig.
Wisst ihr einen Hof, wo es Menschen gibt, mit denen wir darüber sprechen können??
Bitte, melden bei Hilmar
☎(0 40) 39 90 41 96

WORKCAMP

Auch dieses Jahr gibt es wieder ein Workcamp in unserem utopischen Selbstversorgungs- Experimentier- Waldgarten vom 31.7.-10.8.06 in Verden/Niedersachsen.
Mit Gärtnern, Bauen, Sensen, Diskutieren, Lagerfeuer, Goldruten-Jagen, Zelten, Kochen (vegan) und anderen schönen Sachen verbringen wir hoffentlich sonnige Tage auf unserem Gelände! Für nähere Infos melde dich einfach:
allmendeperma@web.de oder
☎(0 42 31) 90 50 30

BÜCHER

Antiquariatsliste
SPANISCHER BÜRGERKRIEG
rund 230 internationale Buch-Titel zum Thema aus dem Archiv des Karin Kramer Verlag Berlin. Anforderung der Liste per E-Mail unter:
info@karin-kramer-verlag.de
oder knobi@t-online.de.
Ansonsten unter ☎(0 30) 684 50 55

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% **Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

- (Un-)Sicherheiten, Katastrophen, Kämpfe ... im Gesundheitswesen, der sozialen Arbeit, in Los Angeles, Irak, Iran, Sierra Leone
- Sicherheitsdispositiv und Neoliberalismus, Ausnahmezustand, Prekarität

4,50 € + Porto (per Rechnung)
Bestellungen an:
fantomas@akweb.de
ak – analyse & kritik · www.akweb.de
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175

Verlag Graswurzelrevolution

CLAYBORNE CARSON
Zeiten des Kampfes
Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren
638 S. · 28,80 EUR · ISBN 3-9806353-6-8
»Ein sehr lohnendes Buch, weil es ein wichtiges Kapitel der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kenntnisreich aus einer kritisch-solidarischen Perspektive anschaulich und spannend darstellt.«
P. Dorestal in: analyse + kritik, Nr. 498

Graswurzelrevolution
Die Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
Schnupperabo 3 Ausg. 5 EUR Vorkasse | Jahresabo 10 Ausg. 25 EUR | Jetzt abonnieren
Schwerpunkt in der Nr. 304: Revolte in Frankreich
GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11 | 53947 Nettersheim | Fax (02440) 959 351 | www.graswurzel.net

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de
In der akt. Ausgabe (4/06) u.a.:
- Willi Hajek: »Französisch lernbar?«, über 'La belle France en lutte'
- express-Interview: »ver.di goes FLUPO«, Bernd Riexinger und Werner Sauerborn über den Streik im Öffentlichen Dienst
- Projekt »Gute Arbeit«: »Länger, schneller, härter«, der Leistungsdruck in der Arbeitswelt hat erheblich zugenommen
- Wolfgang Schaumberg: »Mehr ist drin!«, Radikale Linke, Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heute
- Rudolf Walther: »Wofür streikt ver.di?«, Ökonomie und Moral statt niedrige Krämerkünste
- Matthias Fritz: »Keine Trendwende«, Tarifabschluss Metall
- express zu Betriebsratswahlen 2006
- Slave Cubela: »Politik im kapitalen Überfluss«, Weltwirtschaft und US-Politik im Spiegel der »New-Imperialism«-Debatte, Teil I

○ ○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (ggv. Vk.)

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt:
contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, **Fax 640 31 98, E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, **Fax 35 59, E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 23.-25.6.2006
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

KONGRESS IN BERLIN

Wie wollen wir wirtschaften?
»Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus«
Eine Reihe von Betrieben und Projekten verstehen sich als alternativ, sozial, solidarisch oder wie auch immer. Aber sie haben kein gemeinsames Verständnis von sich selbst, und keine gemeinsamen Strukturen. Politische Zielrichtungen gehen zunehmend verloren, es gibt kaum Verbindungen zu Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau, oder zu Erwerbsloseninitiativen.
Der Kongress, der vom 24.-26.11.2006 in Berlin stattfindet, bietet Raum zur Darstellung dieses Wirtschaftssektors, und für die Diskussion offener und kontroverser Fragen.
Kontakt: Kongress-Vorbereitungsbüro,
c/o Bewegungsakademie, Artilleriestr. 6,
D-27283 Verden
☎ (0 42 31) 95 75 95
info@solidarische-oekonomie.de
Web: www.solidarische-oekonomie.de

NEW WORK

Die Idee zu einem solchen Wochenendseminar geht auf verschiedene Diskussionszusammenhänge zurück, die sich um ein besseres theoretisches Verständnis der heute ablaufenden Umbruchprozesse bemühen. Trotz deutlicher Unterschiede sowohl in der Herangehensweise als auch im Themenfokus wurde dabei unabhängig voneinander deutlich, dass sich zukunftsweisende praktische Ansätze (Keimformen des Neuen) nicht in einem klassischen Lohnarbeitsverhältnis mit dessen Trennung in Auftrag und Ausführung begrifflich fassen lassen, sondern der Arbeitsbegriff für zentrale Tätigkeitsbereiche der Gesellschaft, die zunehmend durch wissensintensive Elemente geprägt sind, neu durchdacht werden muss.
Eine solche Readjustierung des Arbeitsbegriffs als zentraler Kategorie der gesellschaftlichen Einbettung individuellen Tätigseins ist in groben Strukturen bei (Holloway-04) bereits vorgedacht und im (globalen) Begriff des »gesellschaftlichen Tuns« aufgefangen. Selbstbestimmtheit und Eigeninitiative eines solchen »Tuns« lassen Arbeit immer mehr im (lokalen) Begriff des »Gestaltungsanspruchs« statt des »Gestaltungsauftrags« hervortreten. Auf der Konferenz soll dieses Spannungsfeld auf dem Hintergrund der bereits heute sichtbaren Auswirkungen der technologischen Umbrüche auf die Formen der »Organisation des gesellschaftlichen Tuns« ausgelotet werden, einschließlich der Fragen, welche Konsequenzen sich aus einem solchen Formenwandel für das gesellschaftliche Zusammenleben ergeben und wo die Keimformen für einen solchen Formenwandel in der heutigen Gesellschaft zu finden sind.
Termin: 7.-9.7.2006 in Hütten
www.bildungswerk-blitz.de/
willkommen.53.0.html

FRAUEN

Als die Frauenbewegung noch Courage hatte
Vor 30 Jahren wurde die Berliner Frauenzeitung »Courage« gegründet
Eine kleine Gruppe von Frauen hatte vor 30 Jahren die Idee, eine autonome linksfeministische Zeitung von Frauen für Frauen zu gründen. Geld hatten sie nicht. Alle warnenden Stimmen schlugen sie in den Wind, druckten eine Nullnummer der Courage und luden zu einem Frauenfest mit Musik und »Schwoof« ein. Viele Frauen kamen. Aus den Eintrittsgeldern konnte die erste Rechnung für die Druckerei gezahlt werden.
Courage griff schonungslos bisher tabuisierte Themen auf, wie z. B. Gewalt, sexuellen Missbrauch, Frauenopposition in Osteuropa. Die Zeitung expandierte bis Ende der 70er Jahre zu einer Auflage von über 70.000.
1984 musste die *Courage* Konkurs anmelden, weil eine wirtschaftliche Krise und Kollektivkonflikte zeitgleich auftraten. Der Frauenbewegung fehlt seitdem ein wichtiges Sprachrohr.
30 Jahre nach der Gründung treffen sich ehemalige Mitarbeiterinnen der *Courage*, um mit jungen und alten Menschen noch einmal öffentlich über *Courage* und die Frauenbewegung dieser Zeit nachzudenken.
Termin: 17.6.2006 ab 13 Uhr, FES Berlin
Info:☎(02 28) 88 34 73
Fax: (02 28) 883 11 44
E-Mail: Doris.Fassbender@fes.de

SOMMERCAMPS

Anarchistisches Sommercamp
Info über: www.a-camp.info
E-Mail: info@a-camp.info
Termin: 14.-23.7.2006

10 Jahre Sommercamp im Wendland – 10 Jahre Gegenoffensive
Vom **22. bis 30.7.2006** findet zum 10. Mal das Wendlandsommercamp, diesmal in Gedelitz (2km von Gorleben entfernt) statt.
Menschen, Erwachsene und Kinder mit und ohne Behinderungen, die die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse kritisch hinterfragen, werden Denkweisen und Handlungsstrategien als Möglichkeiten zur persönlichen Einflussnahme diskutieren und entwickeln.
Sie nutzen diese Zeit, um Utopien zu leben. Ein Leitgedanke begleitet alle TeilnehmerInnen während des Camps: Selbstorganisation schützt vor Fremdbestimmung. Die Struktur und der Verlauf des Camps wird durch die TeilnehmerInnen vor Ort bestimmt und bietet daher allen die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Workshops u.a. zu Themen wie Umwelt, Antirassismus, soziale Gerechtigkeit und Globalisierung zu besuchen und selbst zu gestalten. Programm ist, was die Menschen vor Ort entwickeln. Auch kulturell ist neben Theater, Lesungen und Bands Platz für Eigeninitiiertes. Zur Feier des 10jährigen Jubiläums laden wir am 23.7. um 15.30 Uhr zum Kaffeetrinken vor dem Brennelementezwischenlager Gorleben ein.
In der Woche vor dem eigentlichen Sommercamp findet auf dem gastgebenden Hof eine Bauaktion statt. Evtl. soll hier auch eine Solaranlage zur Warmwasserbereitung für das Camp aufgebaut werden. Diese könnte nach dem Camp auch vom Gastgeber genutzt werden, dem so ein Stück mehr Selbstbestimmung ermöglicht wird, weil sich die Abhängigkeit vom Energieversorger verringert.
Kontakt: Hanna Poddig
☎(02 28) 69 29 04
mail@wendlandcamp.de
www.wendlandcamp.de

D.I.Y.
against the state – an intergalactical activist & anarchist convention in South Germany from 26th to 30th July squatters, artists and truckers from all over the world welcome!
D.I.Y. against the state – an intergalactical artist, activist, dirty squatter – and – trucker anarchist convention and Reclaim The Streets
Freiburg ist eine kleine Stadt im Südschwarzwald, nicht weit von da, wo auf offiziellen Landkarten Grenzen zur »Schweiz« und »Frankreich« gezogen werden. Vor allem im Sommer eignet sich die reizvolle Gegend gut für die verschiedensten subversiven Aktivitäten. Seit längerem zeichnen sich hier die gleichen hässlichen Entwicklungen wie auch sonst überall ab: Überwachung und Bullenpräsenz nehmen zu, Freiräume schrumpfen oder werden geräumt. Die KTS, das lokale AZ, könnte im schlimmsten Fall bald das letzte selbstverwaltete Kulturprojekt in Süddeutschland sein, und auch die KTS ist nur bis 2007 gesichert. Der Wagenplatz »Schattenparker« wird seit 12 Jahren ständig geräumt, vertrieben und als Gipfel der Repression sind seit ca. 3 Monaten 30 Wagen von den Bullen beschlagnahmt. In den letzten Jahren wurden europaweit dutzende selbstbestimmte Projekte wie Squats, Wagenplätze, autonome Zentren geräumt. Wir wollen diesem Zustand nicht tatenlos zusehen. Wir müssen Konzepte für einen kreativen und effektiven Widerstand gegen die Zerstörung unserer Freiräume entwickeln.
Aus diesem Grund laden wir Euch, alle Menschen und Projekte ein, vom **26.-30.7.** an dem Treffen in Freiburg teilzunehmen und sich einzubringen. Alle, die kommen organisieren mit und helfen so, dass es konstruktive fünf Tage werden.
Geplant sind: jede Menge Rock'n'Roll, Workshops, Street Art, Direct Action, Vorträge, Gigs und ein fettes Reclaim the Streets und vieles mehr...
Das Prinzip soll so funktionieren, dass in Freiburg die Infrastruktur für Aktivitäten wie Workshops, Konzerte, Filmvorführungen und Straßenkunst, Vorträge und Parties so wie direkten Aktionen zur Verfügung gestellt wird und Ihr diese für eure Ideen benutzen könnt. Wenn ihr also etwas organisieren wollt (s.o.), oder euer Haus/Platz etc. oder eure Problematik vorstellen, meldet Euch bei: D.I.Y.against@gmx.de
Wenn sie unser Chaos stören, dann stören wir ihre Ordnung! Dies ist also die Aufforderung an alle chaotischen Kräfte, sich an der Convention zu beteiligen.

FORUM REICHTUM

»Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich«, so ließ Bert Brecht den armen zum reichen Mann sprechen. Auch in unseren Tagen zeigt der Blick auf die Besitzverhältnisse: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher. Dabei wird die »Bekämpfung der Armut« mit internationalen Aktionsplänen und Programmen zwar thematisiert, die Ursachen und Folgen des Reichtums hingegen bleiben in diesem Kontext tabu.
Hier setzt das Reichtumsforum an. Wir wollen Bilanz ziehen – sowohl in nationaler als auch internationaler Sicht. Was heißt es heute, reich zu sein? Wann bedroht der Reichtum das Wohl der Gesellschaft? Was sind die Dynamiken, die kleine Teile der (Welt-) Gesellschaft so unermesslich reich machen und wie geht die Politik mit dieser Ballung von Besitz und Macht um?
ReferentInnen: Eckart Spoo, Prof. Dr. Karl-Georg Zinn, Dr. Gisela Notz, Axel Gerntke, Dr. Walter Oswalt, Dr. Ulrike Bock, Ernst Standhartiger u.v.a.m.
Eine Veranstaltung von: AKE-Bildungswerk Vlotho, Akademie Frankenwarte, Aktion Selbstbesteuerung (asb), attac Deutschland, und der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) Hamburg
Termin: 7.-9.7.2006
Ort: Akademie Frankenwarte
97082 Würzburg
Anmeldung bis zum 28.6.2006
Information & Anmeldung:
AKE-Bildungswerk, Südfeldstr. 4,
D-32602 Vlotho
andreas.schuessler@ake-bildungswerk.de
Infos: http://ake-bildungswerk.de/

JUNGE LINKE

Der Geist der Verfassung und das Gespenst des Kommunismus
Als 1956 das Bundesverfassungsgericht die KPD verbot, war die kommunistische Partei weit davon entfernt, eine wirkliche Bedrohung für den deutschen Staat darzustellen. Warum legte dieser trotzdem so großen Wert darauf diese Partei zu verbieten, was genau ist 1956 in Deutschland verboten worden und was damit geschützt? Was will der deutsche Staat von seinen Parteien und wie steht das Verbot zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit? Wie haben liberale und linke Kritiker heute und damals darauf reagiert?
In der Verbotsbegründung definiert das Bundesverfassungsgericht zudem die »freiheitlich-demokratische Grundordnung«. Ist damit die Neutralität des Grundgesetztes bezüglich der ökonomischen Ordnung aufgehoben, oder sind Freiheit, Gleichheit und Privateigentum vielleicht doch nicht so neutral? Und was genau soll die freiheitlich-demokratische Grundordnung eigentlich sein?
Schließlich wollen wir betrachten, was das KPD-Verbot für Auswirkungen auf linke und oppositionelle Bewegungen und Gruppen in der BRD in der Folge gehabt hat und wie andere Nationen »ihre« kommunistischen Parteien zerschlagen haben.
Termin: 14.-16.7.2006 in Hannover

Liebe, Sex und Lohnarbeit
»Love is the answer!« – ein mäßig Erfolg versprechender, aber immer wieder gern gewählter Slogan für Lebensratgeber, die die Erfüllung in der Liebesbeziehung als Lösung aller individuellen Probleme anpreisen – wenn Menschen den anderen einfach unentfremdet als Menschen und nicht mehr als Zahl und Konkurrenz nehmen. Nicht nur Linke, die sich zu Gute halten, ganz reflektiert die sonst als Himmelsmacht gehandelte Liebe auf den Boden der realen Verhältnisse geholt zu haben, setzen eher auf alternative Beziehungskonzepte und die Suche nach »Lebensabschnittsgefährten«.
Das Liebe überhaupt nicht mehr nur als gesellschaftlich-konventionelle Konversationsrhetorik im Auftrag familiärer Erbfolge angesehen wurde, sondern in Zusammenhang mit großen Begriffen wie Freiheit, Emanzipation, Individualität und Glück gebracht wird, ist ein historisches Phänomen, das wiederum mit der Herausbildung und Etablierung des aufgeklärten Bürgertums im 18. Jahrhundert einhergeht: Liebe als Sphäre des privaten Glücks, als Schutzraum vor gesellschaftlichen Zwängen. Auch die antibürgerlichen 68er reproduzieren im Modell der Freien Liebe noch das bürgerliche Glücksversprechen von Freiheit und der Unbedingtheit körperlicher Leidenschaften.
Welche gesellschaftlichen Zumutungen durchwirken den vermeintlichen Schutzraum »Beziehung« und inwieweit affirmierten all die widerständig gedachten Vorstellungen der 68er Revolte von »Das Private ist Politisch« bis »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment« den Horror des kapitalistischen Alltags? Welchen theoretischen Bezugsrahmen hatte die Kritik der 68er und wie wurde sie in Kommunebewegung, freier Liebe und neuer Sexualmoral praktisch und welche Formen nahm sie im Laufe der linken und liberalen Bewegungsgeschichte an? Und was ist am Ende am utopischen Gehalt der Liebe, in der es nur um das Individuum gehen soll, festzuhalten?
Während des Wochenendseminars wollen wir zusammen diesen Fragestellungen nachgehen und anhand einzelner Texte diskutieren. Dem utopischen Gehalt der bürgerlich- wie antibürgerlichen Liebesvorstellung soll sowohl in seiner theoretischen Grundlegung in der Romantik, als auch in den praktischen Forderungen und Auseinandersetzung der im Zuge der 68er entwickelten Vorstellungen nachgegangen werden. Die Sphärentrennung von privatem und öffentlichem Bereich, die Geschlechterfrage und die Herausbildung der bürgerlichen Geschlechtscharaktere werden im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der Liebesvorstellung und der an sie geknüpften individuellen Bedürfnisse (all you need is love) mit berücksichtigt werden.
Termin: 30.6.-2.7.2006 in Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

OFFENE RÄUME

Erfahrungsaustausch zum Thema auf dem Kesselberg, südöstlich von Berlin
Als besonderes Merkmal des offenen Raumes sehen wir den Bruch mit der in der »Normalität« von hierarchischen Strukturen durchzogenen Gesellschaft. Die Menschen sind in der normalen Gesellschaft nicht gleichberechtigt und die Räume von Aktion und Interaktion durchzogen von Dominanzen, Verregelungen und Vorbehalten. Das Experiment des offenen Raumes verzichtet hingegen auf die Verregelung des Teilnehmens und der Nutzung von Handlungsmöglichkeiten (Know-How, Infrastruktur usw.).
Aus dieser Orientierung entstehen spezifische Fragen und Probleme. Diese zu erörtern, Lösungen und Ideen zu finden für das Experiment horizontaler Organisierung und angestrebter Herrschaftsfreiheit, soll Gegenstand des Treffens sein. Natürlich wäre es sinnvoll, auch nach dem Treffen im Kontakt zu bleiben und sich weiterhin zu vernetzen (z.B. durch gegenseitige Besuche, Unterstützung, Seminare, Treffen, Mailingliste etc.).
Eine solche Vernetzung mit gegenseitiger Hilfe kann allen Projekten von Nutzen sein. Manch ein Projekt hat von etwas sehr viel, ein anderes wenig. In einem Projekt fehlt handwerkliches oder anderes Know-How, woanders wohnt/agiert jemand, welcheR im Besitz davon ist. In einem Projekt ist mal sehr viel Kraft nötig – vielleicht helfen welche aus einer anderen Stadt oder einem anderen Projekt?
Eine Themensammlung findet Ihr unter: www.offener-raum.de.vu
Termin: 16.-18.6.2006
Auf dem Kesselberg gibt es ein kleines Seminarhaus mit etwa zehn Betten und Platz für insgesamt zwanzig Leute, außerdem verschiedene Seminarräume und ein großes Gelände zum Zelten. Der Kesselberg liegt südöstlich von Berlin, in der Nähe von Erkner zwischen Wernsdorf und Neu Zittau. Eine ausführliche Wegbeschreibung findet Ihr entweder im Internet unter www.kesselberg.info oder unter
☎(0 33 62) 88 73 03

SONSTIGES

Gewaltfreiheit globalisieren
War Resisters' International Konferenz
Willst du die Globalisierung besser verstehen? Willst du mehr gegen Kriege tun? Willst du auch gewaltfrei aktiv sein? Diese Konferenz »Gewaltfreiheit globalisieren« der War Resisters' International (WRI) wird eine großartige Gelegenheit, um Aktive aus der ganzen Welt zu treffen, ihre Hintergründe kennen zu lernen, und zu verstehen, wie wir alle eine andere Welt möglich machen können. Auf der ganzen Welt entwickelt sich eine »Bewegung der Bewegungen«. Sie will die Sichtweisen und Werte der Bevölkerung denen der Konzerne, Institutionen und Regierungen entgegensetzen – auch in den Anti-Kriegs-Aktionen. Es ist eine »Globalisierung von unten«. Die War Resisters' International denkt, dass die Gewaltfreiheit in dieser Globalisierung von unten noch viel wichtiger werden kann. Darum die Überschrift unserer internationalen Konferenz: Gewaltfreiheit globalisieren.
Die WRI glaubt, dass »Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit« ist, und arbeitet daran, »alle Kriege zu verweigern und alle Kriegsursachen zu beseitigen«. Sie wurde 1921 als Netzwerk von Pazifisten, Antimilitaristen und gewaltfreien Aktivisten aus allen Erdteilen gegründet.
Termin: 23.-27.7.2006, Paderborn
Info:
www.graswurzel.net/news/wri2006.shtml

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg